

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



17. November 1984
Jg. 5 Nr. 23

G 7756 D

Preis:
2,50



Verweigerungskampagne: Unterstüt-
zung aller Bemühungen, Defäsimus
zu verbreiten Seite 4

Öffentlicher Dienst: W.-Mathies han-
delt neue Nullmonate aus Seite 7

Bundesregierung: „Kein Anlass, vom
Krieg der Türkei gegen Kurdistan zu
sprechen“ Seite 10

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Verweigerungskampagne: Unterstützung aller Bemühungen, Defätsismus zu verbreiten 4

Rentenanpassung: Weitere Rentenkürzung 7

Öffentlicher Dienst: Wulf-Mathies handelt neue Nullmonate aus 7

Sozialhilfe: Weitere Absenkung: Abstand zu unteren Lohngruppen gewahrt 8
Liberales gegen die Arbeiterbewegung 9

Türkeipolitik: "Kein Anlaß, vom Krieg der Türkei gegen Kurdistan zu sprechen" 10
Kundgebungen am 17. November 10

Blüms Arbeitszeitgesetz (I): 14 Stunden, Tag und Nacht, Samstag und Sonntag 11
Im Vergleich: die Arbeitszeitordnung und der Gesetzentwurf 12

Auslandsberichterstattung

USA-Präsidentschaftswahlen: Ein weitergehendes Mandat für die Reaktion? 14
Westdeutsche Pressereaktionen 15

Belgien: Regierung schafft 8-Stunden-Tag ab 15

Dänemark: Weniger Arbeitslosenversicherung 16

Protestag in Chile: Gewerkschaften beteiligen sich 16

Nikaragua: FSLN gestärkt – USA planen Luftangriff 17

Indien: Indira Gandhi erschossen – was macht die Opposition? 17

Internationale Meldungen: 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten: 20

Aktionen der HBV Köln: Gegen Komplott zur Aushöhlung des Ladenschlußgesetzes 21

Kirchliche Betriebe: Geteilter Dienst und Bereitschaft: weitere Intensivierung für Erzieher 22

STREIK BEIM 1. FC NÜRNBERG

Die gesamte Mannschaft des Fußball-Zweitligisten 1. FC Nürnberg bestreikte Ende Oktober zweimal das Training. Begründung: Das Training sei zu hart und gesundheitsgefährdend und damit Hauptursache der vielen Verletzungen. Nach dem ersten Trainingsboykott entließ das Präsidium die Spieler Horsmann und Lottermann. Auf den darauf folgenden Solidaritätsstreik wurden vier weitere Spieler fristlos gekündigt und der Streik damit gebrochen. Für die wenige Tage später angesetzte Jahreshauptversammlung wurde den Gefeuerten die Möglichkeit zur Stellungnahme verweigert. Die bürgerlichen Medien bejubelten die "besonnene Vorgehensweise" des Präsidiums. Ein Streikrecht für Spieler sei indiskutabel, gehörten sie doch (angeblich) zur Elite der Nation. Die DAG, in der rund 60% der Berufsfußballer organisiert sind, hat inzwischen Klagen bei den Arbeitsgerichten eingereicht. Bereits im September hatte der ehemalige Torwart von Schalke 04 Norbert Nigbur gegen Bestimmungen des DFB-Spielerstatuts insbesondere bezüglich des Systems der Ablösesummen Klage erhoben und in erster Instanz Recht bekommen. In seiner Entscheidung meldete das Gericht Zweifel an der Recht- und Verfassungsmäßigkeit der DFB-Statuten an, da diese sich außerhalb jeglicher arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen bewegten. – (Mak)

EKD WILL MEHR EINFLUSS IN SÜDAFRIKA

Die Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) befaßten sich auf ihrer Synode vom 4. bis 8. November in Lübeck-Travemünde unter anderem mit den Klassenauseinandersetzungen im südlichen Afrika. Landesbischof Lohse (Bild) beklagte die schlechteren Einflußmöglichkeiten der EKD. Der Lutherische Weltbund hatte bei seiner letzten Vollversammlung in Budapest vor einigen Monaten die "Deutsche Evangelisch-lutherische Kirche in Südwestafrika" und die Evangelisch-lutherische Kirche im südlichen Afrika" von der Mitgliedschaft im Lutherischen Weltbund suspendiert. Dazu Lohse: "Auch wird man zu prüfen haben, ob es wirklich vom evangelischen Kirchenverständnis her eine richtige Maßnahme sein kann, ganze Kirchen aus der Mitgliedschaft in ökumenischen Zusammenschlüssen zu suspendieren." Die EKD-Synode beschloß deshalb, daß die "geschichtlich gewachsenen bilateralen Beziehungen zu den deutschsprachigen und deutschstämmigen lutherischen Kirchen" weiter zu pflegen seien. Die EKD will auf die immer heftig werdenden Klassenkämpfe in Südafrika/Azania Einfluß nehmen, indem sie be-

ginnt, "die Verträge zwischen der EKD und den Mitgliedskirchen VELKSA zu überprüfen und mit den Partnern gemeinsam so zu gestalten, daß durch unsere rechtlichen Regelungen der Prozeß des Zusammenwachsens der schwarzen und weißen lutherischen Kirchen im südlichen Afrika nicht" behindert wird. Die EKD betont, daß sie auch in Zukunft die "deutschsprachigen und deutschstämmigen Schwesternkirchen", die das südafrikanische Rassistenregime stützen, "personell und finanziell unter-



stützen will." Die Freiheit des Kapitals, vor allem des westdeutschen, will die EKD schützen und Einfluß dahingehend nehmen, daß die azanischen Befreiungsorganisationen nicht weiter die Abschaffung des Rassistenregimes anstreben, sondern den "gerechten Ausgleich": "Unsere vielfältigen Verflechtungen, vor allem auch wirtschaftlicher Art, mit Südafrika legen uns eine besondere Mitverantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte und einen gerechten Ausgleich in diesem Lande auf." – (jöd)

KURZER PROZESS: 32 MAL ORDNUNGSHAFT

Der Bonner Amtsrichter Fritz Hasse hat am 29. Oktober sämtliche 32 Befürcher eines Strafverfahrens wegen "Ungebühr vor Gericht" verhaftet und im Schnellverfahren zu drei bis fünf Tagen Ordnungshaft verurteilt. Anlaß war ein Strafverfahren gegen einen Teilnehmer der Protestaktionen in Bonn aus Anlaß der Nachrüstungsdebatte im November 1983. Wolfgang Z. war zu 800 DM Geldbuße verurteilt worden und hatte dagegen Beschwerde eingelegt. Bereits am 1. Prozeßtag verurteilte Richter Hasse den Angeklagten, als dieser in einer Prozeßerklärung die westdeutschen Staatsorgane angriff, zu fünf Tagen Ordnungshaft und schloß die Öffentlichkeit wegen Unterstützung des Angeklagten erstmals aus. Zum zweiten Prozeßtag hatte der Richter vorsorglich gleich einen abseitigen gelegenden Ver-

handlungsräum ausgewählt, von der Polizei umstellen lassen und Vordrucke für eine ausreichende Zahl von Haftbefehlen mitgebracht. Als die Zuschauer sich weigerten, bei Erscheinen des Richters aufzustehen, und ihm nach nochmaliger Aufforderung die Kehrseite zudrehen, ließ er alle Besucher verhaften, einzeln vorführen und verurteilte sie dann – je nach Aufsässigkeit im folgenden Verhör – zu drei bis fünf Tagen Ordnungshaft. Die Verhafteten wurden teilweise in außerhalb Bonns gelegene Strafanstalten verlegt, wegen "Überfüllung" der Bonner JVA, wie es hieß. Angehörige der Verhafteten wurden trotz Anrufens bei Gericht nicht über den Verbleib der Verhafteten unterrichtet. Ein Sprecher des Bonner Gerichts nannte die Massenverhaftung "nicht ungewöhnlich". Richter Hasse sei als "ruhig und konsequent in der Anwendung der Gesetze" bekannt. Sofort nach der Verhaftung demonstrierten in Bonn 100 Menschen gegen die Massenverhaftung. Stadtverordnete der GRÜNEN verurteilten die Verhaftungen als "unglaublichen Fall von Rechtsbeugung". – (rül)

BASTIAN UND KELLY PROVOZIEREN JUGOSLAWIEN

Petra Kelly, zwei weitere Abgeordnete der GRÜNEN sowie Gert Bastian waren am Montag, den 5.11., nach Jugoslawien gereist, um gegen einen Prozeß zu protestieren, in dem sechs Jugoslawen konterrevolutionäre Tätigkeiten vorgeworfen werden. Sie nahmen am Montag als Prozeßbeobachter am Prozeß teil, organisierten ein Treffen mit den Angeklagten und Vertretern der imperialistischen Presse und trugen dazu bei, eine Auseinandersetzung mit der Polizei zu provozieren.

Besonders bemerkenswert ist, daß ausgerechnet Gert Bastian als Gene-

ral a.D. der Bundeswehr und Offizier der faschistischen Hitlerarmee dem jugoslawischen Präsidenten ein Schreiben übereichen wollte, in dem dieser angegriffen wird, "daß das in allen Demokratien selbstverständliche Recht auf freie, auch kritische Meinungsäußerung in Jugoslawien nicht verlässlich garantiert ist".

Wir wissen nicht, ob Bastian persönlich an der Besetzung Jugoslawiens teilgenommen hat. Aus dem "Handbuch der Bundeswehr", Verlag "Wehr und Wissen", geht jedoch hervor, daß er 1941 als Fahnenjunker seinen "Dienst" begann. 1942, als die Antifaschistische Volksfront in Jugoslawien die faschistischen Invasionstruppen erbittert bekämpfte, war Bastian schon Gruppenführer im Pionierbataillon 45 an der "Ostfront". 1945 war er bereits Kompanieführer.

Vielleicht haben die GRÜNEN übersehen, daß Bastian persönliche Erfahrungen darin hat, sich in die inneren Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten einzumischen bis hin zum bewaffneten Überfall. Oder sie halten Bastian für längst geläutert. Dem Anschein nach hat die Mehrheit der Bundestagsfraktion der GRÜNEN diese Aktion geplant und initiiert. Genauere Betrachtung der Unterzeichnerliste der von Bastian mitgebrachten Erklärung läßt jedoch die Befürchtung entstehen, daß die GRÜNEN in Wirklichkeit von Ostlandrittern wie Bastian, von US-Persönlichkeiten und deutschliberalen Politikern gezielt in solche Aktionen getrieben werden.

Zu den Unterzeichnern gehören zum Beispiel: Ronald V. Dellums, Kongreßabgeordneter, USA, Hildegard Hamm-Brücher, MdB (FDP), Günther Verheugen, MdB (SPD). Die GRÜNEN sollten solche Bestrebungen nach einer revanchistischen Allparteienkoalition in der Ostpolitik zurückweisen. – (clm)



In einem Brief an die griechische Partei "Neue Demokratie" hat Kohl diese zum Sturz der sozialdemokratischen Regierung Papandreu (Bild: Kohl und Papandreu) aufgerufen. Die Regierung Papandreu reagierte scharf. Der Vorsitzende der "Neuen Demokratie", Mitsotakis, sei mitverantwortlich für den Militärputsch 1967, Kohls Schreiben eine "unakzeptable Einmischung". – (rül)

DIAG-Privatisierung: Koope-
ration Fritz Werner/Gildemeister. 22

Uniklinik Würzburg: ÖTV-Ak-
tion: "Humanes Gesundheitswesen" 23

Azania-Veranstaltung: M.
Molife informiert über Frauenbe-
wegung 23

Kommunalwahlen: Linke Bünd-
nisse sind sinnvoll – zwei Beispiele
aus Baden-Württemberg. 24

Ausländerpolitik: CDU/SPD
gegen Wahlrecht für Ausländer ... 25

Personalvertretungsgesetz:
Widerstand gegen Wallmann. 25

HDW Kiel: Kapazitätsabbau und
Rationalisierung: höhere Ausbeu-
tung und gehässige Schikanen. 26
Wird HDW zur Waffenschmiede?.. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbe-
wegung 28

Dokumentation: 11. Gewerk-
schaftstag der HBV gegen die Ar-
beitszeitgesetzgebung 29

Sozialstatistik

**Arbeitszeit öffentlicher
Dienst:** Teilzeitbeschäftigt:
Frauen zu niedrigsten Löhnen 30
ÖTV-Gewerkschaftstag zur Teil-
zeitarbeit 30

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

**Kunstausstellung "von hier
aus":** 3 Mio. DM für die freiheit-
liche Mythenbildung 32

**Energiepolitik / Kommu-
nalauswahl:** Zur Geschichte und Re-
form des Konzessionsabgabewesens 33

Asylrecht (I): Zur Entwicklung
des Asylrechts in der BRD 34

Spezialberichte

**Britische Nordirland-Poli-
tik:** Ziele: Polizeiaktionen in ganz
Irland und NATO-Mitgliedschaft.. 36
Programmatische Erklärungen der
Sinn Fein (I.R.A) 37
Britische Oppositionsbewegung
"Troops out now!" 38
EG-weite Zusammenarbeit der
Unterdrückungsorgane 39

Titelbild: Eingang zur Kellerwohnung,
Fotografie, mst, Hamburg

Verweigerungskampagne

UNTERSTÜTZUNG ALLER BEMÜHUNGEN, DEFÄTISMUS ZU VERBREITEN

Entgegen allen Hoffnungen, die Bundesregierung sei geschwächt, betreibt sie entschlossen ein umfassendes Programm der Mobilisierung aller politischen, militärischen und ökonomischen Kräfte, um die Voraussetzungen für einen Eroberungskrieg zu verbessern. Sie hat eine Revanchismuskampagne für "Deutschland in den Grenzen von 1937" begonnen. Der gewaltigste Rüstungshaushalt seit der "Wiederbewaffnung" steht vor der parlamentarischen Verabschiedung. Die Bundesregierung hat den Bundeswehrplan bis zum Jahre 2000 vorgelegt, der die Beschaffung aller für einen Angriffskrieg benötigten Waffensysteme sichert und zugleich Maßnahmen zur Ausweitung der Truppenstärke trifft. Der Wehrdienst wird auf 18 Monate verlängert, der Anteil der "freiwillig Dienenden" erhöht. Spätestens Anfang nächsten Jahres soll der Bundestag über ein Zivilschutzgesetz beschließen, welches die totale Mobilisierung und Zwangsarbeit schon im "Spannungsfall" ermöglicht.

Die "Verweigerungskampagne" ist eine Reaktion auf diese Kriegsvorbereitungen, die von möglichst vielen mit folgender "Selbstverpflichtung" verweigert werden sollen: "Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich im 'Ernstfall' allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu mili-

tarischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen."

Die Kampagne "Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen" unterscheidet sich positiv von den bisherigen Kampagnen der Friedensbewegung: Sie greift die Bundesregierung an und setzt sich zum Ziel, die Kriegsfähigkeit der BRD zu verhindern. Während bisher Forderungen gegen Aufrüstungsschritte der Bundesregierung immer als Forderungen "an Ost und West" aufgestellt wurden, trägt die Verweigerungskampagne dem Umstand Rechnung, daß die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD der Bundesregierung erleichtert, erpresserisch und kriegs-



Frauen sollen zivilen Kriegsdienst leisten.

vorbereitend tätig zu sein.

Der Verweigerungsauftruf stellt Formen der Verweigerung zusammen:

– Verweigerung des Kriegsdienstes durch Soldaten und Wehrpflichtige

– Verweigerung des Kriegsdienstes durch Reservisten

– Verweigerung aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen

– Verweigerung jeglicher Wehrpflicht und Reservepflicht (Totalverweigerung)

– Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz

– Verweigerung aller ABC-Ausbildungen in Katastrophenschutz und Gesundheitswesen

– Verweigerung der Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellung für den Atomkrieg sowie entsprechender Vorbereitungen hierauf

– Verweigerung der Mitwirkung an Kriegsgerichten

– Verweigerung von Wehrpropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien

– Verweigerung von Rüstungsforschung und Wehrkunde an den Hochschulen

– Verweigerung von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen

– Verweigerung von Kriegssteuerzahlungen

– Verweigerung aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten."

Die Zusammenstellung dieses – un-

WEIHNACHTSFREUDE FÜR BESSERVERDIENENDE

Finanzminister Stoltenberg war eher erleichtert über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem die sogenannte Investitionshilfeabgabe für verfassungswidrig erklärt wurde. Warum auch nicht: Die Sondersteuer auf Lohnabhängige mit mehr als rd. 5000 DM Monatseinkommen hatte bei den davon Betroffenen zur Unzufriedenheit mit der Regierung geführt. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts kann nun Stoltenberg die besser verdienenden Schichten zur Förderung des Staatsbewußtseins beglücken: So erhalten diese Kreise jetzt rund zwei Milliarden DM zurück. Ihre Weihnachtsfreude soll noch weiter steigen, da die bei den übrigen Lohnabhängigen spürbare Kürzung des Weihnachtsgeldes durch höhere Versicherungsabzüge für sie nicht gilt. Und schließlich ist zu erwarten, daß Stol-

tenberg die nach der Rückzahlung fehlenden Kassenmittel durch eine neue Bundesanleihe beschafft. Somit hätte die Regierung dem geschätzten Publikum die passende Geldanlage für die Beiträge, die einst den Eindruck sozialer Ausgewogenheit bei den Haushaltsmaßnahmen erwecken sollten, gleich mitverschafft. – (alk)

HÖHERE KIRCHENSTEUER FÜR FAMILIEN MIT KINDERN

Die Kirchen haben jetzt Forderungen zur beabsichtigten Steuerreform erhoben. Die Kirchensteuer wird als Prozentsatz der Lohnsteuer erhoben, somit ist sie wie die Einkommensteuer in den vergangenen Jahren über der Inflationsrate gestiegen und würde bei einer Senkung der Einkommensteuer gleichfalls sinken. Das dürfe aber nicht eintreten, so die Forderung der EKD und der Bischofskonferenz an Stoltenberg. Deshalb sollen die bislang existierenden Kinderfreibe-

träge bei der Kirchensteuer bedeutend gesenkt werden. Familien mit drei und mehr Kindern müßten danach Kirchensteuer in derselben Höhe wie bisher zahlen, Familien mit ein oder zwei Kindern sogar mehr. Aber wer will da von sozial ungerecht reden? Schließlich sorgen damit die Haushalte, die höhere Kirchensteuer zahlen sollen, für die Finanzierung einer gottwohlgefälligen Erziehung ihres Nachwuchs im katholisch/evangelisch beaufsichtigten Kindergarten. – (alk)

VERSCHÄRFUNG DES VOLKSZÄHLUNGSGESETZES

Voraussichtlich schon am 14.11. will das Bundeskabinett den Gesetzentwurf für die Volkszählung im April 1986 behandeln. Die "Erhebungsmerkmale", z.B. Art der Erwerbstätigkeit, sollen nach der Befragung "unverzüglich" von den "Hilfsmerkmalen", z.B. Adresse, Name des Betriebes, getrennt werden. Straße und Hausnum-



Die wehrpflichtigen Soldaten werden gedrillt und schikaniert. Befehl und Gehorsam sollen ihnen das Rückgrat brechen. Bild: Stubenappell.

vollständigen – "Verweigerungskatalog" zeigt schon, daß die Kampagne vor allem dazu geeignet ist, mit einer politischen Propagandakampagne militärische, zivile, ideologische und ökonomische Kriegsvorbereitungen anzugreifen.

Wie aber kann die ideologische Kriegsvorbereitung angegriffen werden, wenn nicht dadurch, daß sich die Unterstützer der Kampagne mit den Kriegszielen der westdeutschen Bourgeoisie auseinandersetzen? Ein Angriff auf "Wehrpropaganda an den Schulen" wird deshalb alle revisionistischen Absichten, Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, aufs Korn nehmen müssen.

Der Aufruf zur Verweigerung ist darauf beschränkt, Maßnahmen zur Vorbereitung eines Angriffskrieges zu bekämpfen. Bekanntlich hat aber die deutsche Bourgeoisie bisher alle ihre

Eroberungsfeldzüge gen Osten als Verteidigungskriege gegen "die russische Barbarei" dargestellt. Die Kampagne wird also auch ihren Teil dazu beitragen müssen und können, der Feindbildpropaganda vom gefährlichen russischen Bolschewismus entgegenzutreten.

Als Aufforderung zur direkten und massenhaften Verweigerung wendet sich die Kampagne in erster Linie an solche, die zumindest jetzt noch nicht zwangspflichtet sind, sondern ihrer Tätigkeit in gewissem Umfang freiwillig nachgehen: An Lehrer, die in ihrem Unterricht Wehrpropaganda verweigern sollen, an Ärzte, die Mitwirkung an der Katastrophenmedizin verweigern sollen, an Hochschullehrer und Forscher, die Rüstungsforschung verweigern sollen, an Juristen, die die Mitwirkung an Kriegsgerichten verweigern sollen, an Journalisten, die

sich weigern sollen, Kriegspropaganda zu machen usw. Diese können ihre Mitwirkung an Militarisierung und Kriegsvorbereitungen verweigern, ohne dafür sofort hinter Gitter gesteckt zu werden.

Zeit- und Berufssoldaten sind aufgerufen, zu kündigen, Jugendliche sollen davon abgehalten werden, sich freiwillig für den "Dienst am Vaterland" zu verpflichten.

Die Kampagne wendet sich auch an alle Wehrpflichtigen und ruft sie auf, den Kriegsdienst zu verweigern, und zwar nicht nur den Kriegsdienst mit der Waffe, sondern jegliche Dienstpflicht. Weil eine "Totalverweigerung" mit Gefängnis bestraft wird, wird als erster Schritt die Verweigerung des Dienstes in der Bundeswehr empfohlen. Das entwürdigende Anerkennungsverfahren und die Perspektive des zivilen Kriegsdienstes, der wesentlich länger dauert, sind aber für viele keine überzeugende Alternative. Deshalb ist wichtig, daß der Verweigerungsauftrag die Solidarität mit denen hervorhebt, die "in der Bundeswehr ... Widerstand leisten". Das sollte eigentlich ermöglichen, daß im Rahmen der Kampagne alle Kämpfe der Soldatenbewegung unterstützt werden können.

Nach wie vor werden Hunderttausende durch Zwangsrekrutierung in die Bundeswehr gepreßt. Deshalb sind der BWK und andere Organisationen der revolutionären Sozialisten der Ansicht, daß die Unterstützung der Soldatenbewegung von außen nicht ausreicht, sondern daß die Armee auch von innen heraus zersetzt werden muß. Daran halten wir fest und wenden uns gegen jeden Versuch, wehrpflichtige Soldaten gegenüber Verweigerern als weniger fortschrittlich zu diskriminieren.

Wir glauben aber, daß die Revolu-

mer verwandeln sich bei der Abtrennung in die "Blockseite". Unnötige Sorgen macht sich die FAZ, wie diese für den "Typus der Fabrik auf freiem Felde" zu bestimmen sei. Grund zur Sorge hat die Arbeiterbevölkerung. "Blockwarte" kennt sie. – (anl)

KABINETT BESCHLIESST: SCHNELLERE ZIVILPROZESSE

Am 7. November verabschiedete das Bundeskabinett den "Gesetzentwurf zur Änderung der Zivilprozeßordnung". Ziel des Entwurfs ist, einfachen Leuten die Vertretung ihrer Interessen vor Gericht noch mehr zu erschweren, als dies jetzt schon der Fall ist. Dazu soll "die Beweisaufnahme gestrafft" werden. Schriftliche Aussagen sollen weitestgehend zugelassen werden. Das erschwert zum Beispiel, Zeugenaussagen, die in einem Mietprozeß unter Druck des Vermieters zustande gekommen sind, zu erschüttern. – Die Zulässigkeit der Be-

schwerde wird eingeschränkt. – Die "Verweisung von Rechtsstreitigkeiten" soll "vereinfacht" werden. Dafür soll die Vertretung durch einen Anwalt "entbehrlich" werden. Wer arm ist, wird gar nicht mehr vertreten, denn so entfallen die Voraussetzungen für Prozeßkostenhilfe. – Die Beschränkung der Prozeßkostenhilfe ist ein Hauptteil des Entwurfs. Wo immer möglich, sollen keine Anwaltskosten mehr bezahlt werden, sondern die Prozeßkosten durch einen staatlichen Rechtspfleger wahrgenommen werden. Die Prozeßkostenhilfe soll "gezielter eingesetzt" werden. – (clm)

BRD-FRANKREICH: NEUE RÜSTUNGSPROJEKTE

Das konterrevolutionäre Kriegsbündnis zwischen der BRD und Frankreich ist auf den "44. deutsch-französischen Konsultationen" am 29. und 30. Oktober weiter ausgebaut worden. BRD-Kapitalisten rechnen in der nächsten

Zeit mit Rüstungsaufträgen von mindestens 4,5 Mrd. DM. Allein für die von Kohl und Mitterand vereinbarte Weiterentwicklung der Rakete "Ariane" ("Ariane 5") erwartet MBB Aufträge von 1,5 Mrd. DM. Das beschlossene gemeinsame Modul zur US-Weltraumfähre "Columbus" soll Aufträge für 3 Mrd. DM bedeuten. Welchen Umfang das Projekt eines gemeinsamen militärischen Aufklärungssatelliten annehmen wird, ist noch gar nicht bezieft. Die westdeutschen Kapitalisten verlangen den Löwenanteil der beschlossenen Geschäfte. Am 4.11. gab die "Messerschmitt-Bölkow-Blohm" GmbH in München bekannt, daß sie ihr Kapital um 50% auf 567 Mio. DM erhöhen wolle, um das Kapital für die zu erwartenden "Zukunftsprojekte" bereitzustellen. Weitere Vereinbarungen: Die Zusammenarbeit zwischen den Justiz- und Polizeiorganisationen beider Länder soll ausgedehnt werden. – (rül)

tionäre ihre Haltung gegenüber der Verweigerung: "Für das Recht auf Verweigerung – gegen Verweigerung" überprüfen sollten. Für die Zersetzung der Bundeswehr von innen heraus sind anwachsende Verweigererzahlen und ein Anwachsen des Defätismus förderlich und nicht hinderlich. Daraus läßt sich also keine Kritik an Kriegsdienstverweigerungen ableiten. Ein noch wichtigerer Grund der Kritik ist, daß die Werktätigen die bewaffnete Gewalt der Bourgeoisie nur durch einen bewaffneten Aufstand brechen können. Aber um mit den nötigen Waffen umgehen zu können, braucht niemand in die Bundeswehr zu gehen. Ein Gewehr zu bedienen ist jedenfalls einfacher, als mit einem Motorrad zu fahren, und Massenvernichtungsmittel sind für einen Aufstand ohnehin nicht nutzbar und gehören verboten. Der wesentlichste Teil der Ausbildung in der Armee besteht im Drill, im Brechen des Widerstandswillens der Wehrpflichtigen durch das System von Befehl und Gehorsam.

Wir sollten also Bemühungen, die Kriegsfähigkeit durch Verweigerung zu zersetzen, genauso unterstützen, wie Bemühungen, dies durch Arbeit in der Bundeswehr zu erreichen.

Die Verweigerungskampagne ist geeignet, Defätismus umfassend zu fördern. Nicht nur verschiedene Berufsgruppen wie zum Beispiel Lehrer, Journalisten usw. haben sich mit Verweigerungsaufrufen an die Öffentlichkeit gewandt. Anfang Oktober hat der Gewerkschaftstag der ÖTV einen Aufruf beschlossen, in dem es heißt: "Die Gewerkschaft ÖTV lehnt jede Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall ab... Sie ruft die Beschäftigten des Gesundheitswesens, die Laienheiler und die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes auf, ihre Teilnahme an kriegsmedizinischen Pla-

nungen, Schulungen und Übungen zu verweigern. Sie sagt ihren Mitgliedern dafür Rechtsschutz und Unterstützung zu."

Aus dem Aufruf zur Verweigerung folgt direkt die Aufforderung an die parlamentarische Opposition, alle Rüstungsausgaben zu verweigern. Die GRÜNEN, die die Kampagne unterstützen, haben sich damit praktisch verpflichtet, den gesamten Rüstungshaushalt im Bundestag abzulehnen. Bisher haben sie lediglich einen An-

schiedenen Sicherstellungsgesetze wie das Arbeitssicherstellungsgesetz, dessen Zweck die gewaltsame Durchsetzung von Zwangsarbeit für die Werktätigen ist, anzugreifen. Das ermöglicht örtliche Aktionseinheiten zu dem Zweck, Verwaltungsvorschriften zu enthüllen und dagegen tätig zu werden, und richtet sich gegen die Notstandsgesetze als gesetzliche Grundlage aller dieser Maßnahmen.

Die "Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbe-



Ziviler "Ersatzdienst": Zwangsarbeit zur Sicherstellung aller zivilen Voraussetzungen für die Führung eines Krieges.

trag auf Kürzung des Rüstungshaushaltes um ein Drittel auf die für den "reinen Verteidigungsauftrag" nötigen Mittel gestellt. Die Zusage der GRÜNEN muß also noch eingefordert werden, genauso wie die Verweigerung aller Ausgaben für militärische und zivile Kriegsvorbereitungen der Länder und Kommunalkörperschaften.

Ein Ziel der Kampagne ist, die ver-

reitungen" ist innerhalb der Friedensbewegung umstritten. Die der SPD nahestehenden Kräfte bleiben ihr bisher fern. Sie wird vor allem von der DFG/VK und von örtlichen Friedensgruppen getragen. Die "Tage der Verweigerung" vom 20. bis 24. November sollten unterstützt werden, damit sie Auftakt zu einer längerfristigen defätilistischen Kampagne werden. – (clm)

ALLIANZ EXPANDIERT NACH ITALIEN

Für knapp 900 Millionen DM hat die westdeutsche Allianz-Versicherungs AG Anfang November eine Beteiligung von 38% an der zweitgrößten italienischen Versicherungsgruppe RAS erworben. Das "Handelsblatt" ist begeistert: Die Allianz, sowieso bereits größte westeuropäische Versicherungsgruppe, habe "den größten Beitrag investiert, den je ein deutsches Unternehmen in Italien anlegte". Die Aktion der Allianz hat die Bindungen zwischen der westdeutschen und der italienischen Bourgeoisie bedeutend erhöht, wobei die Allianz der kontrollierende Teil dieser Verbindung ist. So sind weitere 14% des RAS-Kapitals im Besitz der FIAT, die neben der Automobilfertigung auch einer der größten italienischen Rüstungskonzerne ist. Die Geschäfte der FIAT dürften, so kann man vermuten, nun bald über die

Allianz versichert werden. Ein weiterer Grund für den Erwerb der RAS-Anteile: Diese besitzt Anteile an 32 weiteren Versicherungsgesellschaften, von denen 21 im Ausland operieren. Die Allianz erweitert auf diesem Wege also auch das Netz der von ihr kontrollierenden Auslandsgesellschaften deutlich. (Handelsblatt, 2./3.11. – rü)

KRUPP, THYSSEN NUN AUCH IN RÖSSING-URAN-MINE

Parallel mit der Fusion der beiden Stahlkonzerne Klöckner und Thyssen wird die australische Tochtergesellschaft CRA der britischen Rio Tinto-Zinc-Corporation einen 35%-Anteil an der neuen Stahlgesellschaft erwerben. Damit erhalten westdeutsche Konzerne einen weiteren Zugriff auf die Rössing-Uran-Mine in Namibia. Die Rio Tinto-Zinc ist mit 30% Hauptaktionär von Rössing, der zweite Hauptaktionär mit ca. 26% Anteil ist die west-

deutsche Urangesellschaft. Zusammen haben beide Konzerne die Mehrheit des Aktienkapitals. Die Urangesellschaft ist im Besitz der Steag, einem Unternehmen, an dem die Ruhrkohle AG beteiligt ist, die bundeseigene Veba und die Metallgesellschaft. Letztere gehört u.a. der Dresdner Bank, der Deutschen Bank und der Siemens AG. So stärkt die Stahlfusion die deutsch-britische Gemeinschaft bei der Plünderung und Unterdrückung Namibias. – (uld)

RUNDREISE AZANISCHER FRAUENORGANISATION

Die Azania-Koordination (AZAKO), ein Zusammenschluß mehrerer Gruppen, die in verschiedenen Bereichen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania zusammenarbeiten, führt seit dem 3. November eine Veranstaltungsreihe in der BRD mit einer Vertreterin der azanischen Organisation Black Wo-

Rentenanpassung

WEITERE RENTENKÜRZUNG

Erfolgreich setzt die Bundesregierung mit ihren jüngsten Beschlüssen zur Rentenpolitik die Verhinderung eines Versicherungsfonds der lohnabhängigen Klassen fort. Nach den Vorausberechnungen des Rentenberichts werde in den 90er Jahren "ein sich beschleunigender Vermögensabbau" einsetzen. Das wird vom Arbeitsministerium aus "Modellrechnungen" geschlossen, die nach eigenen Vorstellungen von 3,5% Einkommenssteigerungen und einer jährlichen Beschäftigungszunahme von 0,2% ausgehen im Durchschnitt der nächsten 15 Jahre. Um diesen in zehn Jahren "beschleunigt einsetzenden" Vermögensabbau etwas besser erfassen zu können, nun zur gegenwärtigen Situation.

Erstmalig mit der Vorlage für den Bundeshaushalt 1985 sieht die Bundesregierung sich zu einer Ermächtigung genötigt, der Rentenversicherung monatlich nach Bedarf Betriebsmittel zu kreditieren. Das bedeutet: die flüssigen oder ohne großen Verlust flüssig zu machenden Mittel der Versicherung sind so gering, daß davon die monatliche Rentenzahlung absehbar nicht mehr bestritten werden kann. Am Jahresende, wenn aufgrund der jetzt voll beitragspflichtigen tariflichen oder außertariflichen Lohnzahlungen die Beiträge ansteigen, müssen die Kredite an die Bundesregierung zurückgezahlt werden. Das Vermögen, für das in den 90er Jahren "ein sich beschleunigender Vermögensabbau" einsetzen soll, ist also eine reine Rechengröße, die auf den Annahmen der Bundesregierung beruht. Tatsache ist: die Rentenversicherung bewegt

sich weiter auf die Zahlungsunfähigkeit zu. Diese Entwicklung wird von den Kapitalisten gewünscht und zahlt sich auch in den gegenwärtigen Beschlüssen der Regierung und zu ihrer Durchsetzung prompt aus.

Für den 1. Juli 1985 sieht die Vorlage der Regierung eine Rentenerhöhung um 3,2% vor. Gleichzeitig wird der "Eigenanteil" der Rentner an ihrem Krankenversicherungsbeitrag um weitere 2 auf dann 5 Prozentpunkte angehoben. Um diesen Vorgang in Mark und Pfennig auszudrücken, sei auf ein Rechnungsbeispiel aus den Politischen Berichten 14/84 (S. 8) zurückgegriffen. Nach dem Rentenbescheid erhielt die Rentnerin 504,98 DM monatlich ausgezahlt ab 1.7.84. Dieser Zahlungsbetrag errechnete sich nach folgender Formel: 520,60 DM Rentenbetrag plus 45,81 DM Zuschuß der Rentenversicherung zur Krankenversicherung (=8,8%) minus 61,43 DM Krankenversicherungsbeitrag (11,8%). Der ab 1.7.85 vorgesehene Rentenbetrag würde in diesem Beispiel 537,30 DM betragen (520,60 DM + 3,2%). Der neue Zuschuß zur Krankenversicherung wird auf 6,8% reduziert und beträgt nunmehr bloß noch 36,53 DM. Der auf die Rente abzuführende Beitragssatz bleibt mit 11,8% gleich und steigt mit dem Rentenbetrag ab 1.7.85 auf 63,40 DM. So ergibt sich nach den Regierungsplänen in diesem Beispiel eine "Nettoerhöhung" bzw. eine Erhöhung des auszahlenden Betrags der Rente um 5,45 DM oder 1,05%.

Selbstverständlich besteht auch in CDU-Kreisen Klarheit darüber, daß dieser Plan eine Verhöhnung besonders derjenigen Rentner darstellt, deren Renten nicht weit über der Sozialhilfegrenze liegen. Und dies ist vor allen Dingen bei den Frauen- und Witwenrenten der Fall. Westberlins Bürgermeister Diepgen (CDU) hat z.B.

Protest angemeldet: "Aber nicht einmal 1,3% reale Rentenerhöhung, das ist zuwenig. Ich bin für eine Rentenerhöhung entsprechend der Steigerung bei den Arbeitnehmereinkommen. Und ich werde mich auf Bundesebene weiter dafür einsetzen." Der Krankenversicherungs(eigen)beitrag solle in diesem Jahr bloß von 3 auf 4% erhöht werden.

Ebenso wie die SPD-Kritik an der neuerlichen Verschiebung der Beitragssätze von Rentenversicherung (+0,2% auf 18,7%) und Arbeitslosenversicherung (-0,2%) antwortet Blüm mit dem Hinweis auf die fehlenden Finanzmittel der Rentenversicherung. Gleichzeitig ist aber sicher, daß Blüm auch 1986 schon im Auge hat: obwohl niemand weiß, was 1986 sein wird, steht für die Bundesregierung doch bereits fest, daß nach den z.T. schon tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen 1985 von 2% die Renten im Juli 1986 brutto um keinesfalls mehr als ca. 2% angehoben werden sollen.

Quellenhinweis: div. Tageszeitungen Anfang November, Berliner Rundschau v. 08.11.84 — (haj)

Öffentlicher Dienst

W.-MATHIES HANDELT NEUE NULLMONATE AUS

Der ÖTV-Vorsitzenden Dr. Wulf-Mathies ist erneut ein Coup gelungen. Für die Masse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat sie einen Abschluß ausgehandelt, der schlechter ist als das ursprüngliche Angebot. Im einzelnen sieht der Abschluß vor: Abschlagzahlung für 1984 von 240 DM für Arbeiter und Angestellte und von 85 DM für Auszubildende, Lernschwestern/pfleger und Praktikanten; Erhö-

men Unite (Schwarze Frauen, vereint euch) durch. Black Women Unite gehört zur Schwarzen-Bewußtsein-Bewegung. Die Veranstaltungen werden örtlich von verschiedenen Organisationen und Komitees getragen. Wir veröffentlichen im folgenden die Orte und Termine, an denen nach dem Erscheinen dieser Zeitung Veranstaltungen in der BRD stattfinden. Die genauen Orte und Veranstalter sind örtlich zu erfahren. — (uld)

Mittwoch, 21.11.	Bielefeld
Donnerstag, 22.11.	Hannover
Freitag, 23.11.	Westberlin
Montag, 26.11.	Münster
Dienstag, 27.11.	Lüneburg
Mittwoch, 28.11.	Oldenburg
Donnerstag, 29.11.	Bremen
Freitag, 30.11.	Schleswig
Samstag, 1.12.	Elmshorn
Montag, 3.12.	Hamburg
Dienstag, 4.12.	Göttingen
Mittwoch, 5.12.	Aachen
Dienstag, 11.12.	Dortmund



Den höchsten Orden für Ausländer hängte der südafrikanische Außenminister Botha bei seinem Besuch in der BRD am Wochenende Strauß an den Hals, wohl für seine Verdienste bei der Vorbereitung einer "politischen Flurbereinigung" im südlichen Afrika. Über die EG betreibt die Bundesregierung die Ersetzung südafrikanischer Truppen durch portugiesische in Namibia. Noch halten es die westdeutschen Imperialisten für nicht tunlich, offen als "Schutzmacht" über ihre ehemalige Kolonie aufzutreten. — (anl)

hung der Grundeinkommen und des Orts- bzw. Sozialzuschlags erst ab dem 1.1.85 um 3,2%; eine besondere Anhebung der niedrigen Einkommen gibt es nicht; die Laufzeit des Tarifvertrages über Einkommenserhöhungen reicht bis zum 31.12.1985. Die Jahresarbeitszeit wird um zwei bezahlte freie Tage verkürzt, ab 1985 für die über 58-jährigen, ab 1986 für die über 50-jährigen und ab 1987 für alle öffentlich Bediensteten.

Das erneute Abweichen von der 12-monatigen Laufzeit hat schwerwiegende Folgen. Da in die 16-monatige Laufzeit (1.9.84 bis 31.12.1985) zweimal die Auszahlung des 13. Monats-einkommens fällt, gilt der ausgehandelte Tarifvertrag faktisch für 18 Monatseinkommen. Das "Durchbrechen" der Nullmonate 9/84 bis 13/84 hat Dr. Wulf-Mathies mit der Vereinbarung erkauf, die Monate 9/85 bis 13/85 zu Nullmonaten zu machen. Rechnet man den Abschluß (der für die ersten fünf Monatseinkommen eine Einmalzahlung beinhaltet, für acht Monate eine 3,2%-ige Erhöhung und schließlich die nächste Erhöhung für fünf Monatseinkommen hinausschiebt) auf eine reguläre Laufzeit von 12 Monaten/13 Monatseinkommen um, ist er kaum 2% wert: für ein Einkommen von 2200 DM beträgt die Erhöhung 2,03%, für 3000 DM sind es 1,87% und für 5000 DM 1,69%. Damit liegt dieser Abschluß um 0,3% unter dem ursprünglichen Angebot Zimmermanns. Welchen Schnitt der Dienstherr bei diesem Abschluß macht, geht auch aus folgenden Zahlen hervor: Die Kosten für das ursprüngliche Angebot, das auf eine Laufzeit von 12 Monaten/13 Monatseinkommen berechnet war, bezifferte der Dienstherr mit 7,3 Mrd. DM, der jetzige Abschluß für 16 Monate/18 Monatseinkommen soll nur 8,5 Mrd. DM kosten! Damit ist klar, daß die Lohnabhängigen für die vereinbarten zusätzlichen zwei freien Tage, die dem Dienstherrn nichts kosten, sondern durch Arbeitsverdichtung ausgeglichen werden, auch noch bezahlen müssen.

Die 3,2%-Kosmetik wird nur für kurze Zeit verdecken können, daß der Abschluß ein weiteres Sinken der Realeinkommen nicht aufhalten wird. Die lange Laufzeit verhindert darüber hinaus, daß andere Probleme gelöst werden. Die Tarifverhandlungen über Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung, die insbesondere für den Arbeiterbereich von Bedeutung sind, waren im vergangenen Frühjahr abgebrochen worden und sollten nach dem Abschluß fortgesetzt werden. Ebenso stellt die gekündigte Vergütungsordnung für den Angestelltenbereich ein großes Problem dar. Daß diese Fragen außerhalb einer Tarifrunde zu einem befriedigenden Ergebnis gebracht werden können, ist unwahrscheinlich. Die lange Laufzeit verzögert auch die Klärung dieser Fragen. — (kar)

Sozialhilfe

WEITERE ABSENKUNG: ABSTAND ZU UNTEREN LOHNGRUPPEN GEWAHRT

Am 17. Oktober entschied die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder in Bremerhaven, daß ab Juli 1985 der Berechnung der Sozialhilfe ein neues Modell zugrundegelegt wird. In der lärmenden Auseinandersetzung um das Privatfernsehen, die die Ministerpräsidentenkonferenz begleitete, ging weitgehend unter, daß der Entscheid über die Sozialhilfe endgültig das im Bundessozialhilfegesetz formulierte Bedarfsprinzip zu Grabe trägt, mit der Sozialhilfe "dem Empfänger die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht".

Bisherige Grundlage der Festlegung des Sozialhilfe-Regelsatzes für die "Hilfe zum Lebensunterhalt", die 1983 1,6 Mio. von insgesamt 2,3 Mio. Sozialhilfeempfängern bezogen, ist ein 1970 vom "Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge" aufgestellter Warenkorb; peinlich genau ist darin festgehalten, daß einem Erwachsenen z.B. pro Woche 100 g Rindfleisch, 140 Gramm Butter sowie alle 10 Tage eine Flasche Bier zustehen.

te Existenz unerlässlich war.

Eine Aktualisierung des Warenkorbs unterblieb in den 70er Jahren — das Bundessozialhilfegesetz enthält wohlweislich keine Vorschriften darüber —, und als 1981 schließlich der "Deutsche Verein" einen aktualisierten, um ca. 30% teureren Warenkorb vorschlug, wurde er von den Bundesländern und den Spitzenverbänden der Kommunen vom Tisch gefegt. Denn inzwischen war die industrielle Reservearmee so angewachsen, daß hundertausende Arbeitslose mit der Sozialhilfe vegetieren mußten; waren es vorher hauptsächlich Witwen mit Niedrigstrenten, die "Hilfe zum Lebensunterhalt" bezogen, so machten 1983 in manchen Regionen Arbeitslose bis zu 40% der Bezieher von Sozialhilfe aus. Zudem hatten die Kapitalisten angesichts des Überangebots an ausbeutbarer Arbeitskraft damit begonnen, die Reallöhne insbesondere in den untersten Lohngruppen systematisch zu drücken. Dafür war jeder garantierte Mindestanspruch — und war er noch so niedrig bemessen wie der



Immer mehr Arbeitslose müssen von Sozialhilfe leben, weil ihr Versicherungsanspruch von der Regierung aufgehoben wurde.

Die Umrechnung der Kosten dieses Warenkorbs erfolgte aufgrund der Durchschnittspreise für die Waren in den einzelnen Bundesländern; so wurden die länderspezifischen Regelsätze ermittelt. Mit diesem Warenkorb war der unterste Standard der Reproduktion in dieser Gesellschaft definiert, eine Reproduktion auf Elendsniveau, die die Unterernährung sanktioniert. Gleichwohl war durch den Warenkorb ein von der Bourgeoisie festgelegter Anhaltspunkt gegeben, welcher Umkreis von Lebensmitteln für die nack-

Warenkorb der Sozialhilfe — störend.

Die Bundesregierungen gingen ans Werk: Die SPD/FDP-Koalition verlegte sich darauf, die jährlichen Anpassungen der Regelsätze deutlich unterhalb der für Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalte ermittelten Inflationsrate anzusetzen und zudem den Zeitpunkt der Anpassung zu verschieben. Ergebnis: Die Kaufkraft des Sozialhilfe-Regelsatzes ist heute 11% niedriger als 1970. 1981, im Rahmen des 2. Haushaltstrukturgesetzes, beschloß das Parlament auf Vorschlag

der SPD/FDP-Koalition folgende Ergänzung des Bundessozialhilfegesetzes: "Bei der Festsetzung der Regelsätze ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie zusammen mit den Durchschnittsbeträgen für die Kosten der Unterkunft unter dem im Geltungsbereich der jeweiligen Regelsätze erzielten durchschnittlichen Netto-Arbeitsentgelt unterer Lohngruppen züglich Kindergeld und Wohngeld bleiben..." Damit war die Untergrenze zumutbarer Lebensumstände flexibilisiert. Jede Lohnsenkung mußte auf die Regelsätze durchschlagen, wie umgekehrt die Absenkung der Regelsätze die Kapitalisten zu weiterer Lohndrückerei antreibt.

Die von den Bundesländern 1981 eingesetzte "Interministerielle Arbeitsgruppe Warenkorb/Regelsatz – Neues Bedarfsmengenschema", auf deren Vorarbeiten der Entscheid der Ministerpräsidenten basiert, hatte den Auftrag, den Warenkorb endgültig zu liquidieren. Denn jeder Maßstab für den untersten Reproduktionsstandard, der Ansprüche auf bestimmte Mengen Brot, Fleisch etc. feststellt, ist für die Reaktion schlechter als gar kein Maßstab. So wird von den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden eine Bemessung der Sozialhilfe favorisiert, die sich "an dem tatsächlichen Verbraucher-Verhalten vergleichbarer Einkommensschichten orientiert... Hinter dem gedanklichen Ansatz... steht insgesamt die Erwägung, daß dem Sozialhilfeempfänger zugemutet werden kann, mit den gleichen Beträgen

auszukommen, die in vergleichbaren unteren Einkommensklassen für bestimmte Bereiche des täglichen Lebens aufgewendet werden." Es versteht sich, daß der Abstand im "Verbraucher-Verhalten" zu den unteren Lohngruppen gewahrt bleiben muß. Dieses Modell, das prinzipiell erlaubt, den untersten Standard der Reproduktion ins Bodenlose abzusenken, ist noch nicht beschlossen, sondern soll weiter ausgearbeitet werden.

Zur Neuanpassung der Regelsätze ab Juli 1985 hat die Ministerpräsidentenkonferenz vorerst das "Alternative Warenkorb-Modell" genommen, das auf dem Warenkorb von 1970 beruht, für den Teilwarenkorb Ernährung aber nicht mehr Durchschnittspreise ansetzt, sondern das sogenannte erste Quartil, d.h. praktisch die statistisch ermittelten niedrigsten Preise für bestimmte Waren. Die liegen etwa 13% unter den Durchschnittspreisen. Der Aufschlag von 20% für Schwund, Verderb etc. wird auf 8% abgesenkt, denn "angesichts sinkender Realeinkommen vergleichbarer Arbeitnehmergruppen kann dem Hilfeempfänger eine besonders sorgfältige Verwertung der zugestandenen hochwertigen Ernährung zugemutet werden." Bei den Energiekosten erscheint den Ministerpräsidenten "ein Aufschlag von 10 v.H." vom statistisch ermittelten Durchschnittsverbrauch als angemessen; die Rentner sollen den Winter in Bibliotheken und bei Tchibo verbringen. Für persönliche Bedürfnisse wird künftig dieselbe Pauschale wie für Heimbewohner angesetzt.



Ein großer Teil der Sozialhilfeempfänger sind Rentner.

Es ist richtig, wenn dagegen der DGB angesichts der Einschränkungen der Sozialhilfe verbesserten Versicherungsschutz und ausreichende Versicherungsleistungen für Arbeitslose fordert. Dringlich ist aber auch, daß die Gewerkschaften formulieren, was heute ein Lohnabhängiger mindestens zum Leben braucht, und die Diskussion über das unterste Niveau der Reproduktion nicht länger der Reaktion überlassen.

Quellenhinweis: Vorschlag, Bericht und Materialien der Interministeriellen Arbeitsgruppe, zu beziehen über die Sozialminister der Länder; Frankfurter Rundschau, div. Ausgaben; Kölner Stadtanzeiger, 25.10.; MSZ 11/84 – (wom, alk)

LIBERALES GEGEN DIE ARBEITERBEWEGUNG

Unter dem Titel "Befreiung von falscher Arbeit" erschienen jetzt Aufsätze von meist grünen Autoren zu der Forderung nach einem vom Staat zu zahlenden Mindesteinkommen. Auch in dem von DGB-Autoren herausgegebenen Buch "Neue Armut", das sich mit der Zerstörung der Arbeitslosenversicherung beschäftigt, wird diese Forderung vertreten. Die zunehmende Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Versicherung, die bürokratischen Schikanen und die Verpflichtung zur Zwangarbeit für Sozialhilfeempfänger tragen zur Popularität der Forderung bei. Wir meinen allerdings, daß die Forderung, wie sie in dem Büchlein vertreten wird, eher ein Bündnis von GRÜNEN mit "marktwirtschaftlichen" Liberalen begründen soll und daß sie für die Arbeiter schädlich ist.

Dem Bändchen ist zu entnehmen, daß das Projekt "Mindesteinkommen" erstmals von dem reaktionären US-Ökonomen Milton Friedman vorgeschlagen und in den 70er Jahren von der Demokratischen Partei in

den Wahlkämpfen vertreten wurde. Der Staat solle eine sogenannte negative Einkommenssteuer einführen. Wer unter einem bestimmten Arbeitseinkommen liegt, erhält eine ergänzende Zahlung. Wer z.B. arbeitslos ist, erhält 800 DM negative Steuer, wer in einem Teilzeit-Job 400 DM kriegt, erhält eine negative Steuer von 600 DM usw. Ab einem Einkommen von 1800 DM muß dann eine positive Steuer abgeführt werden. Friedman begründete diesen Vorschlag damit, daß sich hierdurch der "Arbeitsanreiz" für die schlechtest bezahlten Tätigkeiten erhöhen läßt. Der Vorschlag bedeutet, daß die Kapitalisten die untersten Löhne mit Hinweis auf die staatliche Subvention weit unter das Existenzminimum drücken und auch die unsteife Beschäftigung ausweiten können.

Mehrere Autoren der "Befreiung von falscher Arbeit" plädieren in diese Richtung. So etwa K.-U. Gerhardt und A. Weber, Mitglieder der "Gesellschaft für Kultur und Ökologie" über die Vorteile eines Mindesteinkommens: "Förderung der allgemeinen Produktionsbedingungen... Stärkung von Mobilität, Flexibilität... Bei der Förderung innovativen Klimas denken

wir etwa an Garagenbastler, die Erfindungen beisteuern können."

Gemeinsam ist den meisten Befürwortern des Mindesteinkommens die Abscheu vor dem "Kollektivismus", dem Versuch der Arbeiterbewegung, durch Versicherungsbildung bestimmte Mindeststandards für alle Lohnabhängigen durchzusetzen. Th. Schmid schreibt, er befindet sich in Übereinstimmung mit Ralf Dahrendorf (FDP), daß die Forderung nach einem Mindesteinkommen sich gegen "einflußreiche gesellschaftliche Blöcke", d.h. Unternehmer und die Gewerkschaften, richte.

Allerdings scheint unter den GRÜNEN die Forderung und ihre Konsequenzen nicht unumstritten. So findet sich in dem Buch ein Aufsatz von W. Hanesch, der darauf verweist, daß die elende Lage vieler arbeitslos gewordener Lohnabhängiger aus der Zerstörung der Sozialversicherungen durch staatliche Eingriffe röhrt. Er schlägt stattdessen vor, in den bestehenden Versicherungen höhere Mindeststandards durchzusetzen. (Th. Schmid (Hrsg.), Befreiung von falscher Arbeit, Wagenbach-Verlag, 9,50 DM)

Bundesregierung

"KEIN ANLASS, VOM KRIEG DER TÜRKEI GEGEN KURDISTAN ZU SPRECHEN"

Die Bundesrepublik gibt seit Jahrzehnten Militärhilfe an die Türkei, und auch für 1984/85 wurden vom zuständigen Ausschuß des Parlaments weitere 130 Mio. DM "Verteidigungshilfe" an die Türkei bewilligt. Mit Hilfe dieser Gelder und unentgeltlicher Militärlieferungen seit 1964 im Werte von 2,8 Mrd. DM haben die Imperialisten die Türkei zu ihrem militärischen Vorposten gegenüber der Sowjetunion ausgebaut. Marinewerften wurden gebaut, eine Fabrik für Handfeuerwaffen, Wartungsanlagen für Triebwerke und anderes mehr. Mit der sachlichen und finanziellen Unterstützung der BRD-Imperialisten hat sich die türkische Armee auch instand gesetzt, den Krieg gegen das kurdische Volk im Osten der Türkei zu führen, das in Türkisch-Kurdistan für Autonomie kämpft.

Schon seit dem Militärputsch haben Teile der Armee Kurdistan besetzt, und 1983 führten türkische Elitetruppen im Schutz der damals in Türkisch-Kurdistan durchgeführten Nato-Manöver "Adventure Express 83" einen Angriff auf den kurdischen Teil des Irak durch. Die türkische Regierung gab bekannt, daß 2000 "Separatisten" bei dieser Aktion gefangengenommen wurden. 1984 nach den Wahlen in der Türkei werten seit August wieder Angriffe gegen die kurdische Bevölkerung auf iranischem und irakischem Gebiet durchgeführt. Mindestens 1415 Personen wurden bei den Durchsuchungen der Dörfer im

Grenzbereich festgenommen. Drei Dörfer in Türkisch-Kurdistan wurden bereits zwangsweise umgesiedelt, um eine Militärzone von 120 km Länge und 50 km Breite zu errichten. Weitere Zwangsevakuierungen sind von der türkischen Regierung geplant.

Die Bundesregierung führt gegenwärtig eine Rechtfertigungskampagne für diese Militärintervention in den Irak sowie in Türkisch-Kurdistan durch. In einer Bundestagsdebatte zur Türkei am 5. Oktober erklärte der CDU-Abgeordnete Schwarz zu den Angriffen der türkischen Armee: "Es gibt Auseinandersetzungen mit extremistischen Separatisten, kommuni-

stisch geprägt. Dort tut die Polizei, dort tut im Rahmen des Ausnahmezustandes auch die Armee ihre Pflicht." Der Abgeordnete der GRÜNEN Reents hatte in dieser Debatte die Bundesregierung angegriffen, sie unterstützte mit der "Verteidigungshilfe" den Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden und gebe Waffen an ein kriegsführendes Land.

Die Aktuelle Stunde im Bundestag, die die GRÜNEN zur Lage in Kurdistan am 26. Oktober durchgesetzt hatten, nutzte dann auch die Regierungskoalition zur Rechtfertigung ihrer Politik gegenüber der Türkei. Dr. Ing. Oldenstädt, Mitglied des Verteidigungsausschusses, hob die Bedeutung der türkischen Armee im Kriegsfall für die Imperialisten hervor: "Innerhalb des Bündnisses unterhält die Türkei mit etwa 50000 Soldaten das größte stehende Heer. Sie bindet damit etwa 30 sowjetische Divisionen,



Propagandafoto der türkischen Regierung: Die Armee hilft den Kindern in Kurdistan beim Lesenlernen.

KUNDGEBUNGEN AM 17. NOVEMBER

Kurdische und türkische Organisationen führen zur Zeit Propagandaaktionen gegen die Terrormaßnahmen durch, die die türkische Regierung mit Unterstützung der imperialistischen NATO-Staaten gegen das kurdische Volk unternimmt. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus zwei Flugblättern kurdischer und türkischer Organisationen gegen diese Maßnahmen. Die folgenden Organisationen wollen am 17.11. Kundgebungen durchführen.

Auszüge aus einem gemeinsamen Flugblatt von Birlik Yolu, Dibaf, Fidef, Gercek ADK., Isci Gercegi, KKDK, Komkar, Kurd-Kom, Kurtulus, Kürdistanli Devrimciler, Proletar Dayanisma:

"Schluß mit dem Krieg gegen das kurdische Volk! Stoppt die Hintertreibungen und die Folterungen! Freiheit

für die politischen Gefangenen, Generalamnestie!"

Der unerklärte Krieg der faschistischen Junta in der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung dauert z.Z. mit immer zunehmender Schärfe an. Die Überfälle auf die Militärposten in Eruh und Semdinli dienten den Militärs zum Anlaß, die Operationen bis in das irakische und iranische Kurdistan hinein auszudehnen. Neue Armee-Einheiten werden in diese Region verlegt. Die Spezial-Kommandoeinheiten überfallen Tag für Tag kurdische Dörfer und setzen die Einwohner den unerträglichsten Repressalien aus. Die Zahl der Ermordeten erhöht sich ständig. Diese Militäroperationen werden von den Lufteinheiten unterstützt. Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Die Bildung von Gefangenengelagern in den betreffenden Gebieten geben das erschreckende Ausmaß der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung wieder. Beschlossen wurde

die Bewaffnung der zivilen reaktionären und faschistischen Kräfte, die Zwangsaussiedlung der kurdischen Bevölkerungsteile, wie in früheren Jahren bei Dersim, Agri und anderen Orten. Die Ausweitung der Militäroperationen über die Grenzen hinaus nach Irakischem und Iranisch-Kurdistan deuten darauf hin, daß sie gegen die Existenz des gesamten kurdischen Volkes gerichtet sind. Sie erhöhen gleichzeitig die Spannung und tragen zu den kriegerischen Auseinandersetzungen in dieser Region in hohem Maße bei."

Auszüge aus einem Flugblatt der DİDF:

"Gehen wir gemeinsam gegen die Vernichtung eines Volkes vor! Protestieren wir gegen die Ermordung des kurdischen Volkes!"

Seit über zwei Monaten führt die türkische faschistische Armee ununterbrochen Angriffe auf das kurdische Volk durch. Die Angriffe, die mit modernsten Waffen der Militäreinheiten

die sonst der Bedrohung im Abschnitt Europa Mitte zugeführt werden könnten." Und er erklärte die Bedeutung Kurdistans für die Imperialisten, nämlich die "Transitwege von Europa in den Nahen Osten" würden über das Territorium der Türkei, nämlich Kurdistans, führen. Er sowie Staatsminister Möllemann verteidigten sich gegen den Angriff, die BRD würde Waffen an ein kriegsführendes Land liefern, mit dem Argument, die Türkei dürfe die Waffen und Materiallieferungen, die sie im Rahmen der Nato erhielte, nur bei einem bewaffneten Angriff auf Nato-Gebiet benutzen, und bei den Auseinandersetzungen in Kurdistan handle es sich ja nicht darum, sondern um Terroristen und Separatisten, die Überfälle durchführten. Staatsminister Möllemann erklärte scheinheilig, der Einsatz der Armee sei eine Reaktion auf Anschläge auf türkische Militärposten durch Separatisten, wobei ja auch Staatsminister Möllemann die Bombardierung von kurdischen Dörfern, das Kriegsrecht in der Türkei, der Einmarsch der türkischen Truppen in Iran und Irak nicht unbekannt sein dürften. Obwohl die türkische Presse den Einsatz der Armee im Irak offen rechtfertigt, zitiert er Ministerpräsident Özal, der behauptet, türkische Truppen seien bisher nicht auf irakische Gebiet vorgestoßen. "Meine Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund sieht die Bundesregierung keinen Anlaß, von einem Krieg der Türkei gegen die Kurden zu sprechen", so seine Zusammenfassung im Bundestag.

Quellenhinweis: türkei infodienst v. 8. u. 22.10.84; Plenarprotokolle des Bundestages 10/89 v. 5.10.84 und 10/95 v. 26.10.84 – (eve, uld)

unter Begleitung der Luftwaffe erfolgen, erfassen auch die Gebiete der im Irak lebenden Kurden ... Die seit über zwei Monaten unter dem Namen "Gegen den Terrorismus und die spaltenden Kräfte" durchgeführten Aktionen gegen das kurdische Volk durch die Militärs haben eine besondere Bedeutung und sind die größte Massenermordung seit 1938. Die gesamten Dörfer werden von den Militäreinheiten durchsucht, und Menschen von jung bis alt werden auf die Dorfplätze getrieben und gefoltert. Kinder und Bauern werden von den Militärs für sich als Geiseln zum Schutz mitgenommen, um bei Schießereien nicht getötet zu werden. Die in den Dörfern an der Grenze lebenden Menschen werden vertrieben. Neben Militäreinheiten werden auch bewaffnete faschistische Zivilkräfte für die Angriffe eingesetzt. Die Bauern, die diese Angriffe nicht unterstützen, werden erschossen."

Blüms Arbeitszeit- und Beschäftigungsförderungsgesetz (I)

14 STUNDEN, TAG UND NACHT, SAMSTAG UND SONNTAG: BLÜM "LOCKERT" DIE ARBEITSZEIT

Am 5. Oktober hat der Bundesrat über das von der Bundesregierung vorgelegte "Beschäftigungsförderungsgesetz" und das neue "Arbeitszeitgesetz" beraten und über das "Beschäftigungsförderungsgesetz" auch gleich beschlossen. Dieses liegt nun dem Bundestag zur Beratung und Verabschiedung vor, das Arbeitszeitgesetz dürfte in den nächsten Wochen folgen. Beide Gesetze sollen zum 1.1.85 in Kraft treten.

Beide Gesetze erlauben den Kapitalisten, bislang unerhörte Arbeitszeiten zu verlangen und rechtloseste und am schlechtesten bezahlte Arbeitsverhältnisse bedeutend auszuweiten.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz haben wir schon in einer früheren Ausgabe (Politische Berichte 16/84, S. 30/31) dokumentiert. Es erlaubt den Kapitalisten künftig befristete Arbeitsverträge bis zu zwei Jahren Dauer (bisher sechs Monate), Leiharbeit bis zu sechs Monaten Dauer (bisher drei Monate) und eine deutlich vermehrte Anordnung von Teilzeitarbeit.

Das neue Arbeitszeitgesetz ist weitgehend so geblieben, wie schon im Referentenentwurf Ende 1983 veröffentlicht. Es schreibt die 6-Tage-Woche fest. Als äußerste Grenze der täglichen Arbeitszeit soll künftig lediglich die Mindestruhezeit von 11 Stunden gelten. Das bedeutet: bis zu 13 Stunden ununterbrochene Arbeit sind erlaubt. Selbst für diese Schranke hat Blüm noch eine Aufhebung zugelassen: Per Tarifvertrag können die Kapitalisten die Ruhezeit auf 10 Stunden verringern, die Arbeitszeit auf 14 Stunden ausdehnen (§4, Abs. 3). Überhaupt erlaubt Blüm mit seinen "Tariföffnungsklauseln" den Kapitalisten, so ihnen der Abschluß der entsprechenden Tarifverträge gelingt, so ziemlich jedes Verbrechen in Sachen Arbeitszeit.

Ähnlich die Festlegungen zur Sonntags- und Feiertagsruhe. So können die Kapitalisten in mehrschichtigen Betrieben künftig auch Sonntags sechs Stunden lang arbeiten lassen. Weitere 19 Abweichungen von dieser "Sonntagsruhe" hat Blüm gesetzlich festlegen lassen. Auch hier gilt zudem: gelingt den Kapitalisten ein entsprechender Tarifabschluß, so können sie auch am Sonntag arbeiten lassen. Die einzige Schranke, die das neue Gesetz vorsieht: 13 Sonntage im Jahr müssen arbeitsfrei sein, bei Filmtheatern sechs Sonntage.

Der Beratung des Bundesrats lag unter anderem eine Stellungnahme der Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks vor. Bekanntlich schieben die großen Kapita-

listen, für die Propagierung ihrer Absichten gern kleinere Kapitalisten vor. Was also gefällt der Handwerksvereinigung am Arbeitszeitgesetz, was soll noch geändert werden?

1. "Zu begrüßen ist, daß der Gesetzentwurf ... an dem Grundsatz der 6-Tage-Woche ... festhält." Damit unterstreichen die Kapitalisten erneut ihre Absicht, den Samstag zum Arbeitstag für alle Lohnabhängigen zu machen.

2. Der Handwerksvereinigung mißfällt, daß, wenn keine tarifvertragliche "Erlaubnis" vorliegt, zehn Stunden Arbeitszeit "nur" an 60 Tagen im Jahr möglich sein soll. Sie wünscht, daß "die Worte 'an höchstens 60 Tagen im Jahr' ... gestrichen werden." Ihre Begründung zeigt, worauf Blüm mit seiner "Tariföffnungsklausel" hinauswill: Da diese – bei entsprechendem Tarifvertrag – zehnständige Arbeitszeit an jedem Arbeitstag erlaube, sei gar nicht einzusehen, warum man solche Arbeitszeiten nicht gleich ohne Zustimmung der Gewerkschaften erlaube. So reißt man gesetzliche Schranken gegen Überarbeit ein und preist das noch als "Tarifvertragsfreiheit"!

3. Sodann wünschen die Handwerkskapitalisten weitere Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot, z.B. für Metzgereien, Bäckereien, Konditoreien.

4. Gegenüber dem Nacharbeitsverbot für Arbeiterinnen äußern sie "grundsätzliche" Bedenken und begrüßen, daß künftig nur die "ununterbrochene" 7-stündige Beschäftigung in der Zeit von 22 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens verboten sei. Damit sei "auch dem Anliegen des Gebäudereinigerhandwerks Rechnung getragen worden", heißt es in der Stellungnahme.



Putzfrauen in Nürnberg gegen befristete Arbeitsverträge, Juni 1984.

IM VERGLEICH: DIE ARBEITSZEIT- ORDNUNG UND DER GESETZENTWURF

Arbeitszeiten

AZO (§3) Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten. (§4) Wird die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen regelmäßig verkürzt, so kann die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Werkstage derselben sowie der vorhergehenden oder der folgenden Woche verteilt werden. (§5) (1) Die für den Betrieb oder eine Betriebsabteilung zulässige Dauer der Arbeitszeit darf um zwei Stunden täglich, jedoch höchstens bis zu 10 Stunden täglich ... ausgedehnt werden.

Gesetzentwurf (§1) Die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer darf 8 Stunden nicht überschreiten; sie kann bis zu 10 Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von 3 Kalendermonaten oder innerhalb von 12 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden werktäglich, bei Vor- und Abschlußarbeiten 9 Stunden werktäglich nicht überschritten werden.

Arbeitszeitverlängerung

AZO (§7) (1) Die regelmäßige Arbeitszeit kann durch Tarifvertrag bis zu zehn Stunden täglich verlängert werden. (2) Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt, kann die Arbeitszeit auch über zehn Stunden täglich verlängert werden. (§8) (2) Eine über zehn Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit kann das Gewerbeaufsichtsamt nur ... aus dringenden Gründen des Gemeinwohls (zulassen). (§11) Die Arbeitszeit darf ... auch beim Zusammentreffen mehrerer Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten.

Gesetzentwurf (§4) (1) In einem Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung, wenn ein Tarifvertrag dies zuläßt oder Arbeitszeitfragen im Tarifvertrag nicht geregelt werden, kann zugelassen werden,

1. abweichend von § 1

a) die Arbeitszeit über 10 Stunden werktäglich zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft fällt, b) einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen, c) auch unabhängig von der Festlegung eines Ausgleichszeitraums die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden werktäglich an höchstens 60 Tagen im Jahr zu verlängern ...

(2) Im Geltungsbereich eines Tarifvertrags nach Absatz kann die abweichende tarifvertragliche Regelung im Betrieb eines nicht tarifgebundenen Arbeitgebers durch Betriebsvereinbarung oder, wenn ein Betriebsrat nicht besteht, durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer übernommen werden.

Arbeit an Sonn- und Feiertagen

Gewerbeordnung (§105b) (1) Im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Ziegeleien sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden. Die den Arbeitnehmern zu gewährende Ruhe hat mindestens für jeden Sonn- und Feiertag vierundzwanzig, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Feiertage sechs- und dreißig, für das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest achtundvierzig Stunden zu dauern.

Gesetzentwurf (§7) (1) Arbeitnehmer dürfen an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von 0 bis 24 Uhr nicht beschäftigt werden. In mehrschichtigen Betrieben mit regelmäßiger Tag- und Nachschicht kann Beginn oder Ende der Sonn- und Feiertagsruhe um bis zu 6 Stunden vor- oder zurückverlegt werden. (2) Abweichend von Absatz 1 dürfen Arbeitnehmer an Sonn- und Feiertagen, sofern dies erforderlich ist, beschäftigt werden ... 19. bei

Arbeiten, die aus chemischen, biologischen, technischen oder physikalischen Gründen einen ununterbrochenen Fortgang auch an Sonn- und Feiertagen erfordern. (3) Zwei Sonntage im Monat sollen beschäftigungsfrei bleiben; mindestens ein Sonntag im Monat muß beschäftigungsfrei bleiben.

Ununterbrochene Arbeit

AZO (§10) Bei Arbeiten, die werktags und sonntags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Arbeitnehmer innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens sechzehnständiger Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von je vierundzwanzig Stunden gewährt wird.

Gesetzentwurf Keine Regelung.

Frauenarbeitsschutz

AZO (§19) (1) Arbeitnehmerinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von zwanzig bis sechs Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach siebzehn Uhr beschäftigt werden. (2) In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeitnehmerinnen bis dreiundzwanzig Uhr beschäftigt werden. Nach vorheriger Anzeige an das Gewerbeaufsichtsamt kann die Frühschicht regelmäßig frühestens um fünf Uhr beginnen, wenn die Spätschicht entsprechend früher endet.

Gesetzentwurf (§10) Arbeitnehmerinnen dürfen in der Nachtzeit von 22 Uhr bis 6 Uhr für einen zusammenhängenden Zeitraum von 7 aufeinanderfolgenden Stunden nicht beschäftigt werden.

Beschäftigungsverbote für Frauen

AZO (§16) Beschäftigungsverbote. (2) Weibliche Arbeitnehmer dürfen ferner nicht in Kokereien und nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen bei Bauten aller Art beschäftigt werden.

Gesetzentwurf (§11) (2) Im Bauhauptgewerbe dürfen Arbeitnehmerinnen nur beschäftigt werden, wenn sie innerhalb der letzten 6 Monate von Beginn der ersten Beschäftigung von einem Arzt arbeitsmedizinisch untersucht worden sind.

Ermächtigung

AZO (§28) Der Reichsarbeitsminister kann über die in der Arbeitszeitordnung oder in anderen Arbeitsschutzzvorschriften vorgesehenen Ausnahmen hinaus widerruflich weitergehende Ausnahmen zulassen, wenn sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden.

Gesetzentwurf (§14) (3) Der Bundesminister der Verteidigung kann in seinem Geschäftsbereich durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung aus zwingenden Gründen der Verteidigung Arbeitnehmer verpflichten, über die in diesem Gesetz und in den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und Tarifverträgen festgelegten Arbeitszeitgrenzen und -beschränkungen hinaus Arbeit zu leisten.

Öffentlicher Dienst

AZO (§13) (1) Für die Betriebe und Verwaltungen ... können die vorgesetzten Dienstbehörden die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auf die Arbeitnehmer übertragen. (2) Für Angestellte, die von Körperschaften des öffentlichen Rechts gemeinsam mit Beamten beschäftigt werden, gelten mangels abweichender Einzelabrede, Dienstordnung oder Tarifvertrag die für Beamte gültigen Dienstvorschriften über die Arbeitszeit auch ohne ausdrückliche Übertragung nach Absatz 1.

Gesetzentwurf (§19) (1) Im öffentlichen Dienst können, soweit keine tarifvertragliche Regelung besteht, durch die zuständige Dienstbehörde die für Beamte geltenden Bestimmungen über die Arbeitszeit auf die Arbeitnehmer übertragen werden.

Von wegen "Anliegen des Gebäudereinigerhandwerks"! Bis zu 6 Stunden und 59 Minuten lang darf künftig jede Arbeiterin von jedem Kapitalisten nachts ausgebeutet werden!

Schon im Mai hatte der BDI seine Absicht, die gesetzlichen Schranken gegen eine Ausdehnung der Arbeitszeit in die Nacht und weit über 8 Stunden pro Tag hinaus, auf den Samstag und auf den Sonntag aus dem Weg zu räumen, in seinem Jahresbericht verkündet. Das Vorbild seien die USA: "In den USA wurden in den vergangenen zehn Jahren gut 20 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen. Dieses Beispiel zeigt die positiven Auswirkungen einer flexibleren Einkommens- und Arbeitsmarktpolitik ... Intensive Rationalisierung, Nutzung moderner Informations- und Steuerungstechnologien bei gleichzeitig längeren Arbeitszeiten haben ... zu zusätzlicher Beschäftigung geführt." (Hervorhebung vom Verf.)

Die US-Kapitalisten haben die meisten dieser "zusätzlichen Arbeitsplätze" durch brutale Verlängerung ihrer Betriebszeiten und Anstellung von zusätzlichen Frauen, zumeist in Teilzeitstellen, "geschaffen". Insgesamt 18,2 Millionen Lohnabhängige in den USA wurden im Juli 1984 aufgrund solcher Teilzeitverträge ausgebeutet, das sind 19% aller Lohnabhängigen, verglichen mit 11,7 Mio. Teilzeitbeschäftigte bzw. 14% aller Lohnabhängigen 1970. Von diesen Lohnabhängigen waren 1983 zwischen 2 und 3 Millionen von Sklavenhändlerfirmen an einzelne Kapitalisten ausgeliehen. Eine Million dieser "Teilzeit-Leiharbeiter" wurden von den Kapitalisten in der industriellen Produktion ausgebeutet. Ausweitung solcher gedrück-

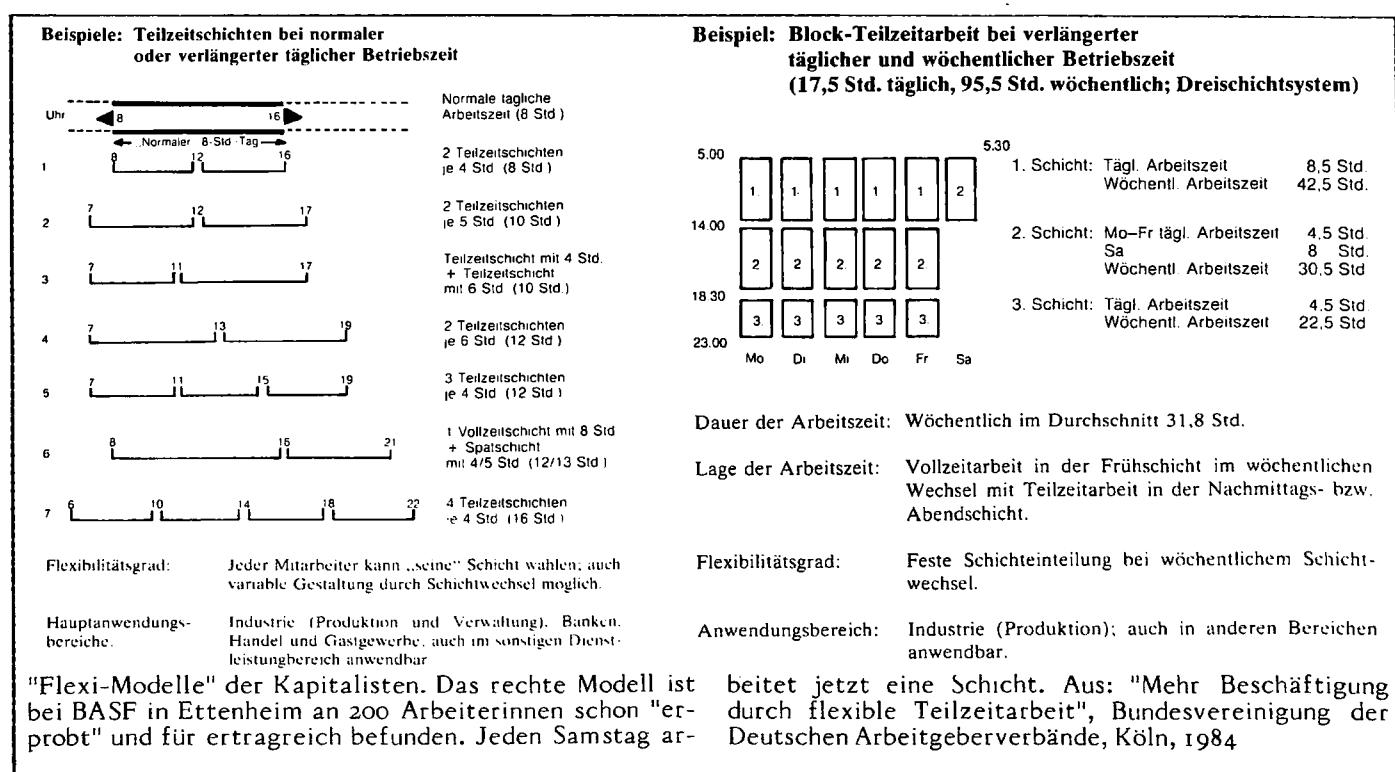
testen Arbeitsverhältnisse insbesondere für Frauen und Jugendliche, die durch die schweren Lohnsenkungen auf den Arbeitsmarkt getrieben wurden – das ist das ganze Geheimnis des "US-Beschäftigungswunders". Auf diese Weise ist es den US-Kapitalisten auch gelungen, den Anteil der Frauen über 16 Jahren, die in Lohnarbeit ausgebeutet werden, von 43,3% 1970 auf 52,6% 1982 auszuweiten. Zum Vergleich: In der BRD beuteten die Kapitalisten 1982 38,9% aller Frauen über 16 Jahren in Lohnarbeit aus.

Die westdeutschen Kapitalisten gehen davon aus, daß nun die Zeit gekommen ist, solche elenden Arbeitsverträge und -zeiten auch in der BRD massenhaft anzuwenden. Erst vor wenigen Tagen veröffentlichte die Bundesregierung ihre "Eckdaten" für 1985. "Lohnquote in 1985 auf Niveau der 60er Jahre", zitiert das "Handelsblatt" zufrieden aus den "Eckdaten". Dem Monatsbericht Oktober der Bundesbank ist zu entnehmen, daß die Kapitalisten die Bruttolöhne und -gehälter bis Juni dieses Jahres gegenüber 1980 um durchschnittlich 6,5% senken konnten. Rechnet man die Steuerprogression hinzu und berücksichtigt man ferner, daß die Kapitalisten gerade in den unteren Lohngruppen Zulagen gestrichen und weiter abgruppiert haben, so haben insbesondere die Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen in den vergangenen dreieinhalb Jahren Reallohnsenkungen von 10%, eher 15% und mehr, hinnehmen müssen. Diese Lohnsenkungen, so die Kalkulation von Regierung und Kapitalisten, werden die Lohnabhängigen schon genügend unter Druck setzen, die neuen Arbeitsverträge, die die Kapitalisten für sie bereithalten,

auch abzuschließen.

Die Folge wäre eine weitere, schwere Spaltung der Lohnabhängigen in einen kleinen Teil sogenannter "Stammbelegschaften" und einen großen Teil unstetig Beschäftigte, für die dann auch bald jeder Versicherungsschutz beseitigt wäre. Die Kapitalisten könnten beide, "Stammbelegschaft" und unstetig Beschäftigte, zu jeder Tages- und Nachtzeit ausbeuten, und so lange, wie es die Geschäftslage nun gerade mal erfordert. Sie könnten allen Lohnabhängigen den Lohn weiterhin kürzen. Weil dies noch mehr Frauen und Jugendliche auf den Arbeitsmarkt treiben würde, weil die Lohnabhängigen anders gar nicht mehr hinkommen, würden die Kapitalisten so auch dafür sorgen, daß selbst bei Ausdehnung der Zahl der auf diese Weise Lohnabhängig Beschäftigten stets genügend überschüssige Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist, um den gerade Beschäftigten den Lohn noch weiter zu senken, sie zu noch intensiverer Arbeit zu zwingen usw. usf. Wenn es den Gewerkschaften wenigstens gelänge, die Tariföffnungsklauseln aus Blüms Gesetzen weg zu kriegen, wäre gegenüber diesen Plänen schon viel gewonnen. (Wird fortgesetzt)

Quellenhinweis: BDI, Jahresbericht 1982-1984, Köln, Mai 1984; Zentralverband des Deutschen Handwerks, Stellungnahme zum Beschäftigungsförderungsgesetz und zum Arbeitszeitgesetz, Bonn, 30.10.1984; US-Monthly Labor Review, Jan. und Sept. 1984; BT-Drucksache 10/2102 vom 11.10.84; BR-Drucksache 401/84; Protokoll der Bundesratssitzung vom 5.10.1984 – (rül, jöd)



USA-Präsidentschaftswahlen

EIN WEITERGEHENDES MANDAT
FÜR DIE REAKTION?

Im Dezember 1984 werden voraussichtlich 525 Wahlmänner Ronald Reagan zum Präsidenten der USA wählen, 13 werden für Walter Mondale stimmen. In der bürgerlichen Presse wird daraus ein Erdutschsieg für Ronald Reagan und für seine Politik der vergangenen vier Jahre. Allerdings, ein Mandat für eine aggressive, reaktionäre Politik nach innen und außen für die nächsten vier Jahre wird daraus nicht hergeleitet. Dieser scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man nicht die Zahl der Wahlmänner, sondern die abgegebenen Stimmen für Reagan sowie die Ergebnisse der Kongresswahlen betrachtet. Das Verfahren zur Wahl der Wahlmänner ist ein Mehrheits-Listen-Wahlrecht. Pro Bundesstaat kann jede Partei eine Liste mit soviel Wahlmännern aufstellen, wie der Bundesstaat Sitze im Kongress (Repräsentantenhaus und Senat) hat. Die Stimmabgabe ist für eine Liste. Die Liste mit der einfachen Mehrheit der Stimmen erhält alle Wahlmännermandate für den Bundesstaat.

Reagan hat 59% der abgegebenen Stimmen erhalten, Mondale 41%. 1980 waren es 51% für Reagan, 41% für Carter und 7% für Anderson (Unabhängiger). Bei einer Wahlbeteiligung von 52% übersetzt sich dieser Wahl-

sieg in 31% aller Wahlberechtigten für Reagan, angetreten ist er 1980 mit 26,5%. Weiter wird dieser "Erdutsch" relativiert durch den Verlust von zwei Sitzen im Senat, die die Republikaner 1982 dazugewonnen hatten, so daß sie jetzt wieder 53 von 100 Sitzen innehaben, wie zu Beginn von Reagans Amtszeit. Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner höchstens 16 Sitze dazugewonnen (3 sind bei Redaktionsschluß noch unentschieden). Die Demokraten haben mit mindestens 252 von 435 Sitzen ihre Mehrheit behal-



Reagan: Mehrheit unter den protestantischen weißen Wählern

WESTDEUTSCHE
PRESSEREAKTIONEN

Die folgenden Presseauszüge sind der Rundfunksendung "Blick in die Morgenpresse" vom SWF II, 8.11., entnommen. Sie enthalten Rückschlüsse der BRD-Presse auf die in den USA herrschende politische Stimmung. Das Bemühen, Reagans Wahlsieg zum Triumph zu stilisieren und dem hiesigen Publikum ein Amerika vorzugaukeln, in dem Chauvinismus und Patriotismus die Massen im Verhältnis von 500 zu 13 erfaßt hätten, ist in seiner Gleichstimmigkeit schon fast peinlich.

... Ludwigshafener Rhein-Pfalz:

"Der gewaltige Wahlsieg gilt zwar in sichtbarer Weise zunächst der Person von Ronald Reagan. Er war glaubhaft als der weisere und zugleich tatkräftigere Führer und Landesvater. Aber ganz ohne Zweifel haben die Wähler mit ihrer Stimmabgabe auch das Programm des konservativen Flügels der Republikanischen Partei akzeptiert. Wirtschaftswachstum, Rückkehr zu den

traditionellen Werten und Stabilität des Geldes, dies sind die drei Hauptpunkte des Reaganschen Regierungsprogrammes, das der Präsident am Morgen nach seinem Wahlsieg weiter durchzuführen verspricht."

Nach der Rhein-Pfalz das Wiesbadener Tagblatt:

"Der 73jährige Patriarch im Weißen Haus verstand es, die Jungwähler auf seine Seite zu ziehen. Der im Ausland auch bei befreundeten Völkern noch immer zwiespältig beurteilte Ronald Reagan ist zu Hause der volkstümliche Held und Prophet einer nationalen Erweckungsbewegung, die alle Bevölkerungskreise erfaßt. Ein solch durchdringender Erfolg wird mit den Hinweisen auf die schauspielerische Virtuosität der Selbstdarstellung des Präsidenten, dem herben Charme und die Faszination seiner rednerischen Begabung allein nicht erklärbar. Entscheidend ist, daß der Kalifornier die Sehnsüchte und Bedürfnisse der Mehrheit anspricht. Daß er schlichtweg den Zeitgeist made in USA verkörpert."

Wie beim Wiesbadener Tagblatt sieht man es auch bei der Frankfurter Rundschau:

"Reagan ist der amerikanischste

ten. Der Gewinn der Republikanischen Partei liegt weit unter den 33 Sitzen, die sie in den Wahlen 1982 verloren hatten, und weit unter den 35 Sitzen, die sie im Windschatten des vorausgesagten Reagan-Sieges zu ergattern hofften. Obwohl Reagan sein Stimmenvorherrschaft gegenüber dem Demokratischen Konkurrenten von 8 auf 16 Millionen Stimmen steigern konnte, hat sich das Gewicht der Republikaner im Kongress gegenüber 1980 verringert. Die Republikaner sind sich zur Zeit noch nicht darüber im klaren, was sie mit Reagans Wahlsieg anfangen können. 1980, zwei Tage nach der Wahl, war die bürgerliche Presse voll mit vielen konkreten Gesetzesvorhaben der kommenden Reagan-Regierung, und in dem noch bis Januar 1981 amtierenden Kongress wurden Kürzungen der Sozialausgaben in dem laufenden Haushalt 1980 eingebrochen. 1984 ist eine Woche nach der Wahl außer einer geplanten Steuerreform (gleich Steuererhöhung) noch nichts konkretes über die weiteren Vorhaben der Reagan-Amtszeit klar.

1980 hat man den Demokraten nach ihrer Wahlniederlage eine Bewegung nach "links" vorausgesagt. Tatsächlich ist die Demokratische Partei in die Rolle eines Sammelbeckens der Kräfte gegen die Reagan-Reaktion gedrängt worden, sichtbar in einer frühzeitigen Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten und in der Kandidatur von J. Jackson für die Interessen der Minoritäten und der Unterdrückten und Benachteiligten in

Präsident seit langem. Ihm ist es gelungen, Amerika den Amerikanern neu zu verkaufen, den traditionellen Optimismus wieder unter die Leute zu bringen und ihnen einzupfen, daß es immer noch etwas besonderes ist, Amerikaner zu sein."

Soweit die Frankfurter Rundschau. In der Stuttgarter Zeitung steht:

"Im Rausch des Sieges meinte Reagan gestern, Amerika habe die besten Tage noch vor sich. Wie so viele seiner Sprüche wurde auch dieser jubelnd und fähnchenschwingend aufgenommen. Doch nun ist es an ihm und an seinen Beratern, diese Verheibung in die Tat umzusetzen",

meint man bei der Stuttgarter Zeitung. Daß Reagan das gelingen wird, das glaubt man bei der Bonner Welt:

"(...)", pflegt der alte und neue Präsident zwar sehr umgangssprachlich aber treffend zu sagen: Jetzt geht es erst richtig los. Das sind keine hohen Worte. Die vier bisherigen Reagan-Jahre haben gezeigt, daß der politische Konservativismus seinen vornehmsten Auftrag, die Zukunft zu gewinnen, durchaus einlösen kann."

So denkt man bei der Welt. Nun ein

der Gesellschaft. Während des letzten Jahres wurde in der Gewerkschaftspresse zunehmend eine Unterstützung der Interessen der Minoritäten und der Armen deutlich, sowie der Bewegung gegen die Zentralamerikapolitik der Regierung. Gleichzeitig hat sich die Regenbogenkoalition unter Führung von J. Jackson entwickelt und Fortschritte zur Überwindung der Einengung auf die Schwarzen gemacht.

Im Gegensatz zu dem durchschnittlichen Gewinn von 8% gegenüber 1980 hat Reagan bei den Schwarzen 2% verloren (von 11 auf 9%), bei der Latino-Minderheit hat er seinen Stimmanteil von 33% nicht erhöhen können. Durch eine aktive Wählerregistrierungskampagne ist die Zahl der Wähler bei beiden Minderheiten zwischen 10 und 20 Prozent gestiegen. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern (Familien) hat Reagan seinen Stimmanteil gerade um 2% erhöhen können (von 43% auf 45%). Bei den übrigen traditionellen Wählerschichten der Demokraten hat Reagan weitere Zugewinne von 5 bis 10% erzielt, insbesondere unter den Weißen in den unteren und mittleren Einkommensklassen und bei der weißen Bevölkerung in den Südstaaten. Nach der diesjährigen Wahlniederlage sagt die Presse der Demokratischen Partei einen Ruck nach rechts voraus. Parteioffizielle greifen jetzt nicht nur Jackson, sondern auch die Gewerkschaftsführung an, weil sie Mondale für ihre "Spezialinteressen" benutzt und ihn dadurch für das Gros ihrer Wähler unwählbar gemacht hätten.

Die Führung des AFL-CIO, die zum

ersten Mal seit Jahren ihre Mitglieder zur aktiven Teilnahme an einer politischen Wahlkampagne aufgerufen hat, hebt hervor, daß die Mobilisierung gegen Reagan dazu geführt hat, daß Reagans Zugewinn unter Gewerkschaftsmitgliedern eingedämmt werden konnte. Auch 1988 werde der AFL-CIO wieder versuchen, Einfluß auf die Aufstellung des Demokratischen Kandidaten zu nehmen.

J. Jackson hat angekündigt, daß er sich jetzt hauptsächlich dem Aufbau der Regenbogenkoalition zu einer unabhängigen politischen Organisation widmen werde. "Wir müssen eine Partei sein, die die Sache der Arbeiter, der Benachteiligten und der Ausgestoßenen an erster Stelle setzt", erklärte Jackson. Dabei ist nicht klar, ob diese Organisation ihren "Kurs sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit" innerhalb der Demokratischen Partei verfolgen will oder kann. (Zur Erläuterung: Die großen Parteien in den USA kann man eher mit Wählergemeinschaften als mit Parteien im europäischen Sinn vergleichen).

Der Aufbau einer unabhängigen Organisation der Werktätigen und Unterdrückten ist dringlich, denn die augenblickliche Unsicherheit der Republikanischen Partei darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie das Wahlergebnis nach einer Basis ihres reaktionären und rassistischen Programms ausloten wird. Insbesondere wird sie interessieren, ob die 70 bis 80% der weißen protestantischen Bevölkerung für Reagan, besonders im Süden, besonders Männer, ein neues reaktionä-

Blick in die Süddeutsche Zeitung in München:

"Die Ruhe, Gelassenheit und Entspanntheit, mit der sich Reagan selbst zum Symbol der Wiedergeburt, des alten Neuen Amerikas gemacht hat, verfehlten ihre Wirkung selbst auf jene nicht, für die der Aufschwung nicht viel mehr als eine Hoffnung ist, auf die Jungen und auf viele Arbeiter. Dem Präsidenten ist es offensichtlich gelungen, die von Mondale mühselig zusammengezimmerte traditionelle Demokratische Koalition aus Gewerkschaften, Schwarzen, Frauen und Liberalen aufzubrechen",

heißt es in der Süddeutschen Zeitung. In der Nürnberger Zeitung wird das Wahlergebnis so beurteilt:

"90% der schwarzen US-Bürger haben Mondale gewählt. Sie fühlen sich daher durch den Mann im Weißen Haus nicht repräsentiert, ebensowenig wie viele andere religiöse oder ethnische Minderheiten des Landes. So gesehen hat die Wahl das Land gespalten in einen großen weißen, protestantisch und europäisch geprägten Teil und einen kleinen farbigen, der sich in der wiederentdeckten Leistungsgesellschaft entweder weiter anpassen oder daran

vollends scheitern muß."

Das war ein Auszug aus der Nürnberger Zeitung ... Schließlich die Badische Zeitung in Freiburg:

"Reagans Erfolg ist ein Triumph professioneller Image-Macher über die politischen Aufklärer. Ein Sieg der Kinder des Positiven über Zweifler und Kritiker. Das wird auch auf die politische Kultur Westeuropas und vor allem der Bundesrepublik einwirken. Im Anklang an das Washingtoner Vorbild neigt die Bonner Regierung ja schon seit längerem dazu, innenpolitische Rückschläge statt auf eigene Fehlleistungen auf aufgebauschte oder gar bösartige Presseberichterstattung zurückzuführen und nach stärkerer Darstellung des für alle Erfreulichen zu rufen. Die Eindeutigkeit, mit der jetzt in den Vereinigten Staaten die Rolle Reagans als Vollstrecker und Verkörperer der konservativen Trendwende, als Symbolfigur einer neuen Ära der Zuversicht unterstrichen wurde, wird auch auf dieser Seite des Atlantik vielen als Bestätigung und Antrieb dienen."

Davon geht man bei der Badischen Zeitung aus.

Neuerscheinung:



"Von der amerikanischen Arbeiter- und Soldatenbewegung", 48 Seiten, 1,50 DM, erscheint im Verlag GNN, 5000 Köln, Kamekestr. 19

res Potential bildet, oder ob es sich lediglich um eine Umggruppierung dieser im Süden bisher immer demokratisch wählenden Schichten handelt. – (ger, her, maf)

Belgien

REGIERUNG SCHAFT 8-STUNDEN-TAG AB

Mitte Oktober hat die belgische Regierung beschlossen, den 8-Stunden-Tag gesetzlich abzuschaffen. Ein neues Arbeitszeitgesetz soll den Kapitalisten erlauben, Lohnabhängige künftig täglich 9 Stunden auszubeuten. Die wöchentliche "Normalarbeitszeit" soll auf 45 Stunden ausgedehnt werden. Erst bei mehr als 45 Stunden Arbeitszeit pro Woche sollen die Kapitalisten Überstundenzuschläge zahlen müssen. Auch die Schranken gegen Nacht- und Wochenendarbeit sollen gelockert werden. Einzelheiten über ihren Gesetzentwurf, der zum 1.1.85 in Kraft treten soll, hat die Regierung aus Christdemokraten und Liberalen unter Premier Martens noch nicht bekanntgegeben.

Schon vor zwei Jahren hatte sie begonnen, die gesetzlichen Schranken des Normalarbeitstags einzureißen. Arbeitsminister Hansenne startete eine "Operation Hansenne", die den Kapitalisten ermöglichte, Anträge auf Aufhebung der gesetzlichen Arbeitszeitschranken einzureichen mit dem Vorwand, so zusätzliche "Arbeitsplätze" zu schaffen. Zwischen 20 und 30 größere Kapitalisten machten

in der Folgezeit von diesem Ausnahmerecht Gebrauch. Die neuen "Arbeitsplätze", die sie Lohnabhängigen anboten, sahen u.a. an drei Tagen in der Woche 12-Stunden-Schichten vor, oder zwei 12-Stunden-Schichten am Wochenende, jeweils zum tariflichen Wochenlohn bezahlt, oder 6-Stunden-Schichten ohne Schichtzulage usw. Die gesetzlichen Schranken gegen Mehrarbeit, gegen Nachtarbeit und gegen Arbeit an Samstagen und Sonntagen wurden so bereits "in Ausnahmefällen" außer Kraft gesetzt.

Diese "Ausnahmen" sollen nun zur Regel werden. Der Gewerkschaftsbund ACV, in dessen Einzelgewerkschaften die Hälfte der belgischen Gewerkschaftsmitglieder organisiert sind, hatte schon Anfang Oktober der Forderung der Kapitalisten zugesagt, in künftigen Tarifverträgen tägliche Arbeitszeiten von 5 bis 9 Stunden und wöchentliche Arbeitszeiten von 31 bis 45 Stunden zu vereinbaren. Von dieser Seite rechnet die Regierung mit keinem großen Widerstand gegen ihr Gesetz. Der andere Gewerkschaftsbund, der ABVV, hatte zwar auf einem Kongreß am 14.9. die Arbeitszeitgesetzpläne der Regierung als "unannehmbar" verurteilt. Eindeutige und unverzichtbare Forderungen, etwa nach Beibehaltung des 8-Stunden-Tags, des Verbots der Sonntagsarbeit und der weitgehenden Schranken gegen Samstagarbeit, hatte der Kongreß aber nicht aufgestellt. Zu befürchten ist, daß die belgische Regierung ihr neues Arbeitszeitgesetz rasch in Kraft setzen kann.

Quellenhinweis: Solidair, 24.10.; De Werker, Zeitung des ABVV, 22.9. bis 27.10.84. (rül)

Dänemark

WENIGER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Mitte Oktober gab die konservative Minderheitsregierung Dänemarks bekannt, daß sie sich mit der Radikalen Partei über den neuen Haushaltsentwurf geeinigt hätte, so daß dieser im Dezember eine Mehrheit im Parlament finden würde. Der Haushalt 1985 soll sich wie 1984 unverändert auf 185 Mrd. Kronen belaufen. Einsparungen von 1 Mrd. Kr. wurden zwischen Radikalen und Regierung ausgehandelt. Die Sparmaßnahmen sind bis jetzt noch vage gehalten. Z.B. sollen 350 Mio. Kr. im Krankenhausbereich gespart werden, aber unklar ist wie. Auch die Kommunen sollen weniger erhalten.

In den letzten Monaten rissen die Protestaktionen gegen Sparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen nicht ab. So gab es große Demonstrationen in Kopenhagen gegen den Kommunehaushalt. Bis zu 2000 Entlassungen

von Beschäftigten bei der Stadt werden befürchtet. Protest- und Streikaktionen gab es in den Kindertagesstätten gegen Entlassungen und Gebührenerhöhungen, ebenso bei den Beschäftigten im Krankenhaus gegen Einstellungsstop und Überarbeit. Im Juni gab es in Krankenhäusern Kopenhagens Streiks bis zu zwei Wochen.

Diese Auseinandersetzungen gingen im Moment allerdings in den Hintergrund vor einem Schlag, den die Regierung gegen die Arbeiterbewegung landen will: Zusammen mit dem Haushalt soll eine Regelung über die Begrenzung der Dauer der Arbeitslosigkeit



Demonstration gegen Sparmaßnahmen in Kopenhagen im Sept. 84.

sengeldzahlung getroffen werden. Bisher gibt es folgende Regelung: Nach einem Jahr und neun Monaten Arbeitslosigkeit erhält ein Arbeitsloser eine Arbeit für sieben bis neun Monate. Führt dieses Angebot nicht zu einer Dauerbeschäftigung, erhält er unverändert Arbeitslosengeld weiter bis zum nächsten Arbeitsangebot usw. Die neue Regelung sieht vor: Anstelle des zweiten Arbeitangebotes erhält der Arbeitslose nach einem Jahr ein Ausbildungsangebot von bis zu 1 1/2 Jahren. Findet er danach keine Arbeit, erhält er kein Arbeitslosengeld mehr, sondern Sozialhilfe. Dazu sei bemerkt, daß die konservative Regierung vor kurzem eine neue Sozialhilferegelung getroffen hat, wonach nach neun Monaten Sozialhilfe nur noch ein solch niedriger Unterstützungsatz gezahlt wird, daß er die nackte Armut bedeutet.

Diese Ausgliederung aus der Arbeitslosenversicherung nach fünf Jahren Arbeitslosigkeit hat einen großen Proteststurm bei der Gewerkschaft und danach auch bei den Sozialdemokraten ausgelöst. Besonders der SiD und der Frauengewerkschaftsverband, die viele ungelernte Arbeiter als Mitglieder haben, haben scharf protestiert. Sie haben darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Langzeitarbeitslosen ungelernte Arbeiter sind, die nach einer solchen Ausbildung auf-

grund ihrer schlechten Schulbildung auch keine Arbeit finden, sondern nur ins Elend gestoßen würden. Daß diese Regierung nur dies im Auge hat, um letztlich die Arbeiter in niedrige Löhne zu zwingen, wird allerdings sehr deutlich, denn bisher bestehen noch keine konkreten Vorschläge über Ausbildungsmaßnahmen und -ziele. Zur Zeit wären etwa 30000 Arbeiter von dieser neuen Regelung betroffen.

Der SiD fordert Maßnahmen wie Generalstreik dagegen. Auch in den Reihen der Radikalen Partei erheben sich nun Proteste. Ob eine Mehrheit im Parlament zustande kommt, ist noch keineswegs sicher. Entscheidend ist, welche Kampfmaßnahmen die LO-Gewerkschaften tatsächlich ergreifen. Bisher wurde nur eine Anzeigekampagne gestartet, die die Regierung gleich verbieten wollte. — (wiw)

Protesttag in Chile

GEWERKSCHAFTEN BETEILIGEN SICH

Am 30. Oktober fand in Chile der erste nationale Protesttag statt, zu dem sowohl die Organisationen der Arbeiterbewegung und der Sozialisten und Kommunisten wie auch die christdemokratischen, konservativen und liberalen Parteien aufgerufen hatten. Die Junta reagierte auf den Protesttag mit der Verhängung des Kriegsrechts über das ganze Land, die Armee nimmt Massenverhaftungen vor allem in den Arbeitervierteln vor. Das "Nationale Kommando der Werktätigen" (CNT), in dem christliche und sozialdemokratische, regierungsunabhängige Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, wertete den Protesttag als einen Erfolg. Erstmals beteiligten sich in großem Umfang auch Fabrikarbeiter. Ein christdemokratischer Gewerkschafter berichtet:

"Fast die gesamte Kleinindustrie, weite Teil der Holz-, Textil- und Metallindustrie, 60% der Hafenarbeiter Valparaisos, Teile der kleinen und mittleren Minen und rund 50% der großen Industrie beteiligten sich an dem Streik. Das ist mehr als zu hoffen war, auch wenn wichtige Teile der Arbeiterklasse, z.B. Kupfer- und Erdölarbeiter, noch nicht teilnahmen." (1)

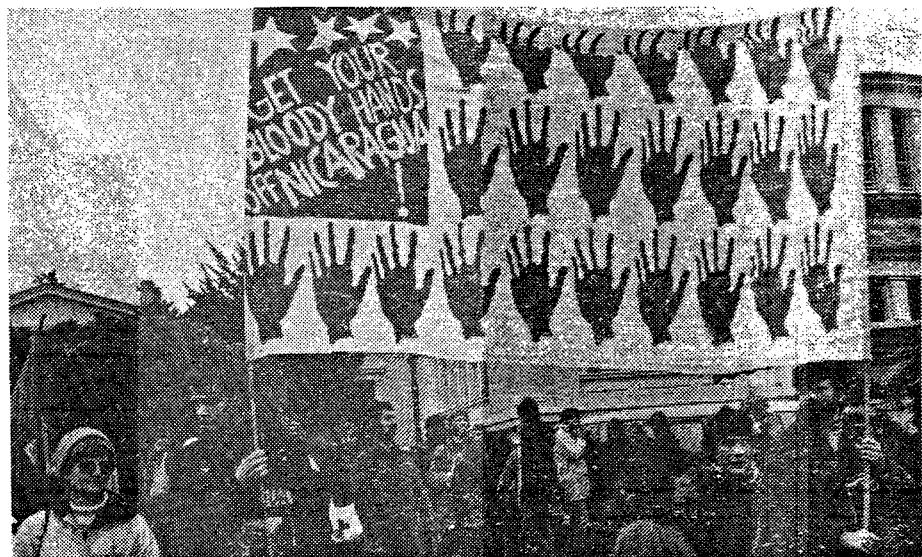
Der Protesttag war von einem nationalen Organisationskomitee vorbereitet worden, in dem u.a. die bürgerliche Demokratische Allianz, der Sozialistische Block, die Demokratische Volksbewegung (MDP) und das CNT vertreten sind. Das Organisationskomitee besteht bereits seit einigen Monaten und soll auch künftig weiterarbeiten. Die Organisationen sind sich vor allem in einer Forderung einig: die Militärjunta muß weg.

Die Christdemokraten und die De-

mokratische Allianz wollen eine Verhandlungsbasis mit der Junta erreichen, um selbst an die Regierung zu kommen. Diese Parteien hatten 1973 die Errichtung der Militärdiktatur Pinochets lebhaft begrüßt und betrieben und wollen nun die Früchte von elf Jahren blutiger Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernbewegung ernten.

Ein Teil der Gewerkschaften, sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und revolutionäre Parteien haben sich in der MDP und dem CODEPU (Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) zusammengeschlossen. Beide Organisationen treten für demokratische und Arbeiterrechte ein.

(1) zitiert nach: Roter Morgen, Nr. 45/84; Quellenhinweis: Arbeiterkampf Nr. 251 v. 22.10.84; UZ v. 2.11.84 – (uld)



Am 3.11. demonstrierten in Bonn ca. 30000 und am 5.11. ca. 3000 in Westberlin gegen die Invasionsvorbereitungen gegen Nicaragua.

Nikaragua

FSLN GESTÄRKT – USA PLANEN LUFTANGRIFF

Die am 6. November veröffentlichten Ergebnisse von 80% der Wahlkreise ergeben eine Wahlbeteiligung von 83%. Die regierende Sandinistische Front der nationalen Befreiung (FSLN) errang mit 68% den höchsten Stimmenanteil, die zweitstärkste Partei ist mit 12% die Konservativ-Demokratische Partei (PDC), die Unabhängige Liberale Partei (PLI) erhielt 10,6%, und die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion erhielten zusammen 6%.

Obwohl die Wahlen unter der Beobachtung von etwa 800 ausländischen Journalisten und zahlreichen Vertretern ausländischer politischer Organisationen durchgeführt wurden, erhielten sie keine Anerkennung von der US-Regierung und den westdeutschen Regierungsparteien. Die US-Regierung hatte schon am Freitag vor den Wahlen erklärt, ihre Durchführung sei eine Farce. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion nannte die Wahlen ein "Trauerspiel", weil die Parteien der reaktionären "Koordination" nicht zur Wahl standen. Diese Parteien hatten ihre Wahlbeteiligung zurückgezogen, nachdem absehbar war, daß ihnen eine vernichtende Niederlage bevorstand. Für die US-Regierung und die BRD-Regierung wären die Wahlen allemal nur dann akzeptabel gewesen, wenn durch sie ein Sturz der antiimperialistischen Regierung Nikaraguas zu erreichen wäre.

Für die US-Imperialisten steht seit den Wahlen endgültig fest, daß die sandinistische Regierung nur durch eine militärische Aggression zu besiegen ist. Zwei Tage nach dem Wahlaus-

gang begann ein Manöver der USA, Honduras und Guatemalas, in dessen Rahmen sich 25 US-Kriegsschiffe und Flugzeuge vor den nikaraguanischen Küsten aufhielten. US-Schiffe und Flugzeuge sind in den vergangenen Tagen wiederholt in das See- und Luftgebiet Nikaraguas eingedrungen. Die US-Regierung führte als fadenscheinige Begründung sowjetische Rüstungslieferungen an Nikaragua an.

Dennoch leugnet die US-Regierung in der Öffentlichkeit, eine Invasion gegen Nikaragua zu planen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die US-Regierung tatsächlich ein anderes Vorgehen gegen Nikaragua plant, als einfach mit Tausenden von Soldaten in das Land einzufallen und sich damit einen langandauernden,

verlustreichen Landkrieg einzuhandeln. Die US-Zeitschrift "Wall Street Journal" deutet an, wie zunächst vorgehen wäre:

"Ein Regierungssprecher erklärte, daß die Nikaraguaner in relativ isolierten Gegenden vier Flugplätze bauen, die für MiG 21 geeignet wären. Der Sprecher fügte hinzu, daß die Flugplätze, weil sie isoliert wären, aus der Luft angegriffen werden könnten, ohne das Risiko einzugehen, Bevölkerungszentren zu zerstören."

Das ist die unverhohlene Drohung mit einem Luftkrieg, der sich nach Gelegenheit auch auf weitere strategische Ziele ausweiten läßt.

Quellenhinweis: Wall Street Journal v. 8.11.84; UZ v. 7.11.84; FAZ v. 6.11.84 – (uld)

Indien

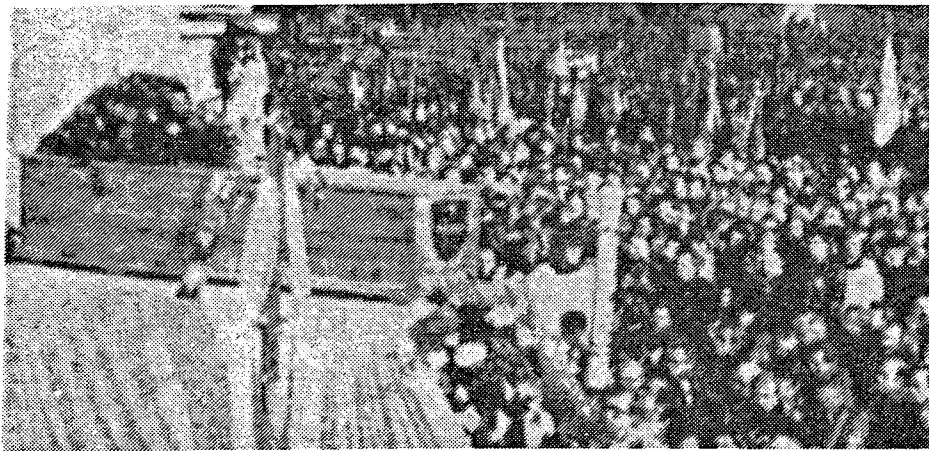
INDIRA GANDHI ERSCHOSSEN – WAS MACHT DIE OPPOSITION?

Am 31. Oktober 1984 wurde die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi von zwei Sikhs, Mitgliedern ihrer persönlichen Leibwache, erschossen. Im Anschluß an die Tat kam es zu massiven Ausschreitungen in ganz Indien gegen Sikhs. Von den Ausschreitungen waren vor allem Geschäftsleute betroffen, so daß die Vermutung nahe liegt, daß verschiedene Händler und kleine Handwerker, die nicht dieser Religionsgemeinschaft angehören, sich bei dieser Gelegenheit rasch lästiger Konkurrenten entledigen wollten. Die Zahl der Todesopfer bei diesen Ausschreitungen wird auf etwa 10000 geschätzt.

Man kann davon ausgehen, daß die Erschießung von Ministerpräsidentin Indira Gandhi kein Mittel zum Zusammenschluß des indischen Volkes gegen das Regime der Congress-I-Partei ist.

In den letzten Tagen ertönten denn auch öfter gemeinsame Appelle vom derzeitigen Ministerpräsidenten, dem Sohn Rajiv Gandhi, und den Führern der demokratischen Opposition, mit den Plünderungen und Morden aufzuhören. Außerdem wird es der Opposition schwerfallen, den in den letzten beiden Monaten mühsam erreichten Zusammenschluß zu halten, da sie sich in erster Linie auf die terroristischen Maßnahmen von Ministerpräsidentin Gandhi eingeschossen hatte und letztendlich ihre Person bzw. Familie von der Führung der Regierungsgeschäfte abgewählt sehen wollte.

Vor allem ist die Politik der Öffnung gegenüber dem Westen sogar unter den kommunistischen Organisationen umstritten. "Zwei Tage vor dem gesamt-indischen Protesttag (am 25.



Auf Empfehlung des Politbüros der PVAP hat Ministerpräsident Jaruzelski die Kontrolle über den Sicherheitsdienst übernommen. Diese Maßnahme "gegen einen Rückfall in konterrevolutionäre, staatsfeindliche Aktivitäten" richtet sich gegen den Verantwortlichen für den Sicherheitsdienst im Politbüro, General Milewski. Gegen drei Offiziere ist Anklage wegen Ermordung des Pfarrers Pöpieluszko erhoben worden. Dies spricht für Richtungskämpfe in der PVAP und im Staatsapparat. Führende Kräfte des aufgelösten KOR bemühen sich um den Aufbau einer Bürgerrechtsbewegung, die mit der Regierung in einen Dialog treten soll, aber keinerlei Ziele der Arbeiterbewegung, die sich in der Bildung der "Solidarität" ausdrückten, mehr vertritt. — (anl)

ÖSTERREICH: REAL-LÖHNE SINKEN WEITER

Ende Oktober wurden die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie abgeschlossen. Die Metallarbeiter erhalten eine Erhöhung auf die Ist-Löhne von 4,8%. Die offizielle Inflationsrate liegt in diesem Jahr bei 5,7%. Schon in den "Krisenjahren" 1982/83 sanken die Realeinkommen jeweils um einen halben Prozentpunkt, in diesem Jahr sackten sie um eineinhalb Prozent ab. Das bedeutet z.B., daß eine österreichische Familie mit einem Nettoeinkommen von 14250 Schilling (rund 2000 DM) in diesem Jahr — nach Erhöhung von Mehrwertsteuer, Kfz-Steuer und öffentlichen Tarifen sowie der Besteuerung von 13. und 14. Mo-

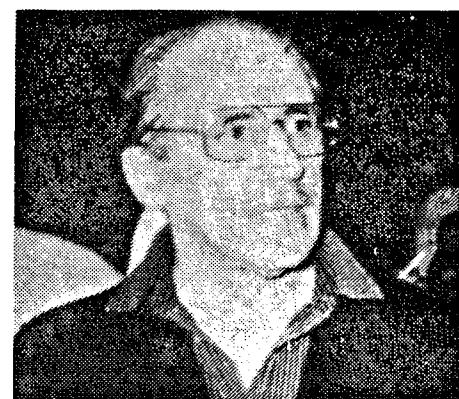
natseinkommen — rund 2400 Schilling weniger zur Verfügung hat als im Vorjahr. — (rua)

TEILER FOLG GEGEN RENTENKÜRZUNGEN

Unter dem Druck von Streikaktionen der Gewerkschaftsbünde hat der italienische Arbeitsminister De Michelis einige Gemeinden seiner Rentenreform (s. Pol. Ber. 17/84) zurücknehmen müssen. Das Rentenalter wird nicht auf 65 für alle erhöht, sondern nur auf 60 (Frauen bisher 55) vereinheitlicht (für "freiwilliges" Längerarbeiten gibt's aber mehr Rente). Die Berechnungsgrundlage bleibt unverändert. Die niedrigen Mindestrenten (für ca. 6 Millionen Rentner) werden erhöht. — (ulg)

MAFIA-BOSS UND DC-BÜRGERMEISTER

Mit dem ehemaligen Bürgermeister von Palermo und millionenschweren Bauunternehmer (und Heroin-Kapitalisten) Vito Ciancimino ist jetzt wohl erstmals eine der wahren Spitzen der Mafia, dieser Geheimorganisation der sizilianischen Bourgeoisie, verhaftet worden. Ciancimino war in den 60er Jahren während der "Plünderung von Palermo" durch die Mafia, die damals vom Großgrundbesitz auf die Bauspekulation umsattelte, Baustadtrat, dann Fraktionsvorsitzender der Christdemokraten, schließlich 1970 kurz Bürgermeister der sizilianischen Hauptstadt. In seinen Schließfächern fanden sich jetzt Wertpapiere für 6 Mrd. Lire (10 Mio. DM); seine Söhne



haben 1972 2,3 Mrd. Lire illegal nach Kanada gebracht. Die innige Verbindung der sizilianische DC mit der Mafia stößt jetzt auch in der Partei selbst auf Widerstand: Mafiefeindliche Christdemokraten wollen bei den bevorstehenden Kommunalwahlen auf einer eigenen Liste kandidieren. — (ulg)

August 1984 gegen die Absetzung des Chefministers von Andhra Pradesh, d. Verf.) wird berichtet, daß der Vorsitzende der CPI (Kommunistische Partei Indiens), Herr E.M.S. Namboodiripad, immer noch die 'progressive' Außenpolitik von Ministerpräsidentin Gandhi unterstützte", schreibt die fortschrittliche Zeitung "Frontier" (1.9.84). Tatsächlich hat Indira Gandhi eine gezielte Politik der Öffnung nach dem Westen verfolgt, vor allem nachdem der Internationale Währungsfonds einen Kredit gewährt hatte, der diesen Punkt als Auflage hatte. Damit verbunden waren Anreize für ausländische Konzerne durch eine Lockerung der Bestimmungen für große Investoren. So kann jetzt Siemens im Verbund mit dem indischen Elektrokonzern BHEL die Elektrifizierung und Verkabelung (z.B. Telefonleitungen) über ganz Indien ausbreiten. Der Kredit des Internationalen Währungs-

fonds war in einer für Indien äußerst schwierigen Wirtschaftslage aufgenommen worden. Trotz der guten Ernte 1983/84 (144 Mio. Tonnen Getreide) und den weiter guten Aussichten auf dem Agrarsektor (es wird eine Ertragssteigerung von rund neun Prozent gegenüber dem Vorjahr erwartet) hat die indische Regierung die erpresserischen Bedingungen, die der Internationale Währungsfonds gestellt hatte, weiter verfolgt. So stellte sie die Subventionierung der Lebensmittelpreise ein. Das führte zu einer Entwicklung, die vor allem für die breiten Volksmassen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bedeutete. "Schon vor Beginn der jüngsten politischen Krise wurde das rosige Bild der indischen Wirtschaftsentwicklung vor allem dadurch getrübt, daß sich die Inflationsrate auf etwa 7,2% belief und sich die Preise seitdem, vor allem bei den Grund-

nahrungsmitteln, noch weiter nach oben bewegt haben" (FAZ, 3.11.84).

Dies eine Beispiel mag den Zustand der demokratischen Opposition zeigen, denn bislang hat zwar ein Zusammenschluß der wichtigsten Kräfte stattgefunden, aber auch unter dem Einschluß von Kräften, die die Zeitung "Frontier" folgendermaßen charakterisiert: "Das gleiche gilt für die Führer der Opposition, die in erster Linie national eingestellt sind, nicht etwa regional (dies bezieht sich vor allem auf Rama Rao, dem Führer der Telugu Desam Partei, der in Andhra Pradesh als Chefminister regiert, d. Verf.), tatsächlich sogar nationaler als die euphorisch nationalistisch eingestellte Frau Gandhi. Aber sie können den Prozeß des sich verstärkenden 'Regionalismus' (gemeint ist die Tendenz, sich stärker von der Zentralregierung zu lösen und regional eigenständige Interessen zu verfolgen,

BLÜM IN DER TÜRKEI

Nachdem die Kapitalisten vom Grundsatz abgegangen sind, die Arbeitskräfte zum Kapital zu bringen, und stattdessen das Kapital zu den Arbeitskräften, sprich: in die Türkei, bringen, muß sich Bundesarbeitsminister auch um die von der BRD in die Türkei zurückgeschickten Arbeitskräfte kümmern. Bei seinem Besuch in der Türkei Anfang November führte er u.a. mit der türkischen Regierung Verhandlungen über die Anerkennung deutscher Bausparverträge in der Türkei. — (eve)

NIEDERLANDE: IRANISCHE OPPOSITIONELLE IN HAFT

Am 7.10. haben 19 iranische Studenten, die in den Niederlanden inhaftiert sind, einen Hungerstreik gegen ihre drohende Abschiebung in den Iran begonnen. Am 26.10. wurden drei von ihnen in ein Krankenhaus eingeliefert, andere setzen den Hungerstreik fort. Eine Auslieferung in den Iran würde ihre sofortige Inhaftierung zur Folge haben. Die niederländische Polizei hatte die Iraner, die Sympathisanten der Guerrillaorganisation der Volksfeudayin des Iran sind, bei einer Besetzung der iranischen Botschaft in den Niederlanden am 27.9. festgenommen. Die Sympathisanten der Volksfeudayin hatten an diesem Tag einen weltweiten Aktionstag durchgeführt, um gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes im Iran zu protestieren, und aus diesem Anlaß die Botschaft besetzt. Die iranische Regierung hat in den vergangenen Monaten Hunderte von kurdischen Dörfern bombardiert. Nun sollen 60 Dörfer mit mehr als 10000 Einwohnern zwangsevakuier und die Dörfer dem Erdbo den gleichgemacht werden, um einen

Sicherheitsgürtel zu schaffen. Die iranischen Kurden kämpfen seit langem für ein Autonomie-Statut. (Quelle: Nachrichten, Analysen, Protokolle v. 3.11.84, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik — uld)

ISRAEL: LOHNSENKUNGEN UND PREISSTOPP

Per Vertrag mit Gewerkschaft und Arbeitgebern hat die israelische Regierung ihr "Krisenprogramm" ab Anfang November in Kraft gesetzt. Danach wird der Lebenshaltungskosten-Ausgleich für Oktober um ein Drittel gesenkt, für November um weitere

fünf Prozent. Dies bedeutet ein Sinken der Löhne, Gehälter und Renten sowie anderer Versicherungsleistungen um real 20 %. Gleichzeitig sollen die Preise für die nächsten drei Monate auf dem Stand vom 2.11. bleiben. Geschäfte dürfen ihre Preise künftig nicht mehr in Fremdwährungen angeben, zahlen kann man allerdings weiterhin in Dollar, der faktischen Landeswährung Israels. Offiziell soll der Wechselkurs vom 2.11. für drei Monate gelten. Nach Angaben der Gewerkschaft haben bereits jetzt 600 000 der 3,3 Mio. Einwohner Israels extreme finanzielle Schwierigkeiten. — (bar)



Mehrere hunderttausend Arbeiter, Lehrer, Schüler und Studenten streikten am 6. und 7. November in den Industriegebieten um Johannesburg und Kapstadt für politische und gewerkschaftliche Freiheiten. Dies war einer der größten Streiks der afrikanischen Volksmassen in der Geschichte Südafrikas. Aufgerufen hatten das National Forum Komitee (NFC), die Vereinigte Demokratische Front (UDF), der Gewerkschaftsbund CUSA, zahlreiche schwarze Einzelgewerkschaften und auch der Gewerkschaftsbund FOSATU, der bisher die Beteiligung an politischen Aktionen abgelehnt hatte. Er rief erst zu der seit einigen Wochen vorbereiteten Aktion auf, nachdem die Siedlertruppen die Stadt Sebokeng fast völlig zerstört haben (Bild). Kapitalisten und Regierung versuchten, den Streik durch Entlassungen und Armee- und Polizeieinsätze zu zerschlagen, 22 schwarze Arbeiter wurden erschossen. Die strategisch wichtige staatliche Kohleverflüssigungsanlage Sasol bei Johannesburg wurde fast vollständig bestreikt, Sasol entließ darauf 6000 schwarze Wanderarbeiter. Insgesamt haben sich am Streik etwa 70% der schwarzen Arbeiter in den Industriegebieten beteiligt, in den schwarzen Ghettos Sebokeng, Sharpeville und Biopatong sogar 90%. — (uld)

d. Verf.) nicht stoppen, den sie nicht mittragen" (22.9.84). Ein anderer Punkt, den die demokratischen Oppositionskräfte bisher kaum berücksichtigt haben, sind die Gewerkschaften. In Indien existieren Richtungsgewerkschaften, die im wesentlichen orientiert sind an den Parteien, denen sie sich zurechnen. Die größte ist nach wie vor die AINTUC, die sich der Congress-I-Partei von Indira Gandhi zurechnet und die bisher ziemlich vorbehaltlos die Regierungsinteressen vertreten. Allerdings haben in der Vergangenheit bereits mehrfach Zusammenschlüsse von Einzelgewerkschaften der drei wichtigsten Gruppierungen stattgefunden.

Der wesentliche Punkt, über den die Opposition sich also bislang zusammen gefunden hat, ist die Gegnerschaft zu den terroristischen Maßnahmen der Regierung in Neu-Delhi und die Forderung nach einer "demokratischen Erneuerung", die sich hauptsächlich gegen die Korruption richtet. Am 1. September hatten sich die Führer der in Opposition zur Regierungspolitik stehenden Parteien getroffen (CPI/M, CPI, B.J.P., Congress J, DSP, Janwadi Partei, LOK DAL, Janata, Telugu Desam). Dabei wurde eine Erklärung beschlossen, die sich vor allem gegen das Vorgehen der Regierung Gandhi gegen den Chefminister Rama Rao von Andhra Pradesh richtet. Auf ein Programm konnten sich die Oppositionskräfte bislang nicht einigen. Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß Rajiv Gandhi etwas wesentliches ändert an der Politik, die bislang betrieben wurde. Die Opposition steht vor den gleichen Aufgaben unter schwereren Bedingungen als vorher.

Quellenhinweis: Frontier, Calcutta, 1. u. 22.9.84; FAZ, 3.11.84 u. div. Ausgaben; New Age, Org. der CPI, 30.90.84; Far Eastern Economic Review, 2.11.84. — (cog)



Sikhs, die sich in den Hauptbahnhof von Neu Delhi geflüchtet haben

SCHÜLER DEMONSTRIEREN GEGEN BERUFSVERBOT

Hildesheim. In den Herbstferien, am 30.10., hat das Verwaltungsgericht Hannover den DKP-Lehrer Udo Paulus zum Berufsverbot verurteilt. Kultusminister Oschatz ordnete die sofortige Suspendierung und Hausverbot für die RBG (Robert-Bosch-Gesamtschule) an. Am 5.11. (erster Schultag nach den Ferien) führten Schüler der RBG einen einstündigen Streik gegen das Berufsverbot durch. Zum Abschluß ließen sie Luftballons steigen, an denen sie Zettel mit der Forderung "Udo Paulus muß Lehrer bleiben" befestigt hatten. Am 6.11., als U. Paulus seine Unterlagen aus der Schule abholte, versammelten sich die Schüler in der Vorhalle, um ihn zu verabschieden. Die Schülervorstellung sprach sich gegen die Berufsverbote aus und forderte die Schüler auf, Udo Paulus nach Hause zu begleiten. 300 Schüler folgten dem Aufruf. Mit Transparenten "Weg mit dem Berufsverbot", "Udo Paulus muß Lehrer bleiben", zogen sie in einem Demonstrationszug durch die Stadt, wobei sie den Weg am Rathaus vorbei wählten. Am 20.11. werden Schüler und Lehrer gemeinsam gegen das Berufsverbot demonstrieren. — (anp)

UNI FREIBURG: VERBOTE UND DROHUNGEN

Freiburg. Das Rektorat der Uni hat am 30.10.84 vier Veranstaltungen der Vereinigung Revolutionärer Studenten und der Autonomen Studenten mit Raumverbot belegt. Als Grund wird vor allem die "universitätsfeindliche Zielsetzung" der beiden Gruppen genannt. Nachdem sich am Abend des 30.10., an dem die erste Veranstaltung zur Kritik des bürgerlichen Staates in der BRD stattfinden sollte, rund 100 Personen in der Uni zwecks Diskussion versammelten, erhielten zwei Studenten Vorladungen des Rektorats, denen jedoch nicht nachgekommen wurde. In einem Brief bezeichnete der Prorektor der Uni, Löwisch, die Vereinigung Revolutionärer Studenten als "den gesetzlichen Bestimmungen" zuwiderlaufend und "die Ordnung" sowie die "Lehr- und Forschungsfreiheit" gefährdend. Da parallel zu diesen Raumverboten das Studentenwerk Versuche unternimmt, Büchertische linker Gruppen an der Mensa zu verbieten und mit Strafanzeigen und Polizeieinsatz droht, bildete sich eine Aktionsgemeinschaft, die eine Resolution ausarbeitete, in der die Rücknahme der Verbote und die ungehinderte politische Beteiligung für alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte gefordert wird. Diese wurde unterstützt von: Vereinigung Revolutionärer Studenten, Autonome Studenten, Marxistische Gruppe, Marxistisch-Reichistische Initiative, MSB Spartakus, JuSos und Uni-Vollversammlung vom 6.11.— (Mak)



München. Am 3./4.11.84 feierte die NPD in München ihr 20jähriges Bestehen mit einem Bundesparteitag. Über 300 Antifaschisten folgten am Samstag dem Aufruf der VVN zu einer Mahnwache und zu einer Kundgebung. Der Parteitag konnte nur unter großem Polizeischutz stattfinden. An einer Polizeisperre konnte der Durchgang für die Nazis verhindert werden. — (ror)

NAZI-WAFFENFUND VERHARMLOST

Schwerte. Am Wochenende des 27./28.-Oktober haben Polizeikräfte auf einem Bauernhof in Schwerte bei Dortmund ein umfangreiches Waffenlager ausgehoben. Unter Autoreifen und in Fuchsbauden versteckt wurden neun Kilogramm Sprengstoff, fünf Gewehre, zwei Maschinenpistolen, Handgranaten und eine Kiste mit Munition gefunden. Zumindest teilweise stammen die Waffen aus Bundeswehrbeständen. Gleichzeitig wurden in der Wohnung des Besitzers des Hofes, der mit vier Kumpanen verhaftet wurde, NS-Ehrendolche, Stahlhelme, Koppelschlösser, nationalsozialistische Fahnen und Hitlerbilder sowie Aufkleber der NSDAP/AO aus den USA gefunden. Trotz dieser Tatsachen und obwohl Beobachtungen von Anwohnern auf die Tätigkeit einer Wehrsportgruppe hinweisen, ermittelt der Leitende Oberstaatsanwalt R. Jordan aus Dortmund ausdrücklich nur wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Sprengstoffgesetz. — (wof)

ARBEITS-SEMINAR VERBOT DER NPD

Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg will mit diesem Arbeitsseminar zu einer Verbesserung der Arbeit und Zusammenarbeit der antifaschistischen Kräfte beitragen. Vorbereitungsmaterialien für die Arbeitsgruppen können bestellt werden, enthalten sind: Überblick über die Entwicklung faschistischer und neofaschistischer Organisationen und der Förderung durch Reaktion und Staatsapparat; eigene Ausarbeitungen der Vorbereitungsgruppe; Dokumente; Forderungen anderer Organisationen; Darstellung programmatischer Positionen der NPD, faschistischer, nationalistischer und konservativer Orga-

nisationen/ Kräfte. Interessierte aus anderen antifaschistischen Organisationen und Arbeitszusammenhängen sind herzlich eingeladen. Beginn: Samstag, 24.11.84 in der Gesamtschule Scharnhorst, Dortmund-Scharnhorst, Mackenrothweg, Ende Sonntag gegen 16.00. Näheres über die Bundesgeschäftsstelle der Volksfront. — (düb)

ZU TODE FOLTERN SOLL KEIN MORD SEIN

Heidelberg. Clemens Druschke, von der Heidelberger Staatsanwaltschaft des Mordes an dem jugoslawischen Partisan Lovro Azman angeklagt, war von 1941–1945 Leiter der Gestapo-Außenstelle Jesenice (Slowenien). Das Schwergericht unter Vorsitz von Richter Weidner, bekannt aus Prozessen gegen Heidelberger Studenten, sprach Druschke frei, obwohl es durch Zeugenaussagen erwiesen war, daß dieser Azman mißhandelt hat oder mißhandeln hat lassen und daß diese Folterungen den Tod Azmans verursachten. Druschke habe "... die Folgen (seiner Folter) nicht vorhergesehen ..." und es "... fehlten Anhaltpunkte dafür, daß der Angeklagte solche Folgen in Kauf genommen hat". (Weidner, Rhein-Neckar-Zeitung v. 25.10.) Weidners Verteidigung Druschkes gipfelte in der Wertung des Partisanenkampfes als "Terrorakte" und in der Aussage, daß Folterungen nur aufhören werden, "... wenn es mit den Terrorakten ein Ende hat". (aus der mündlichen Urteilsbegründung) In vielen Leserbriefen an die RNZ wird die Distanzierung des Gerichts von Druschke gefordert. Die Aktionseinheit, die sich gegen das Urteil gebildet hat, will insbesondere gegen die Rechtfertigung der Folter Stellung nehmen und eine Veranstaltung durchführen mit Referenten, die über die Geschichte der Nazi-Prozesse in der BRD und in der Stadt berichten. — (jea)

Aktionen der HBV Köln

GEGEN KOMPLOTT ZUR AUSHÖHLUNG
DES LADENSCHLUSSGESETZES

Köln. Eine kommunale Ausnahmegenehmigung vom Ladenschlußgesetz haben mehrere Kölner Einzelhandelskapitalisten aus der Innenstadt bei der Stadtverwaltung Köln beantragt, weil sie in der Vorweihnachtszeit ihre Geschäft mehrfach länger als bis 18.30 Uhr geöffnet halten wollen. Die Ausnahmegenehmigung soll für die Donnerstage vor den verkaufsoffenen vier Adventssamstagen bis jeweils 21.00 Uhr erteilt werden.

Antragsteller sind vorwiegend Modeschäfte und Buchhandlungen, nur allzu klammheimlich vorgeschnickt von den großen Innenstadt-Warenhauskonzernen. Denn begründet wird die Sonderöffnungszeit mit dem Weihnachtsmarkt auf dem Neumarkt und der Schildergasse, durch den die anliegenden Geschäfte nicht benachteiligt werden dürften. Anlieger sind aber nicht nur die jetzigen Antragsteller, sondern auch Hertie, Karstadt und der Kaufhof. Bis auf die Buchhandlung Gonski hat keiner der "Rebellen" gegen den Ladenschluß einen Betriebsrat. Der Betriebsrat von Gonski, einer der größten Buchhandlungen Kölns, hat sich auch prompt gegen die durch die Sonderöffnungszeit bedingten Überstunden ausgesprochen.

Der "Initiative" vorausgegangen war ein Auftritt von Oberstadtdirektor Kurt Rossa (SPD), der sich heute noch rühmt, als bremischer Senatsrat für flexible Arbeitszeit eingetreten zu sein, vor der Industrie- und Handelskammer zu Köln. In einer Podiumsveranstaltung im Oktober hatte er sich ausdrücklich für eine Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten eingesetzt und für die Neufassung des Ladenschlußgesetzes nach dem Motto "Wer will, der kann" (Rossa). Kein Wunder, daß sich bei den Einzelhandelskapitalisten welche gefunden haben, die auf diese

Einladung hin vorpreschen.

Bemerkenswert ist aber, daß die von Rossa angezettelte Intrige vollends zum Komplott geworden ist. Rechtsdezernent Dr. Simon lädt nämlich zum Anhörungsverfahren zwecks Entscheidung über die Ausnahmegenehmigung nur die "Betroffenen". Und das sind nicht etwa die Vertreter der Beschäftigten der Antragsteller und die Antragsteller, sondern diese und der Einzelhandelsverband, die Vertretung der Einzelhandelskapitalisten insgesamt. Auf ein Schreiben der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hin, die über den Einzelhandelsverband von der Sache erfahren hatte, bestätigte Dr. Simon, daß die Gegenwart eines HBV-Funktionärs nicht erwünscht sei. Oberstadtdirektor Rossa nimmt auf ein weiteres HBV-Schreiben hin nicht nur seinen Rechtsdezernenten in Schutz, er teilt auch in aller Dreistigkeit mit, daß er sowieso gegen starre Ladenschlußzeiten sei und darüber mit dem Orts-

vorstand gerne verhandeln wolle. Die Ratsfraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN sind inzwischen von der HBV aufgefordert worden, der Stadtverwaltung die Erteilung der Ausnahmegenehmigung jetzt und künftig zu untersagen.

Eine gleichgerichtete Aufforderung hat der in der vergangenen Woche in Mannheim tagende Gewerkschaftstag der HBV an die Stadtverwaltung in Form einer Resolution gerichtet. Die HBV-Köln hat auf das Komplott mit einer Unterschriftensammlung reagiert. In dem entsprechenden Aufruf heißt es:

"Das Ladenschlußgesetz ist ein unverzichtbarer sozialer Schutz für die Arbeitnehmer im Einzelhandel. Längere Öffnungszeiten, gerade in der Vorweihnachtszeit, führen zu einer unerträglichen Steigerung der Belastungen der Arbeitnehmer des Einzelhandels. Neben den schon jetzt ungünstigen Arbeitsbedingungen darf sich die Situation der Einzelhandelsbeschäftigte nicht noch durch das Umsatzstreben einiger Einzelhändler verschlechtern."

Unterschriften werden in den Betrieben im Bereich HBV und in öffentlichen Aktionen in der Innenstadt gesammelt. — (sch)



Aufkleber der HBV Köln gegen den Versuch, das Ladenschlußgesetz zu durchbrechen

ZIVILSCHUTZÜBUNG
GESTÖRT

Essen. Am 27. Oktober führte das Amt für Zivilschutz die in Essen bisher größte "Katastrophenschutzübung" mit 800 Helfern aus allen Essener Hilfsorganisationen wie z.B. dem Roten Kreuz, der Polizei, dem Technischen Hilfswerk und der Feuerwehr durch. Beschäftigte des Essener Klinikums sowie des St. Josef-Krankenhauses in Essen-Kupferdreh wurden verpflichtet, an der Übung teilzunehmen. Die simulierten Verletzten aus einem Flugzeugabsturz im Essener Süden und einem Zugunglück im Altenessener Bahnhof mit radioaktiver Verseuchung wur-

den in diese Krankenhäuser transportiert.

Durchgeführt wurde die Übung auf Grundlage des Notstandsgesetzes über die "Erweiterung des Katastrophenschutzes", das als Einsatzgrund in § 1 ausdrücklich den "Verteidigungsfall" vorsieht. An den 250 angenommenen Verletzten sollte u.a. die Triage geübt werden. Triage ist ein Begriff aus der Kriegsmedizin und bedeutet die Sortierung von Verletzten nach Behandlungswürdigkeit.

Entsprechend hatte das Essener "Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen", das von verschiedenen Initiativen getragen wird, in den Wochen vorher bereits mehrere hundert Unterschriften

gegen die Übung gesammelt und in Kupferdreh eine Veranstaltung mit etwa 100 Teilnehmern organisiert. Ca. 80 Menschen beteiligten sich am 27. Oktober an einer Kundgebung vor dem Zivilschutzaamt und an Ständen vor den betroffenen Krankenhäusern.

Ohne Wirkung blieb dies nicht: Unter den Beschäftigten wurde die Verweigerung der Teilnahme an der Übung offen diskutiert. Wahrscheinlich deswegen wurde die Triage, die ursprünglich im St. Josefs-Krankenhaus durchgeführt werden sollte, zumindest dort gar nicht erst versucht. Beschäftigte, die keinen Dienst hatten, zur Übung aber herangerufen werden sollten, waren am Übungstag nicht erreichbar. — (wof/mab)

Kirchliche Betriebe

GETEILTER DIENST UND BEREITSCHAFT: WEITERE INTENSIVIERUNG FÜR ERZIEHER

Hannover. Den über 50 Erziehern und Praktikanten der Schulinternate für Körperbehinderte des Annastifts, ein dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche angeschlossenes orthopädisches Rehabilitationszentrum, sind durch Vorstand und Abteilungsleitung weitere Maßnahmen zur Arbeitsintensivierung angekündigt worden. Ohne tarifvertraglichen Schutz sind die derzeitigen Arbeitsbedingungen bereits schon ruinierend.

Vier Erzieher haben während der Schulzeit (39 Wochen im Jahr) eine Gruppe von bis zu zwölf körperbehinderten Kindern und Jugendlichen zu versorgen und zu betreuen, z.T. sind in den Gruppen bis zu 50% Schwerstbehinderte. Gearbeitet wird im Schicht- und Wochenenddienst jeweils in der Zeit von 6 Uhr bis 21 Uhr. Die Schich-

schaftlichen Tätigkeiten übernehmen. Dies konnte teilweise verhindert werden. Die Abteilungsleitung setzt aber weiter nach. Zu Anfang nächsten Jahres sollen in den Schulinternaten Spülmaschinen aufgestellt werden, und der anfallende Abwasch für täglich bis zu 40 Personen pro Internat soll durch die Erzieher erfolgen.

Die Anfang September durch Zugänge von behinderten Kindern und Jugendlichen mit großem Zeitaufwand an pflegerischer Betreuung eingetretene zusätzliche Arbeitsbelastung will der Vorstand nur durch weitere Flexibilisierung der Arbeit meistern. "Arbeitszeit-Modelle" aus anderen "vergleichbaren kirchlichen Heimen" werden von der Abteilungsleitung "vorgestellt". Danach soll der geteilte Dienst eingeführt werden,



Außer in der Nordelbischen Landeskirche gelten für die ca. 500000 Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen keine Tarifverträge.

ten wechseln fast täglich, die tägliche Arbeitszeit beträgt bis zu zehn Stunden (ohne Pausen). Einzeldienstvertraglich geregelt ist, daß die "tägliche Mehrarbeit" – ohne besondere Vergütung – sowie der Jahresurlaub die gesamten Schulferien ausgleichen (40-Stunden-Woche im Jahresausgleich). Erst ab zwei Krankheitsfällen pro Gruppe erhalten diese "Aushilfen". Ohne die Masse der Kurz- und Jahrespraktikanten, die umsonst oder für ein Taschengeld arbeiten, ist die Arbeitsbelastung kaum mehr zu ertragen.

Als bereits Mitte Mai dieses Jahres von den bis dahin in den Internaten tätigen elf hauswirtschaftlich Beschäftigten "auf Druck des Kostenträgers" (Landessozialamt) die Hälfte auf "freie" Stellen innerhalb des Annastifts umgesetzt wurden, sollten die Erzieher die anfallenden hauswirt-

der vorsieht, daß von zwei im Frühdienst beschäftigten Erziehern einer von 6 Uhr bis 15 Uhr arbeitet und der andere von 6 Uhr bis 9 Uhr, dann drei "Freistunden" erhält und wieder von 12 Uhr bis 18 Uhr arbeitet. Begründung: Während der Schulzeit der Kinder, von 8 Uhr bis 12.30 Uhr, braucht nur ein Erzieher anwesend zu sein, um die hauswirtschaftlichen Arbeiten zu machen. Als aufgrund von nächtlichen Vorfällen Erzieher wie auch die Nachtwachen Ende September eine zusätzliche Nachtwache forderten (derzeit zwei Nachtwachen für 60 Kinder), antwortete die Abteilungsleitung mit der Planung zur Einführung von Rufbereitschaften für Erzieher. Der jüngste Vorstoß zielt darauf, den arbeitsvertraglich garantierten Anspruch auf Abgeltung des Mehrarbeitsausgleichs und des Urlaubsan-

spruchs in allen Schulferien zu be-seitigen. Um mobil gegenüber den Anforderungen des "Kindermarktes" zu sein, sollen die Internate das ganze Jahr über geöffnet sein. Eine generelle Erhöhung der Anzahl der Gruppenerzieher ist nicht vorgesehen, dafür sollen "Springer" – im wesentlichen Zivildienstleistende – eingesetzt werden.

Daß dies nicht nur alles Planung ist, zeigen Arbeitsverträge von neu eingesetzten Erziehern, nach denen die geplanten Flexibilisierungen möglich sind. Daß die Mitarbeitervertretung des Annastifts mehrheitlich diesen neuen Arbeitsverträgen zugestimmt hat, schwächt die Position der Erzieher in dieser Auseinandersetzung erheblich. Erschwert wird eine Frontbildung gegen diese geplanten Flexibilisierungs- und Intensivierungsvorstöße auch dadurch, daß neben der Arbeitszeitordnung und den Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonischen Einrichtungen (AVR) keine weiteren tariflichen Regelungen bestehen. Erschwendend ist auch, daß die berechtigten Interessen des "Wohls der Kinder" scheinbar gegen Forderungen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen stehen. Zunehmend findet aber die Forderung nach einem 8-Stunden-Tag, Einführung von Früh- und Spätdienstwochen, tariflicher Urlaubsanspruch und Einrichtung zusätzlicher zwei Planstellen pro Gruppe Unterstützung. – (gec)

DIAG-Privatisierung KOOPERATION FRITZ WERNER/GILDEMEISTER

Westberlin. Am 4. Oktober fand die dritte Betriebsversammlung dieses Jahres im Fritz Werner Werk statt. Beherrschendes Thema war die außerordentliche DIAG-Aufsichtsratssitzung vom 1. Oktober. Auf dieser Sitzung ging es um die Perspektive der Werner und Kolb GmbH, zu der neben dem Werk Hermann Kolb in Köln das Fritz Werner Werk gehört. Für das Werk Hermann Kolb kündigte die Geschäftsführung für die nächste ordentliche Aufsichtsratssitzung Anfang Dezember den Schließungsantrag an, wenn bis dahin nicht zwei Großaufträge abgeschlossen seien. Bezo-gen auf das Fritz Werner Werk legte sie den Plan zur Gründung einer Kooperationsgesellschaft mit dem Gildemeisterkonzern vor.

So wäre die Geschäftsführung in der Lage, die Aufträge und das Know-How der flexiblen Fertigungssysteme vom Fritz Werner Werk abzuziehen, die Produktion auf Fritz Werner und Werke des Gildemeisterkonzerns wie Max Müller in Hannover zu verteilen. Gelingt es auch im nächsten Jahr nicht, die Ausbeutung wie angestrebt zu er-

höhen, so wären die Hinderungsgründe für weitere Entlassungen oder die Schließung von Fritz Werner aus dem Weg.

Außerdem läuft Ende 1985 der bislang geltende und relativ günstige Sozialplan aus. Die Blümschen Gesetzesänderungen wären in Kraft, die einen erheblich schlechteren Sozialplan zur Folge haben werden. Zudem sind die Abgeordnetenhauswahlen vorbei (10.3.84), und BRD-Regierung und Senat könnten die Privatisierung des DIAG-Konzerns erheblich billiger und geräuschloser vollziehen als zum heutigen Zeitpunkt. Unter diesem Druck könnte, mit dem Hinweis auf vielleicht preiswerte Konkurrenz aus der BRD, die Geschäftsführung auch die Antreiberei im Fritz Werner Werk verstärken und umgekehrt.

Die IGM-Vertreter im Aufsichtsrat forderten eine Beschäftigungsgarantie als Voraussetzung der Zustimmung zu diesem Projekt der Gesellschaftsgründung. Dies verweigerte die Anteilseignerseite. Der Betriebsrat Fritz Werner schloß sich dieser Forderung an, hat aber gleichzeitig Überstundenarbeit von zwei Stunden täglich und Samstags sechs zugestimmt, mit dem Hinweis auf die vielen Aufträge. Der Betriebsrat von Kolb in Köln hat bis zur Aufsichtsratssitzung am 20. November (auf der über die Gesellschaftsgründung entschieden werden soll) die Zustimmung zu Überstunden verweigert. — (kla)

Uniklinik Würzburg

ÖTV-AKTION: "HUMANES GESUNDHEITSWESEN"

Würzburg. Das Jahr 1984 hat die ÖTV unter das Motto "Aktion für humanes Gesundheitswesen" gestellt. Ziel sollte es sein, anhand der Untersuchung vier zentraler Punkte, nämlich Rationalisierung, Privatisierung, Personalabbau, Abbau und Verteuerung von Dienstleistungen im Gesundheitswesen, einen Druck gegen das Kostendämpfungsprogramm der Bundesregierung herzustellen. Am Beispiel der Würzburger Uni-Klinik hat die dortige ÖTV-Betriebsgruppe Anfang Oktober mit einer Veranstaltung und einem Informationsstand in der Innenstadt diese Entwicklung untersucht.

Beispiel Privatisierung: Freiwerdende Stellen, hauptsächlich im Reinigungsbereich, wurden gestrichen. Bisher sind sieben Abteilungen betroffen, das Ziel ist, im ganzen Klinikbereich nach und nach private Reinigungsfirmen einzusetzen. Da diese hauptsächlich Bodenreinigungsarbeiten durchführen, müssen die verbliebenen Arbeiten wie Spülen, Desinfizieren usw. vom Pflegepersonal mitgemacht werden.

"Neue Techniken bedrohen Patienten und Personal" heißt eine der Broschüren, die die ÖTV zur "Aktion für ein humanes Gesundheitswesen" veröffentlicht hat. Festgestellt werden soll damit, daß die neuen Techniken, solange sie nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden, zur weiteren Rationalisierung dienen. Vor kurzem hat die Uni-Klinik Würzburg einen Nierensteinzerrümmerer erhalten. Die Bayrische Landesregierung hat dafür das entsprechende Geld gegeben. Die entsprechenden Planstellen zu schaffen, hat das Kultusministerium abgelehnt. Nun hat sich das Kuratorium für Heimodialyse bereiterklärt, eine bestimmte Zeit die Bezahlung von drei Stellen zu übernehmen.

Personalplanung: Obwohl an der Würzburger Uni-Klinik noch nicht einmal die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft errechneten Anhaltszahlen für das Pflegepersonal erreicht sind, sollen weiter Stellen gestrichen werden. So wird versucht, auf den Stationen und Kliniken, die die 5-Tagewoche haben, wieder auf die 5,75-Tagewoche umzustellen. Das Personal der Frauenklinik hat sich bislang erfolgreich dagegen gewehrt, während auf der Neurologischen Intensivstation die Beschäftigten damit geködert wurden, daß sie von der bisher durchgeführten funktionellen Pflege, — einer wäscht die Patienten, einer bettet usw. — nur mit der 5,75-Tagewoche auf die Ganzheitspflege, bei der eine Pflegekraft für einen Patienten voll zuständig ist, übergehen könnten.

Um den Personalmangel besonders im Bereich der Verwaltung aufzufangen, werden immer mehr Beschäftigte mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzt. Die neuste Errungenschaft an der Würzburger Uni-Klinik ist der Einsatz von bisher vier sogenannter "Trainingsmaßnahmen", die vom Arbeitsamt als "schwervermittelbare" Arbeitslosenhilfebezieher meistens für ein halbes Jahr ohne einen Pfennig mehr für die Arbeiten eingesetzt werden. — (hem)

Azania

M. MOLIFE INFORMIERT ÜBER FRAUENBEWEGUNG

Ravensburg. Am 9.11. fand eine Veranstaltung mit M. Molife, Präsidentin der "Black Women Unite", in Ravensburg statt. Von der Azania-Koordination in Münster eingeladen, informiert sie auf einer Reise durch die BRD über die Aufgaben und Ziele der "Black Women Unite", einer Organisation der südafrikanischen schwarzen Frauenbewegung. Sie berichtet:

Frauen werden per Gesetz als minderjährige eingestuft, werden im Er-

ziehungssystem benachteiligt und als Arbeiterinnen für die gleiche Arbeit niedriger bezahlt als die Männer. Die Hauptaufgabe ihrer Organisation sieht sie in der Ausbildung der Frauen, um sie zu gemeinsamem Handeln zu befähigen und sich an der Befreiung der Nation zu beteiligen.

Sie führen Selbsthilfeprojekte durch, wie eine Alphabetisierungskampagne für Jugendliche. Sie unterstützen Rentner, die nur alle zwei Monate Rente bekommen, sowie die Familien von Verhafteten, Verfolgten und Flüchtlingen. Sie führen Gesundheitsdienste mit Ärzten auf freiwilli-



Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai 1983 in Azania

ger Basis ein.

Für diese und andere Projekte wurden auf der Veranstaltung, die auf reges Interesse stieß — 65 Leute waren gekommen — 329 DM gespendet.

Zwei Kampagnen betreibt die "Black Women Unite" momentan besonders: Die Anti-Depopulista-Kampagne, die sich gegen eine Anti-Baby-Pille, die in den USA entwickelt, dort verboten wurde und nun in die Dritte Welt exportiert wird, richtet. Diese Pille kann zu Unfruchtbarkeit führen, ist krebserregend, zieht Bluthochdruck und sonstige gesundheitliche Schäden nach sich. Das Medikament wird umsonst als Pille oder Injektion verabreicht, oftmals ohne daß die Frauen darüber Bescheid wissen. Die Anti-Asbest-Kampagne richtet sich gegen das krebserregende Asbest, dem viele Schwarze ständig ausgesetzt sind — bei ihrer Arbeit in den Bergwerken als auch in ihren Häusern.

Zum Abschluß ihres Vortrages forderte M. Molife u.a.: Unterstützt alle wirklichen Befreiungsbewegungen! Rückzug aller wirtschaftlichen Investitionen aus Südafrika! Handelsboykott mit Südafrika! Das Geld wird im wesentlichen für Waffen zur Niederschaltung des azanischen Volkes benutzt. Überläßt es den unterdrückten Massen, selbst ihr Schicksal zu entscheiden. Kämpft mit uns ohne bevormundende Führungsansprüche! — (ut)

Kommunalwahlen

LINKE BÜNDNISSE SIND SINNVOLL –
ZWEI BEISPIELE AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

Erstmals in Baden-Württemberg gab es eine Reihe von linken Bündnissen. Je nach den örtlichen Voraussetzungen hatten verschiedene Organisationen solche Bündnisse angeregt und unterstützt, auch der BWK. Verschiedentlich hatte die DKP die Initiative übernommen. Die Zusammensetzung und der Inhalt der Bündnisse waren unterschiedlich. Wo Mitglieder des BWK beteiligt waren, haben sie sich dafür eingesetzt, daß in den Programmen Arbeiterinteressen formuliert und von diesem Standpunkt aus die Kommunalpolitik der bürgerlichen Kräfte kritisiert wurde. Hierbei stellen wir Fortschritte fest. Auch die Stimmergebnisse bedeuten eine Stabilisierung, freilich immer noch auf niedrigem

Fahnen geschrieben: die Alternative Liste. Das Personenbündnis war im Juni 1984 von Mitgliedern der DKP, BWK und DS, sowie in Gewerkschaften, den örtlichen Friedensinitiativen und der Stadtzeitung "Nebelhorn" Aktiven gegründet worden. Zuvor waren Bemühungen, ein Bündnis aller Kräfte der politischen Opposition "links von der SPD" zu konstituieren, am Widerstand der Grünen gescheitert.

Die Alternative Liste hat sich – laut ihrer Plattform – zur Aufgabe gemacht, die "sozialen Interessen" und "Ansprüche" der arbeitenden Bevölkerung "in allen Fragen der Kommunalpolitik zu vertreten und durchzusetzen". Im AL-Programm wird dementsprechend die "Subventionierung

dient hatte) zeigt jedoch: die Stimmenzahl hat sich verdreifacht. In Zeiten seit Jahren sinkender Stimmanteile der revolutionären und sozialistischen Organisationen also durchaus Grund zu vorsichtigem Optimismus.

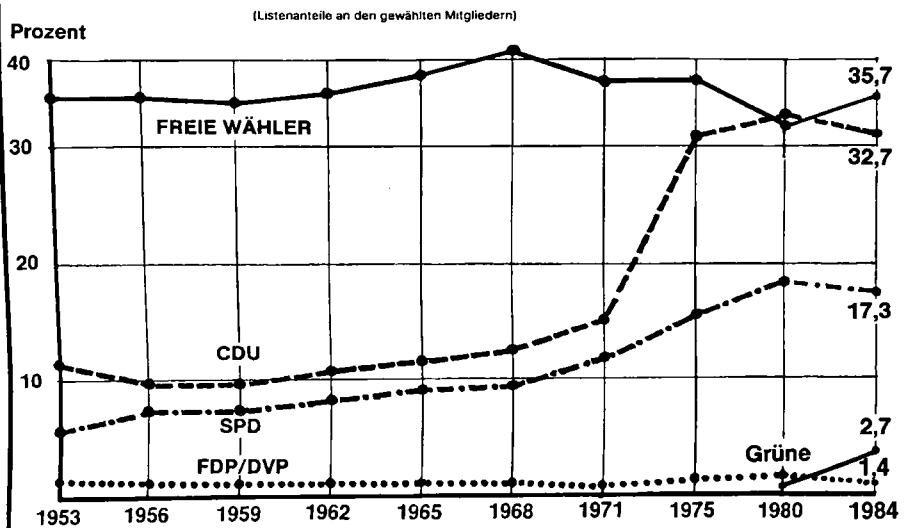
Eine Meinung, die auf einem gut besuchten ersten Plenum nach den Wahlen nahezu alle Beteiligten teilten. Einig war man sich auch darüber, daß die Alternative Liste weiterbestehen soll. Seminare zu verschiedenen kommunalpolitischen Themen wurden beschlossen, Aktionen und Veröffentlichungen zu den jetzt ins Haus stehenden Haushaltsberatungen ins Auge gefaßt.

Die Alternative Linke Liste Heilbronn erreichte 10081 Stimmen. Das entspricht realistischen Einschätzungen. Es waren nicht wenige, die sich eine 1 vor dem Komma gewünscht hätten. Auf 207 ALL-Wahlzetteln erreichte die ALL maximal 7960 Stimmen, auf den Wahlzetteln anderer Parteien den Rest. Zum Vergleich die letzten Wahlen in Heilbronn: Gemeinderatswahlen 1980 DKP = 6089 Stimmen (0,3%); Bundestagswahlen 1983 DKP (105 = 0,2%) und Wahlbündnis Revolutionärer Sozialisten (23 = 0,0%): zusammen 128 Zweitstimmen; OB-Wahlen 1983 DKP Kandidat 268 Stimmen (0,5%) (Grüne verzichteten auf Kandidatur); Landtagswahlen 1984 DKP = 174 Stimmen (0,3%); EG-Wahlen 1984 Friedensliste 547 Stimmen (1,4%). Der im Programm der ALL festgeschriebene Kurs gegen die Reaktion (vgl. Pol. Ber. 19/84) konnte im Wahlkampf durchgehalten werden. Auf Plakaten, auf acht verschiedenen Flugblättern, an acht Infoständen in der Stadt, auf fünf Podiumsdiskussionen, in ca. 600 verkauften Programmen sowie auf zwei Wahlveranstaltungen der CDU hat die ALL die Kritik an der Reaktion formuliert.

Des weiteren organisierte das Bündnis zwei eigene Wahlkampfveranstaltungen zum Thema "Beschäftigungspolitik – ALL diskutiert mit Betriebs- und Personalräten" (60 Teilnehmer) und zum Thema "Alternative kommunale Energiepolitik" (22).

Auf der ersten ALL-Sitzung nach den Wahlen wurde beraten, wie man dem Anspruch, auch nach den Wahlen linke Kommunalpolitik zu machen, gerecht werden kann. Auch wenn über das Wie noch keine endgültige Klarheit besteht, wurde doch festgelegt, möglichst rasch eine Dokumentation über den Wahlkampf zu veröffentlichen. Im Gemeinderat wird es die Reaktion in Heilbronn vermutlich schwerer haben. CDU und FWV haben drei Sitze und damit die absolute Mehrheit im Gemeinderat verloren. Die neue Sitzverteilung sieht so aus: CDU 16 (1980: 18) + OB; SPD 15 (16); Grüne 5 (1); FDP 3 (3) und FWV 1 (2). – (rok, jüg, jom)

Gemeindewahlen in Baden-Württemberg



Niveau und im einzelnen etwas unterschiedlich. Wahlbündnisse, an denen Mitglieder des BWK beteiligt waren, hatten folgende Ergebnisse: Heilbronn 0,6%, Konstanz und Emmendingen je 1,4%, Grenzach-Wyhlen 2,5%. Diese Ergebnisse haben nicht für Mandate gereicht, lagen aber z.B. über den Stimmen für die DKP bei der Gemeinderatswahl vor vier Jahren. Die Erfahrung der Wahlbündnisse bestätigt unseres Erachtens den Nutzen örtlicher Zusammenarbeit und ihrer Weiterentwicklung, wie auch aus den folgenden Berichten hervorgeht.

*

Alternative Liste Konstanz. Von den Parteien und Listenverbündungen, die sich bei den Kommunalwahlen um die 40 Sitze im Konstanzer Stadtrat bewarben, hatte sich nur eine die Vertretung von Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung auf die

der Konzerne" und die "großzügige Förderung der Reichen" durch Stadtverwaltung und Gemeinderat angegriffen und u.a. gefordert, das "ständig steigende Gebührenaufkommen" drastisch zu senken, die schrumpfenden Gewerbesteuereinnahmen deutlich zu erhöhen; ein Mindeststandard an kommunalen Einrichtungen und Leistungen soll garantiert werden, das Steuerziehungsrecht den Kommunen vorbehalten sein.

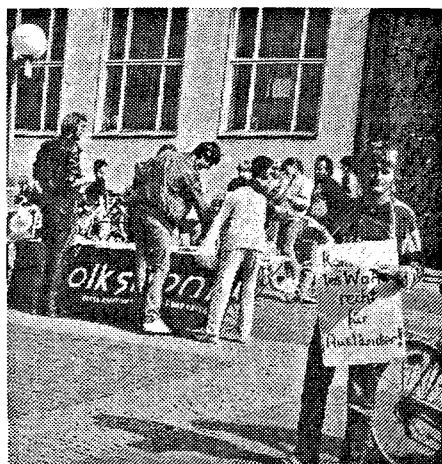
Das Wahlergebnis – 1,4 Prozent –, das die AL auf dieser Grundlage erzielen konnte, kann sich durchaus sehen lassen; für ein Gemeinderats-Mandat hätte zusätzlich noch ein Prozent der Konstanzer Wähler die Stimme für die AL abgeben müssen.

Der Vergleich mit dem Wahlergebnis der DKP bei den Gemeinderatswahlen 1980 (die damals als einzige Organisation links von den Grünen kandi-

Ausländerpolitik**CDU/SPD GEGEN WAHLRECHT FÜR AUSLÄNDER**

Bielefeld. Am 24.10. hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen einen "Antrag zur Ausländerpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen" verabschiedet. Er geht zurück auf den Bericht der 1982 von beiden Landtagsfraktionen eingesetzten "Kommission für Ausländerfragen" und wurde von SPD und CDU gemeinsam eingebracht. Es hat den Anschein, als soll der Antrag vor allem verhindern, daß die Ausländerpolitik Gegenstand des Landtagswahlkampfes wird. Vollmundig versprechen CDU- und SPD-Fraktion "den Ausländern die volle und gleichberechtigte Teilnahme an unserem gesellschaftlichen Leben". Dahinter verbirgt sich vor allem die Absage, den Ausländern politische Rechte zu gewähren. Insbesondere sprechen sich beide Fraktionen gegen das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer aus. Begründung: Es sei "an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden". Das ist in der Tat die Rechtslage. Jedoch könnte der Landtag zumindest das kommunale Wahlrecht für Ausländer beschließen. Das liegt nämlich durchaus in seiner Kompetenz. Wer auf kommunaler Ebene wählen darf und wer nicht, ist im "Gesetz über die Kommunalwahl im Lande Nordrhein-Westfalen", in der Gemeindeordnung und in der kommunalen Wahlordnung festgelegt. Alles Gesetze, die vom Landtag geändert werden könnten. Statt dessen wollen CDU und SPD eine "multinationale Lösung" anstreben, nämlich "innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein kommunales Wahlrecht für Wanderarbeiter und ihre Familienangehörigen". Ganz abgesehen davon, daß diese Lösung vor allem die Rechtlosigkeit der mit Abstand größten nationalen Minderheit in der BRD, der Türken, zementieren würde, geht es den Landtagsfraktionen von CDU und SPD darum, von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Als einziges politisches Recht soll den Ausländern die Bildung von Ausländerbeiräten bei Erreichen eines bestimmten Ausländeranteils in Gemeinden und Gemeindeverbänden zugestanden werden. Allerdings sind diese jetzt beschlossenen Beiräte eher Instrumente zur Gängelung der Ausländer. Die Berufung und Abberufung der Beiratsmitglieder erfolgt durch den jeweiligen Stadtrat. Ausländische Organisationen haben lediglich ein Vorschlagsrecht. Der Vorsitzende ist in jedem Fall ein Stadtratsmitglied, also Westdeutscher. Außerdem sollen weitere Westdeutsche, z.B. aus den Wohlfahrtsverbänden und auch aus den Kapitalistenverbänden, Beiratsmitglieder werden. Die Rechte der Ausländerbeiräte bestehen überhaupt



Informationsstand der Volksfront in Paderborn

nur darin, den jeweiligen Stadtrat bzw. die jeweilige Bezirksvertretung zu beraten.

Wer erwartet hat, die SPD hätte in dem Antrag wenigstens Positionen des Zimmermann-Ministeriums angegriffen oder auch nur inhaltlich widersprochen, wird enttäuscht. Kein Wort gegen die Propaganda von den zu vielen Ausländern und kein Wort gegen die Abschiebungen. Bei der Frage der Begrenzung des Zuzugsalters für Kinder von Ausländern unterstützen die Landtagsfraktionen von SPD und CDU sogar die Zimmermann-Position inhaltlich, indem die möglichst frühzeitige Eingliederung von Ausländerkindern in alle Erziehungs- und Bildungswesensbereiche gefordert wird. — (roh)

PersVG Hessen**WIDERSTAND GEGEN WALLMANN**

Frankfurt. Am 19.10.84 beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats, das neue Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) nicht anzuwenden und eine Verfassungsbeschwerde beim BGV zu erheben. Sie folgte damit dem im Auftrag von Personal- und Rechtsdezernent Brück erstellten Rechtsgutachten: "Aus dem Demokratieprinzip (Art. 20, Abs. 2 GG) folgt, daß die Ausübung von Staatsgewalt, einschließlich der kommunalen Hoheitsgewalt, grundsätzlich denjenigen Organen vorbehalten bleiben muß, die demokratisch legitimiert und demokratischer Verantwortung und Kontrolle unterliegen." Durch das HPVG werde insbesondere die Verantwortung der Exekutive in personellen und organisatorischen Angelegenheiten eingeschränkt wie durch Verankerung des Initiativrechts der Personalräte, ihrer Mitbestimmung bei Wirtschaftlichkeits- und Organisationsprüfung, bei technischen Rationalisierungen, bei der Verarbeitung von Personaldaten.

Der Magistrat sieht seine Rationalisierungen, wie die Zusammenfassung der Friedhofs- und Gartenämter, die ständige Stellennichtbesetzung nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre usw. gefährdet. Ferner muß die CDU intervenieren, damit nicht andere SPD-regierte Bundesländer auf Initiative der Grünen dem hessischen Beispiel folgen.

Das HPVG ist neben der hess. Ausländerregelung und der landesweiten Einführung der Förderstufe Hauptthema der CDU für die Kommunalwahlen im März 1985. Unterstützt wird Wallmann dabei vom Hessischen Städettag, dem Landkreistag, dem Städte- und Gemeindebund, dem Sparkassen- und Giroverband, dem Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände. Der Landesanwalt (CDU-Mitglied) hat die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit beim Staatsgerichtshof beantragt. Selbst Teile der SPD, wie der ehemalige Innenminister Günther, sehen Verfassungs"bedenken". Auf die Ankündigung und schließlich den Beschuß, das HPVG nicht anzuwenden, reagierten die Grünen, indem ihr Mitglied im Magistrat ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst und die anderen beantragte. Ferner forderten sie die Einsetzung eines Stadtkommissars. Der DGB stellte sich hinter die ÖTV, die die Personalräte aufforderte, das HPVG extensiv zu nutzen. Wallmann pfiff den Magistrat und seinen Dezernenten Brück zurück. Am 2.11. beschloß die Stadtverordnetenversammlung, das HPVG anzuwenden, aber nicht in Einzelfällen, "in denen die Geltendmachung der Rechte der Personalvertretung zu offensichtlich verfassungswidrigen Ergebnissen führt." Diese will Wallmann vor den Verwaltungsgerichten prüfen lassen. Auf einer ÖTV-Personalrätekonferenz versprach Innenminister Winterstein, die Verzögerungstaktik Wallmanns nicht hinzunehmen. — (sie)



HDW Kiel

KAPAZITÄTSABBAU UND RATIONALISIERUNG: HÖHERE AUSBEUTUNG UND GEHÄSSIGE SCHIKANEN

Kiel. Was sich in den letzten Jahren als "Werftenkrise" gezeigt hat, ist der Abbau von Kapazitäten, Massenentlassungen, Rationalisierungen und Leistungssteigerung. Schon im Frühjahr 1980 versuchte Norbert Henke, Vorstandsvorsitzender der HDW AG, mit einem 7-Punkte-Programm Angriffe auf die Löhne, die Leistung und die Rechte durchzusetzen. 1. Die Zeitvorgaben im Programmlohn sollten überprüft und korrigiert werden. 2. Die Akkordvorgabezüge sollten gekürzt werden. 3. Die Pausen sollten neu geregelt werden. Einführung einer Frühstückspause von 15 Minuten. Verlängerung der Mittagspause auf eine dreiviertel Stunde. 4. Neue Öffnungszeiten für Kantinen-Container und Waschräume. Die Kantinen sollten nur noch im Rahmen der Pausenzeiten geöffnet sein. Die Waschräume sollten nur noch zu den Pausen und kurz vor Feierabend geöffnet werden. 5. Die Stempeluhr kommen aus den Waschräumen heraus direkt an die Arbeitsplätze. 6. Die Betriebsratstätigkeit der nicht freigestellten Betriebsräte soll eingeschränkt werden. 7. Abschaffung der Fachvertreter, damit die Arbeitsvorbereitung bei der Festsetzung der Zeiten weniger kontrolliert wird. Nachdem der Betriebsrat jegliche Verhandlung über diese Punkte abgelehnt hatte, ging der Vorstand dazu über, jeden Punkt einzeln durchzusetzen. Der Bierverkauf in den Kantinen wurde eingestellt, die Kantinen zentralisiert, die Öffnungszeit reduziert auf vor Arbeitsbeginn und Mittagspause. Die Waschräume werden um 7 Uhr geschlossen und zur Mittagspause geöffnet und erneut um halb 4 Uhr. Wege, Wasch- und Umkleidezeiten fielen damit außerhalb der Arbeitszeit. Zur Kontrolle der Einhaltung der Arbeitszeit wurden Vorarbeiter, Meister und Abteilungsleiter in einem besonderen Schreiben durch den Betriebsdirektor verpflichtet. Der Betriebsdirektor machte es sich zur Aufgabe, Arbeiter erst kurz vor Arbeitsende von Bord zu lassen. Stempeluhr wurden in Containern oder extra hergerichteten Räumen zusammengefaßt. Programm- und Akkordzeiten wurden im Laufe der letzten Jahre um mehr als 30% gekürzt.

Der nächste Schritt, um die "Arbeitsmoral" zu heben: Jagd auf Kranke. Im Dezember 1981 informierte die Vertrauenskörperleitung in ihrer Zeitschrift "Rundblick" die Arbeiter von HDW über die Vorgehensweise der Personalabteilung. Es wurden Krankenlisten geführt und langfristig Krangewesene zu "persönlichen Gesprächen" eingeladen. Zu diesem Zeit-

punkt sind für Kiel bei den Angestellten 4,2% krank gemeldet, davon 1,5% "Dauerkranke"; bei den Arbeitern 7,5%, davon 2,3% "Dauerkranke".

Der Zweck solcherlei Übung ließ sich dann im Frühjahr 1982 vernehmen. Auf der Bilanzpressekonferenz über den Geschäftsbericht gab der Vorstand bekannt, daß bis zum 1. Quartal 83 1116 Beschäftigte entlassen werden. Davon sind 616 noch im Rahmen des "Interessenausgleichs" 1979. Diesem "Interessenausgleich" hatte der Betriebsrat zugestimmt, um die Zahl der Entlassungen in Grenzen

monstrierten 5500 Arbeiter in einem Marsch durch die Kieler Innenstadt zum Haus der Landesregierung. Hauptsächlich ging der Protest gegen die Massenentlassungen und für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Die SPD und die IG Metall-Führung standen im Schulterschluß in der Hoffnung auf die "nationale" Schiffbaukonferenz. So handelt dann auch der Forderungskatalog von Arbeitsplatzsicherung, über Werfthilfeprogramme bis hin zu der Aufforderung an die Bundesregierung, gegen protektionistische Maßnahmen massiv Einfluß zu nehmen.



Gegen Massenentlassungen und Rationalisierung demonstrierten 5500 Werker und Angestellte am 14.10.82 in Kiel zum Haus der Landesregierung

zu halten. Bis zum Februar 82 waren erst 772 von 1180 entlassen worden. Doch was sich hier ankündigte, beschrieb Vorstandsvorsitzender Henke in einem Interview für die "Kieler Nachrichten" am 3.6.82:

"Um eine Arbeitsplatzreduzierung wird man auch in Zukunft nicht herumkommen. Die Personalkosten sind auch innerhalb der Gemeinkosten ein großer Block. Aber natürlich darf eine Mindestbeschäftigung nicht unterschritten werden. Die Anlagenstruktur muß als Basis genommen werden, sonst werden die Unkosten zu hoch. Eine Kontinuität muß bei den Arbeitskräften und -plätzen gegeben sein, es muß auch ein gesundes Verhältnis der produktiv Tätigen zum "Apparat" herrschen. Die Idealgröße nach Beschäftigten sehe ich für das Gesamtunternehmen HDW bei 10000 bis 11000 Menschen, zur Zeit sind es etwa 12000, Kiel hat zur Zeit rund 7500 Beschäftigte, es sollten 6500 bis 7000 sein."

In der größten Aktion seit 1969 de-

Die schleswig-holsteinische Landesregierung, mit 25,1% an HDW beteiligt, will überhaupt nur investieren, wenn ein neues Strukturkonzept die Rentabilität der Werft verspricht. Nach den Landtagswahlen im März 83 wurde das neue Unternehmenskonzept aus der Tasche gezogen, nachdem der Vorstand und die Landesregierung während des Wahlkampfes alle Entlassungspläne verneint hatten. Selbst die SPD stand wie ein begossener Pudel da, konnte sie doch den Plan von 4155 Entlassungen für Gesamt-HDW nicht mehr verhindern, zumindest konnte sie sie nicht mehr wahlpolitisch nutzen.

4155 Entlassungen, davon 1758 in Kiel. Der Plan sah vor: das Werk Reichenstieg in Hamburg stillzulegen, den Handelsschiffbau im Hamburger Werk Ross einzustellen und nur noch Schiffsreparaturen durchzuführen. In Kiel wird die Zusammenlegung der drei Werke zu einem Betrieb vorangetrieben. Werk Dietrichsdorf mit Maschinenbau und Schiffsaufrüstung

ist bereits verlegt.

Unter dem Punkt Produktivitätssteigerung werden die Angriffe auf die Arbeiter und Angestellten abgehandelt: – Verbesserung der Lohnsysteme – Kürzung der Vorgabezeiten – Verbesserung der Arbeitsmoral.

Der Programmlohn, ein Effektivlohn, der bis zu 3 DM über dem Tariflohn liegt, soll abgeschafft werden. Die Zeitlöhner sollen wieder nur die im Lohnrahmentarifvertrag vereinbarte 16% Zulage erhalten, statt wie bisher 25%. Sämtliche Betriebsvereinbarungen über außertarifliche Leistungen wurden gekündigt. Hinter der Vorgabezeitenkürzung verbirgt sich die Produktivitätssteigerung von 6 bis 18%, d.h. eine weitere Verdichtung des Arbeitstages. Individuelle Pausenzeiten werden dadurch fast unmöglich.

Die Tarifauseinandersetzung 1983 versuchte der Vorstand gleich für eine Lohnsenkung zu nutzen. Er wollte die Tariflohnernhöhung nicht auf die 100% Programmlohn zahlen. Doch die Termine für die beiden Bohrplattformen für die Schwedeneck-See und die da-

mit verbundenen Konventionalstrafen veranlaßten den Vorstand bei Ankündigung zur Überstundenverweigerung, der Lohnerhöhung zuzustimmen. Nicht ohne sich in den Vertragstext die Klausel schreiben zu lassen, daß mit den Lohnverhandlungen auch andere Forderungen verhandelt werden können. Doch noch im Dezember versuchte der Vorstand einen erneuten Angriff auf den Lohnstandard. "Modifizierung" ist der Ausdruck für Lohnsenkung.

Die Massenentlassungen werden wie folgt erledigt: Ein Teil wird über Frühverrentung mit 59 Jahren in den Ruhestand geschickt. Einem noch größeren Teil werden Auflösungsverträge angeboten. Die meisten Arbeiter unterschreiben den Vertrag. Darunter sind viele türkische Arbeiter, die sich mit Abfindung und Rückkehrl Hilfe der Bundesregierung eine gute Ausgangssituation in der Türkei ausrechnen. Der Krankenstand sinkt auf 4%, davon 1,5% "Dauerkranke".

Im Juli 1984 befinden sich nur noch 4699 Beschäftigte auf HDW in Kiel und insgesamt noch 7000. Das sind 100

weniger, als im Unternehmenskonzept 83 angekündigt wurden.

Die Grundlage für die weiteren Entlassungen bildet das Unternehmenskonzept 84 des Salzgitterkonzerns. Dieses Konzept sieht 2100 Entlassungen vor. Der Handelsschiffbau soll in Kiel eingestellt werden. Nach Protesten in Zeitung und Rundfunk durch den Betriebsrat wurde die Seite 11 des Konzepts (betr. die obigen Entlassungen) zurückgenommen.

Ebenso wird die seit zwei Jahren in Teilbereichen durchgeführte Kurzarbeit zur Hebung der Arbeitsmoral genutzt. Wer ständig seine volle Leistung bringt, keine hohen Fehlzeiten hat und wenige oder gar keine Widersprüche gegen Vorgesetzte äußert, hat keine Kurzarbeit. Andere dagegen sind den ganzen Monat zu Hause und haben bis zu 500 DM Lohneinbußen.

Trotzdem muß man davon ausgehen, daß weitere Entlassungen erfolgen. Jedes Zugeständnis der Arbeiter bei Vorgabezeiten, Löhnen und Arbeitsbedingungen wird nur den Kampf der verbleibenden Arbeiter auf der Werft erschweren. – (kaq)

WIRD HDW ZUR WAFFENSCHMIEDE?

Die Weltenschiffbauproduktion ging '83 auf 15,9 BRT zurück. Sie fiel damit um weitere 5,4% gegenüber dem Vorjahr und ist im Vergleich zu '73 in BRT um die Hälfte gefallen. Der Anteil der westdeutschen Werften an der Weltproduktion betrug '83 5%, er ist damit gegenüber '80 (2,9%) etwas gestiegen, aber weit von den früheren Anteilen entfernt – ('75 7,3%, '56 17,3%). Es wurden '83 145 Schiffe (827873 BRT) abgeliefert, darunter 81 Fracht- und Containerschiffe. Sie waren zumeist technisch höherwertige Schiffe, bei 50% handelt es sich um Neuentwicklungen. In den Auftragsbüchern befindet sich kein einziger Tanker mehr. Die von den westdeutschen Werften betriebene Kapazitätsreduzierung hat zu einem weiteren Absinken der Beschäftigten um 13% Ende '83 gegenüber '82 und im ersten Halbjahr um weitere 8% geführt, so daß noch 45151 Beschäftigte gezählt werden.

Die Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) – einst "größte Werft der Welt" – ist ausgelegt zum Bau von Großtankern. Sie produzierte '83 gerade noch 56250 BRT ('74 616559 BRT) im Handelsschiffbau. Die Umsatzerlöse der Werft gingen Jahr für Jahr zurück. Der Anteil des Handelsschiffbau sank '82 (siehe Tabelle) auf 22%. Auch wenn der Anteil '83 wieder stieg, so führte er zu weiteren Verlusten, da die Schiffe – nach Angaben der Werft – zu nicht kostendeckenden Preisen hereingezogen wurden. Der gewinnträch-

tige Sonderschiffbau, Fregatten, Korvetten und U-Boote, der sich immer mehr zum festen Standbein dieser Werft entwickelt, konnte die Verluste nicht decken. Durch Entnahme aus Rückstellungen und Rücklagen wurde bis '81 ein Bilanzverlust ausgeglichen. Seit '82 werden Verluste ausgewiesen. Die nicht ausgelastete Kapazität der Werft und die zu "hohen Lohnkosten" (27,- DM/Std) werden von der Geschäftsführung dafür verantwortlich gemacht. Vergleiche mit Japan 18,- DM (hält 41,9% der Weltproduktion) und Korea ca. 5,- DM (9,7%) werden angestellt. Die Gesamtkosten auf HDW betragen 67,- DM/Std und beinhalten im Vergleich zu mittleren Werften einen hohen Gemeinkostenanteil.

Im Reduzierungsprogramm '84 war

Erlöse/Verluste HDW Kiel/HH

Erlöse 77/78 80/81 82/83

Schiffbau		Mio. DM.	
Handels-	748	276	422
%	50%	22%	37%
Sonder-	351	461	263
%	24%	37%	23%
Reparatur	212	257	220
%	14%	20%	20%
Masch.bau			
Elektronik	180	268	225
%	12%	21%	20%
Bericht. Vj.	-16	-12	-2
Summe:	1475	1250	1128

Jahr	Verluste	Bilanzverlust
79/80	70	–
80/81	80-100	–
81/82	85	31
82/83	210	62

auch bereits die Einstellung des Handelsschiffbaus für Kiel vorgesehen, wurde aber nach Protesten zurückgenommen. Im Auftragsbestand der Werft für Neubauten, mit 17 Einheiten zu 2,4 Mrd. DM, befinden sich allein 2 Mrd. für Kriegsschiffbau. Für Indien (3) und für Brasilien (2) werden zur Zeit U-Boote gebaut. Mit einem neu entwickelten luftunabhängigen Antriebssystem und einer neuen Rettungszelle für U-Boote scheint HDW konkurrenzlos auf dem Weltmarkt zu sein. Für die U-Boot-Modernisierung der Bundesmarine ist HDW bereits "Generalunternehmer". Mit einem 500 Mio. DM Programm sollen ab '87 zwölf von 18 U-Booten umgebaut werden. Mit Neubauten der Bundesmarine wird in den 90er Jahren gerechnet.

Auf der Ausstellung "Schiff Maschine Meerestechnik" Sept. '84 in Hamburg renommierte HDW mit dem "Schiff der Zukunft". Als "Generalunternehmer" im Auftrage des BMFT wurde ein über eine "Schiffsführungszentrale" computergesteuertes Schiff entwickelt, das nur noch 14 Mann Besatzung hat. Die Elektronikabteilung, die mit 250 Beschäftigten und einem Leistungsvolumen von 32 Mio. DM in den letzten zwei Jahren 60% Steigerung aufzuweisen hatte, wurde am 1. Okt. '83 als "HDW Elektronik GmbH" verstaatlicht. Werden so einerseits die profitbringenden Bereiche ausgliedert, so sind die HDW-Kapitalisten andererseits dabei, die "Bilanzverluste" durch Entlassungen und Antreiberei auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen.

HÖHERGRUPPIERUNG ZULAGE GEKÜRZT

Bad Salzdetfurth. Der Betriebsrat erzielte einen Durchbruch gegen die Lohngruppenpolitik der Geschäftsleitung (GL) bei FUBA. Bis vor sechs Jahren war es üblich, Facharbeiter, die eingestellt wurden mit Berufserfahrung, in Lohngruppe (LG) acht einzustufen. Die GL setzte die Entlohnung nach LG sieben durch, zumindest für sechs Monate. Nun wurden über zwanzig Facharbeiter nach einem viertel Jahr in LG acht übernommen. Der Pferdefuß: Die 13-Prozent-Leistungszulage wurde um 5% gekürzt. Erstmal für ein halbes Jahr. — (mal)

ÖTV WURDE UNTERSTÜTZT

Hannover. An mangelnder Unterstützung für die Forderung der Gewerkschaft ÖTV nach 5%, 110 DM Mindestbetrag und zehn freien Tagen hat es ganz sicher nicht gelegen, daß die Große Tarifkommission jetzt dem Angebot des Arbeitgebers zugestimmt hat. Ca. 800 Beschäftigte des Zentralen Frankfurter Hauptbahnhof-Postamtes sowie Beschäftigte anderer Postämter in Frankfurt traten am 7.11. in einen mehrstündigen Warnstreik. Zur

Aurich. 5000 Bauern aus Ostfriesland demonstrierten am 1.11. gegen die EG-Milchquoten-Regelung und die bundesdeutsche Ausführungsbestimmung, die Milch-Garantiemengen-Verordnung. Der Präsident des Bauernverbandes und CDU-Bundestagsabgeordnete von Heeremann wurde mit einem Pfeifkonzert bedacht, weil die CDU diese Maßnahmen mitbetrieben hat. Produktionseinschränkungen bis 10%, Einkommensverluste von 4 bis 16% werden Folge der EG-Regelung sein. — (kar)

Bekräftigung der Forderung trugen sich viele in Streiklisten in dafür eingerichteten Streiklokalen ein. In Essen bezeichneten Vertrauensleute in der örtlichen Presse das 2,8%-Angebot der Arbeitgeber als unzureichend und Augenwischerei. Auf einer DGB-Kundgebung am 7.11. in Hannover erhielt der stellvertretende Vorsitzende der DPG Beifall, als er den Mindestbetrag als unabdingbar forderte. Transparente "Kein Abstrich vom Mindestbetrag", "Hände weg von fremden Geldern, aber auch von unseren Gehältern" und "Kein Abschluß ohne volle Einbeziehung der Auszubildenden" gaben dem Willen der Mitglieder Ausdruck. — (edb)



FLEXIKONZEPT BEI HOLZ

In Rheinland-Pfalz haben die Kapitalisten mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff einen Manteltarifvertrag abgeschlossen. Ab 1.4. 85 beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 38,5 Std. Durch Betriebsvereinbarungen sind aber andere Regelungen möglich: Wochenarbeitszeiten zwischen 36 und 41 Std. oder Beibehaltungen der 40-Stunden-Woche und dann 69 bezahlte freie Stunden im Jahr. Wenn die Wochenarbeitszeit 36 Std. weniger beträgt, kann die Arbeitszeit auf vier Tage in der Woche verteilt werden. Damit ist der Acht-Stunden-Tag beseitigt. — (gba)

GRAETZ: EINHEITLICHE ARBEITSZEIT

Bochum. Die 2200 Beschäftigten des zu dem Elektrokonzern Standard Elektrik Lorenz (SEL) gehörenden Farbfernsehgerätewerkes Graetz in Bochum werden ab dem 1. April 1985 einheitlich täglich 18 Minuten weniger arbeiten, in der Woche also 38,5 Stunden. Das sieht eine Betriebsvereinbarung auf Grundlage des Metalltarifvertrages vor. Nach dem Betriebsurlaub, an den letzten 77 Arbeitstagen im Jahr, sollen allerdings im ganzen Betrieb wie bisher täglich acht Stunden gearbeitet werden. Die dadurch anfallende Mehrarbeit von drei Tagen wird auf die Betriebsferien zwischen Weihnachten und Neujahr angerechnet. Damit wurde zwar dem Wunsch der Kapitalisten nach längerer Arbeitszeit für das Weih-

nachtsgeschäft entsprochen. Doch werden die seit Jahren üblichen Vorholzeiten und Samstagsschichten in der Vorweihnachtszeit durch diese Regelung eingeschränkt. Samstagsarbeit ist nicht vorgesehen. — (wof)

SPD-ANTRAG ZUR AZO

München. Ein von der CSU-Mehrheit abgelehrter Novellierungsantrag der bayerischen SPD zur AZO (Staatsregierung soll über den Bundesrat auf die Bundesregierung einwirken) enthält folgende Gesichtspunkte:

— höchstens zwei Überstunden wöchentlich — Überstundenabgeltung in Freizeit plus Mehrarbeitszuschlag — Schicht- und Nachtarbeit unter wöchentlich 40 Stunden und Abgeltung der Zuschläge in Freizeit.

Ferner will die SPD mehr Teilzeitarbeitsplätze gefördert haben. CSU-Kommentar: nicht Aufgabe des Gesetzgebers. — (dil)

BMW: 300 DM SONDERZAHLUNG

München. Die Personalabteilung teilt mit: "Der Vorstand und der Gesamtbetriebsrat erkennen damit die besondere Leistungsbereitschaft aller Mitarbeiter an, durch die trotz der schwierigen Situation ... ein noch insgesamt befriedigendes Geschäftsjahr 1984 erwartet wird." An drei Samstagen waren Vorholschichten für die zwei Tage zwischen Weihnachten und Neujahr sowie für den halben 24. und 31.12. verordnet. — (dil)



In Asturien (Nordspanien) führten die Comisiones Obreras (CCOO) einen eintägigen Generalstreik in der Metallbranche durch. Der Streik richtete sich gegen Massenentlassungen in der Werftindustrie, die — neben Lohnsenkungen — in einem Sozialpakt zwischen den Kapitalisten und der sozialistischen Regierung beschlossen worden waren. Die Gewerkschaft UGT, die der Regierungspartei PSOE nahestehst, hatte eine Beteiligung an dem Generalstreik abgelehnt, weil sie dem Sozialpakt zustimmt. Dadurch konnte sie aber die umfassende Befolung des Streiks nicht verhindern. Bild: In Dijon errichteten demonstrierende Arbeiter gegen die Angriffe der Polizei Barrikaden. — (gba)

11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft HBV GEGEN DIE ARBEITSGESETZGEBUNG DER BUNDESREGIERUNG

Der elfte ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen fand vom 4.-9. November 1984 in Mannheim statt. "Über 3,5 Mio. Arbeitnehmer fallen unter den Geltungsbereich unserer HBV-Tarifverträge ... HBV hat per Stand 31.12.83 in diesen Tarifbereichen knapp 1000 gültige Tarifverträge vereinbart ... Insgesamt wurden im Berichtszeitraum über 1600 Tarifverträge verhandelt und abgeschlossen."

Im folgenden eine Dokumentation zweier Beschlüsse:

"Beschäftigungsförderungsgesetz" – Gesetz zum umfassenden Abbau von Arbeitnehmerrechten

"Die Vorlage des Entwurfs eines 'Beschäftigungsförderungsgesetzes' durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales ist bisher die deutlichste Kampfansage der Bundesregierung an die Arbeitnehmer im privaten Dienstleistungsgewerbe ... Der Gesetzentwurf ... stellt einen massiven Eingriff in die von den Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten zäh und mühselig erkämpften Arbeitnehmerrechte dar:

– Die Nichtberücksichtigung von Teilzeitbeschäftigten im Rahmen des Kündigungsschutzgesetzes hebt das Gesetz für eine Reihe von Betrieben faktisch auf.

– Zeitverträge ... geben Arbeitgebern darüberhinaus die Möglichkeit zu einer kündigungslosen Entlassung ..., ohne daß sich die Betroffenen dagegen mittels Kündigungsschutzklage zur Wehr setzen können und sollen. Betriebsräte brauchen nicht mehr informiert oder gar angehört zu werden.

– Mit den von der Bundesregierung gewollten unsozialen Arbeitszeitformen KAPOVAZ (kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit) und Job-Sharing verlieren die Arbeitnehmer die materielle Sicherheit und Planbarkeit, die sich aus einer fest vereinbarten Arbeitszeit ergibt ...

– Die Einschränkung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates bei Betriebsänderungen (Interessenausgleich und Sozialplan) fördert nicht die Beschäftigung, sondern erleichtert Arbeitsplatzabbau.

Die Gewerkschaft HBV wird durch zügige und systematische Aufklärung in den Betrieben und öffentlich wirksame Proteste der Verabschiedung ... entgegentreten." Dies durch u.a.:

– Das Thema 'Beschäftigungsförderungsgesetz' muß zu einem Schwerpunkt der in den kommenden Wochen stattfindenden Betriebsversammlungen und Betriebsräteversammlungen werden.

– Die HBV-Fachgruppen, vor allem des Einzel- und des Großhandels, werden aufgefordert, den örtlich gewählten Bundestagsabgeordneten die HBV-Position zum 'Beschäftigungsförderungsgesetz' in Versammlungen sowie in anderen geeigneten Formen mitzuteilen."

Weiterhin werden Betriebsräte und DAG aufgefordert, mit Stellungnahmen und allen Möglichkeiten des betrieblichen und öffentlichen Protestes entgegenzutreten.

Aufgaben und Ziele solidarischer Tarifpolitik

"1. Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie sind unverzichtbare Grundlage für die Erfüllung unserer tarifpolitischen Aufgaben. Sie müssen gegen alle Angriffe aus der Politik sowie negative Tendenzen in der Rechtssprechung verteidigt werden. Ein 'Verbändegesetz' wird entschieden abgelehnt ...

2. ... Der Kampf um ein Verbot der Aussperrung muß deshalb konsequent fortgesetzt werden ... Bis zum Erlaß des Verbots ist sicherzustellen, daß die Bundesanstalt für Arbeit Kurzarbeitergeld bzw. Arbeitslosenunterstützung bezahlt.

C) Schwerpunkte und Ziele der aktiven und solidarischen Tarifpolitik im HBV-Bereich

1. Alle Arbeitnehmer (Angestellte, Arbeiter, Auszubildende, AT-Angestellte) sind in gemeinsame Entgelttarifverträge und Manteltarifverträge einzubeziehen. Dabei ist zu verdeutlichen, daß Ansprüche aus Tarifverträgen grundsätzlich nur den Gewerkschaftsmitgliedern zustehen.

2. Die Gehälter und Löhne sind weiterzuentwickeln: – Sicherung und Ausbau des Realeinkommens ist die Hauptaufgabe der tariflichen Entgeltpolitik ... – Im Handel ist darauf hinzuwirken, die bestehenden Einkommensbenachteiligungen gegenüber vergleichbaren Tätigkeiten und Qualifikationen in der übrigen Wirtschaft zu beseitigen. – Einkommensbenachteiligungen von Frauen sind auch durch richtige Eingruppierung und Gleichbehandlung bei Zulagen usw. aufzuheben. Das gilt auch für Einkommensbenachteiligungen, die durch Differenzierung in körperlich schwere und leichte Arbeit vorgenommen wird. – Der Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit' ist in allen Bereichen zu verwirklichen. Unbegründete Altersabstufungen (Berufsjahre, Jugendlichenabschläge) und Ortsklassenabschläge sind zu beseitigen. – Für alle Arbeitnehmer ist ein zusätzliches Monatseinkommen (Weihnachtsgeld) sowie ein Urlaubsgeld in einheitlicher Höhe zu vereinbaren ... Teilzeitbeschäftigte müssen zumindest arbeitszeitanteilig Ansprüche auf diese zusätzlichen Leistungen eingeraumt werden. – Die Ausbildungsvergütungen sind so anzuheben, daß Auszubildende ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten gewährleisten können ... – Die regelmäßigen Effektiveinkommen müssen einschließlich Zuschläge, Prämien, Provisionen grundsätzlich geregelt werden.

3. Eine wirksame und umfassende Verkürzung der Arbeitszeit ist auch in allen HBV-Tarifbereichen dringend erforderlich. Denn damit kann die Sicherung der Arbeitsplätze erreicht, können neue Arbeitsplätze geschaffen und der Leistungsdruck durch mehr freie Zeit verringert werden. Deshalb hat die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ... besondere Priorität ... Für alle Arbeitnehmer (einschließlich der Jugendlichen) ist ein einheitlicher Mindesturlaub von sechs Wochen zu vereinbaren.

4. Insbesondere im Hinblick auf die Verkürzung der Arbeitszeit ist für die Arbeitnehmer in unserem Organisationsbereich eine feste Vereinbarung über die Lage der Arbeitszeit dringend erforderlich. In allen Tarifbereichen ist deshalb die 5-Tage-Woche bei zwei zusammenhängenden arbeitsfreien Tagen zu verwirklichen. Der Ladenschluß ist durch tarifliche Bestimmungen über das tägliche Arbeitszeitende abzusichern. Teilzeitbeschäftigung darf nur bei fest vereinbarter Dauer und Lage der Arbeitszeit erfolgen, wobei eine Mindestarbeitszeit von vier Stunden täglich und 20 Stunden wöchentlich grundsätzlich nicht unterschritten werden soll ... Mehrarbeit und Überstunden sind für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte durch tarifliche Höchstarbeitszeitbestimmungen zu begrenzen ... Vor- und Abschlußarbeiten sind in die regelmäßige Arbeitszeit einzubeziehen. Wird Mehrarbeit geleistet, sind Zuschläge zu zahlen für jede über der vertraglichen Arbeitszeit liegende Arbeitszeit.

5. Arbeitsplätze, Einkommen, Arbeitsbedingungen und berufliche Qualifikation sind vor den negativen Auswirkungen der Rationalisierung zu sichern. Durch tarifvertragliche Regelungen sind erweiterte Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Arbeitnehmervertretungen bei der Personalplanung durchzusetzen. Für die Arbeitnehmer sind tarifliche Ansprüche auf Sicherung und Entwicklung der beruflichen Qualifikation vorzusehen. Durch Bestimmungen über Mindestarbeitsinhalte und Höchstleistungsnormen ist der Entstehung einseitiger und überhöhter Arbeitsbelastung vorzubeugen. Bildschirmarbeit darf nur in Abwechslung mit anderen Formen der Arbeitsverrichtung (Mischarbeitsplätze) ... zugelassen werden."

Dokumente: Geschäftsbericht Hauptabteilung Handel, Tarifpolitik, Bildungspolitik 1980-1983; Protokolle und Antragsmaterial des 11. ord. Gewerkschaftstages der HBV – (rub)

Arbeitszeit/Öffentlicher Dienst

TEILZEITBESCHÄFTIGT: FRAUEN
ZU NIEDRIGSTEN LÖHNEN

Die öffentlichen Dienstherren haben in den letzten Jahren die Teilzeitarbeitsverhältnisse deutlich ausgedehnt. Allein von 1980 bis 1983 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigen bei Bund, Ländern, Gemeinden, Post, Bahn und den übrigen öffentlichen Unternehmen um über 80000. Von 1982 auf 1983 nahmen sie um 23000 zu, bei einer Abnahme der in Vollzeit Beschäftigten um 17000.

Damit ändern sich die Lohn- und Beschäftigungsbedingungen insbesondere für Frauen erheblich, denn rund 94% aller Teilzeitbeschäftigen des öffentlichen Dienstes sind Frauen. Diese Änderungen sind beunruhigend, zeichnet sich damit doch eine Umkehr einer gesellschaftlichen Entwicklung ab: Während der Anteil der Mädchen an den Studenten zu sinken beginnt, können die Kapitalisten in wachsendem Umfang Frauen zu Löhnen beschäftigen, die keine selbständige Existenz mehr ermöglichen (s.a. vorige Nummer der Politischen Berichte zur Lohnentwicklung im Einzelhandel). Die Beschäftigung in Teilzeit ermöglicht im großen und ganzen ebenfalls keine selbständige Existenz und zwingt somit die Frauen in die Rolle eines "Zuverdieners".

Der größte Teil der Teilzeitbeschäftigen im öffentlichen Dienst ist als Arbeiterin oder Angestellte in den unteren Gehaltsgruppen (s. Tabellen 1 und 2) eingestellt. Nach einer groben Schätzung (s. Schaubild und Anmerkung) beträgt das durchschnittliche Einkommen von Teilzeitbeschäftigen mit mehr als 20 Wochenstunden nur

47% des Durchschnittseinkommens des gesamten öffentlichen Dienstes. Da anzunehmen ist, daß ein erheblicher Teil der Teilzeitbeschäftigen der hohen Besteuerung nach Steuerklasse V unterliegt (rund 84% sind verheiratet), dürften die Nettolöhne verhältnismäßig noch einmal niedriger sein.

Gut ein Viertel aller Teilzeitbeschäftigen ist vom Dienstherrn für weniger als 20 Wochenstunden beschäftigt und damit nur eingeschränkt sozialversichert. Der Eindruck, daß diese elendesten Tätigkeiten im Verhältnis nicht so stark zugenommen haben, täuscht sicherlich: So tauchen mit der Privatisierung vor allem der Putzdienste diese Arbeitsverhältnisse

nicht mehr in der Personalstatistik des öffentlichen Dienstes auf.

In der öffentlichen Debatte über die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst gilt oft die Lehrerin, die wegen Kinder und Solidarität mit den Arbeitslosen auf 2/3-Stelle geht, als typisch. Tatsächlich jedoch sind vor allem schlecht verdienende Frauen in Teilzeit beschäftigt, und zumindest die Hälfte hat dafür sicher andere Gründe als den Wunsch nach Versorgung ihrer Kinder: Knapp 49% aller teilzeitbeschäftigen Frauen im öffentlichen Dienst haben gar keine Kinder (s. Tabelle 3).

Die Altersstruktur (auch wenn sie leider schon etwas älteren Datums ist) bietet gewisse weitere Anhaltspunkte, wer gezwungen ist, Teilzeit zu arbeiten. Nur weniger als ein Viertel waren jünger als 35 Jahre, über 60% im Alter zwischen 35 und 55 Jahren. Die Gründe, warum vor allem

Tabelle 1: Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst
(Stand 30.6. des jeweiligen Jahres)

Gruppe	1977	1980	1981	1982	1983
Teilzeitbeschäftigte insg.	523000	595000	628000	656000	678000
in % aller Beschäftigten	13,2	14,2	14,7	15,3	15,8
darunter teilzeitbeschäftigt					
mit weniger als 20 Stunden	164000	160000	167000	172000	n.b.
als Beamte	38700	62600	71300	98800	110900
in % aller Beamten	2,3	3,6	4,0	5,5	6,1
als Angestellte	233900	276400	293200	294500	305600
in % aller Angestellten	18,2	19,7	20,4	20,6	21,3
als Arbeiter	250700	256300	263200	262800	261500
in % aller Arbeiter	24,6	24,3	24,6	24,8	24,8

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6, Personal des öffentlichen Dienstes

ÖTV-GEWERKSCHAFTSTAG
ZUR TEILZEITARBEIT

Beschluß des 10. Gewerkschaftstages der ÖTV (Initiativantrag 234 a):

"Die Gewerkschaft ÖTV lehnt den Entwurf eines Gesetzes zur "Förderung der Beschäftigung" entschieden ab. Unter dem Etikett der Beschäftigungspolitik werden mit diesem Gesetzentwurf Arbeitnehmerrechte weiter eingeschränkt. Statt wirksame Initiativen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen zu ergreifen, erleichtert der Bundesarbeitsminister mit diesem Gesetzentwurf eine noch schonungslosere Politik des "Heuerns und Feuerns".

... Wir lehnen jede Aushöhlung der Arbeitnehmerschutzrechte entschieden ab. Der Gesetzgeber greift in vielen Fällen in Regelungsbestandteile ein, die nach gewerkschaftlicher Auffassung allein Tarifverträgen vorbehalten bleiben müssen, und unterläuft

damit Tarifvertragsrecht. Die geplante Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse und die beabsichtigten Erleichterungen der Arbeitnehmerüberlassungen erhöhen die Arbeitsplatzrisiken für Arbeitnehmer, während die Arbeitgeber immer mehr aus ihrer sozialen Verpflichtung zur rechtzeitigen und vorbeugenden Personalplanung und Personalpolitik entlassen werden. Der Kündigungsschutz wird für viele Arbeitnehmer abgeschafft.

Mit den geplanten Regelungen werden bestehende Dauerarbeitsplätze vernichtet und die Belegschaften in mehrere Gruppen gespalten: in kleine Stammbegleitschaften einerseits und in große Gruppen von Arbeitnehmern mit eingeschränkten Rechten andererseits. Damit macht sich der Bundesarbeitsminister zum Werkzeug der, die in der Entsolidarisierung der Arbeitnehmer eine notwendige Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen sehen.

Die Gewerkschaft ÖTV befürwortet ihre Auffassung, daß die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle in der Regel nicht anders ist als die Übertragung von Unternehmerrisiken auf die Arbeitnehmer. Jede darauf ziende gesetzliche Regelung, die zum Beispiel die Einführung von Job-sharing und kapazitätsorientierter variabler Arbeitszeit (Kapovaz) erleichtert, wird von der Gewerkschaft ÖTV abgelehnt.

Dies gilt für das geplante Gesetz über die Teilzeitarbeit umso mehr, weil hier erneut massiv in die Tarifautonomie eingegriffen wird.

... Die Gewerkschaft ÖTV fordert weiterhin eine Reform der Arbeitszeitordnung, die auch der Anordnung von Überstunden engere Grenzen setzt ...

Beschluß des 10. Gewerkschaftstages der ÖTV, Teilzeitarbeit (Auszug):

... Bei Veränderung der individuel-

Tabelle 2: Teilzeitbeschäftigung nach Laufbahngruppen
(nur Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenstunden)

Laufbahngruppe (Beamte u. Angestellte zusammengefaßt)	1980		1977	
	absolut	in %	absolut	in %
Höherer Dienst	23 855	5,6	14 893	4,2
gehobener Dienst	70 158	16,4	41 072	11,6
mittlerer Dienst	146 104	34,1	118 110	33,5
einfacher Dienst	124 15	2,9	100 69	2,9
Arbeiter	175 998	41,1	168 802	47,8
gesamt	428 530	100,0	352 946	100,0
darunter Frauen	403 003	94,0	329 864	93,5

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6

Frauen dieser Altersgruppen in Teilzeit arbeiten, mögen sein:

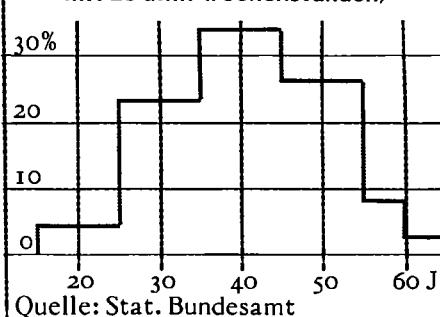
— Sinkendes Einkommen in solchen Arbeiterhaushalten, in denen der Mann nach zwanzig, dreißig Jahren Akkordarbeit verschlissen ist, zwingt die Frau zum "hinzuerdien".

— Lange Jahre intensivster Arbeit haben die Arbeitskraft der Frau angegriffen. Die Teilzeitarbeit erscheint dann wegen der geringeren Arbeitszeit als Erleichterung trotz der im Durchschnitt höheren Intensität.

Die bedeutende Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst erleichtert Blüm jetzt die Durchsetzung seines Beschäftigungsförderungsgesetzes, mit dem alle widerwärtigen Formen von Teilzeitarbeit rechtlich sanktioniert werden sollen. Der Gewerkschaftstag der ÖTV hat in einem Initiativantrag (s.u.) gegen diese Absicht Stellung genommen.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6; Stat. Jahrbuch der BRD—(alk, 1rs)

Teilzeitbeschäftigte n. Alter
(1977, in % aller Teilzeitbesch.
mit 20 u.m. Wochenstunden)



Quelle: Stat. Bundesamt

Anmerkung zu den verwendeten Daten:

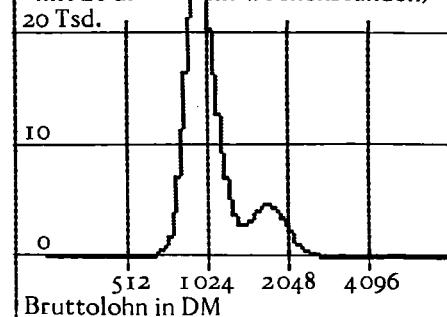
Die Datenlage über Teilzeitbeschäftigung ist allgemein schlecht; die für den öffentlichen Dienst vorliegenden Statistiken gehören noch zu den genauesten. Dennoch ist auch hier über die mit weniger als zwanzig Wochenstunden Beschäftigten nicht viel mehr als ihre Zahl sowie das Dienstverhältnis zu erfahren. Für die mit mehr als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit Beschäftigten veröffentlicht das

Tabelle 3: Familienstand von Teilzeitbeschäftigten
(1977, in % aller Teilzeitbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenstunden)

Familienstand	insg.	Frauen
ohne Kinder	53,2	48,8
ein Kind	23,0	22,1
zwei Kinder	17,2	16,4
drei u.m. Kinder	6,6	6,1
verheiratet	84,1	79,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6

Teilzeitbeschäftigte n. Lohn
(1977, in % aller Teilzeitbesch.
mit 20 u.m. Wochenstunden)



Quelle: Stat. Bundesamt

Statistische Bundesamt in drei- bzw. sechsjährigem Abstand die Eingruppierung sowie die Altersstruktur. Daraus läßt sich die im Schaubild wiedergegebene grobgeschätzte Verteilung der Teilzeitbeschäftigten nach Einkommenshöhe errechnen. Dabei wurden die Besoldung und die Tarife von 1977 zugrunde gelegt für einen durchschnittlichen Teilzeitbeschäftigte, verheiratet, 41 Jahre alt, kein Kind und eine wöchentliche Arbeitszeit von 21 Stunden.

einbare Arbeitszeit hinausgeht (BAT § 17, BMTG § 17);

— daß Übergangsgeld auch für Teilzeitbeschäftigte gewährt wird (BAT §§ 62f);

— daß die Wartezeit für Bewährungsaufstieg und andere Leistungen nicht länger als bei Vollzeitbeschäftigten dauert;

— daß auf Antrag Vollzeitarbeiten, die Kinder oder pflegebedürftige Personen betreuen, die Arbeit bis auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit ermäßigt wird... ÖTV und DGB sind aufgefordert, auf die Gesetzgeber einzuwirken,

— daß Teilzeitarbeitende unabhängig von ihrer Stundenzahl voll in die Sozialversicherung mit einbezogen werden,

— daß das Laufbahngesetz dahin geändert wird, daß Wartezeit bezüglich Probezeit, Beförderung nicht länger ist als bei Vollzeitbeschäftigten..

len Arbeitszeit (Antrag auf Teilzeitarbeit) muß dem Personalrat das volle Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Der Arbeitsumfang muß entsprechend der verringerten Arbeitszeit reduziert werden.

Ein Personalausgleich muß stattfinden.

Keine Umwandlung von Vollzeitarbeitsplätzen in Teilzeitarbeitsplätze. Die Aufnahme einer Teilzeitarbeit muß eine freiwillige Entscheidung bleiben.

Die ÖTV-Personalratsbeziehungsweise -Betriebsratsmitglieder sind aufgefordert, die Einhaltung der letztgenannten Forderungen zu kontrollieren, zum Beispiel anhand des Geschäftsverteilungsplans und ständiger Aktualisierung desselben. Die ÖTV-Personalratsmitglieder sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß

— bei Dienstvereinbarungen Teilzeitbeschäftigte voll miteinbezogen werden.

— gegebenenfalls mit Hilfe von Dienstbeziehungsweise Betriebsvereinbarungen Fortbildungslehrgänge auf die zeitlichen Bedürfnisse der Teilzeitbeschäftigte abgestimmt werden.

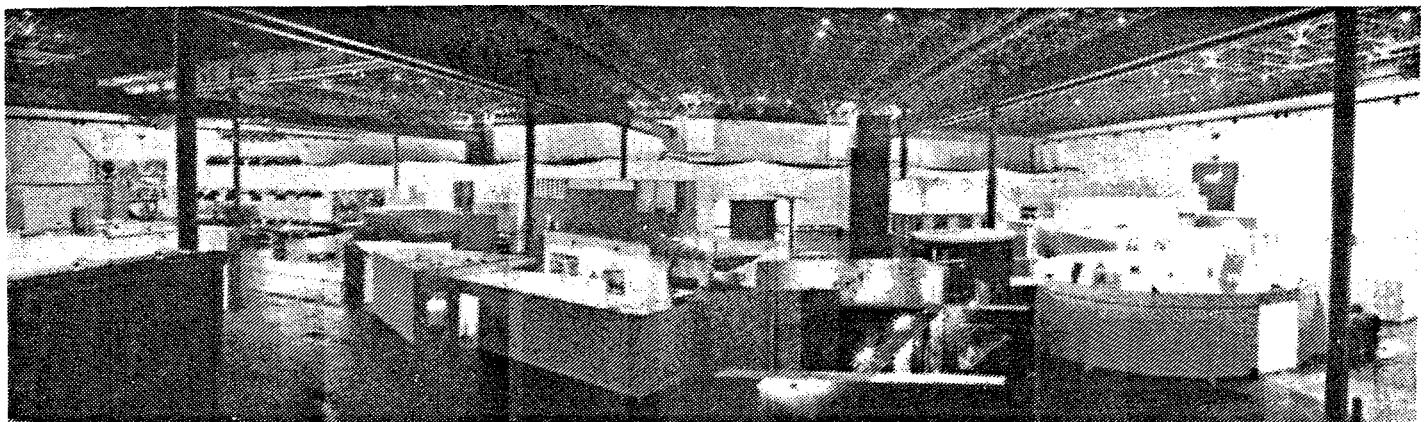
Die zuständigen Gremien der Gewerkschaft ÖTV haben zum nächstmöglichen Zeitpunkt darauf hinzuwirken, daß für Teilzeitbeschäftigte alle Rechte aus den Tarifverträgen voll gelten sollen. Zur Zeit bestehende Tarifverträge sind entsprechend zu ändern..

Material an den Hauptvorstand zu obigem Beschlus:

Die Große Tarifkommission wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen,

— Bundesmanteltarifvertrag und Bundesangestelltentarifvertrag dahingehend zu ergänzen bzw. zu verändern, daß die Rückkehr auf einen Vollzeitarbeitsplatz garantiert wird;

— daß als Überstunden die Arbeitszeit gerechnet wird, die über die ver-



Blick von der Empore auf die vom Architekten Czech entworfene Ausstellungsarchitektur in der Messehalle

Kunstausstellung "von hier aus"

3 MILLIONEN MARK FÜR DIE FREIHEITLICHE MYTHENBILDUNG

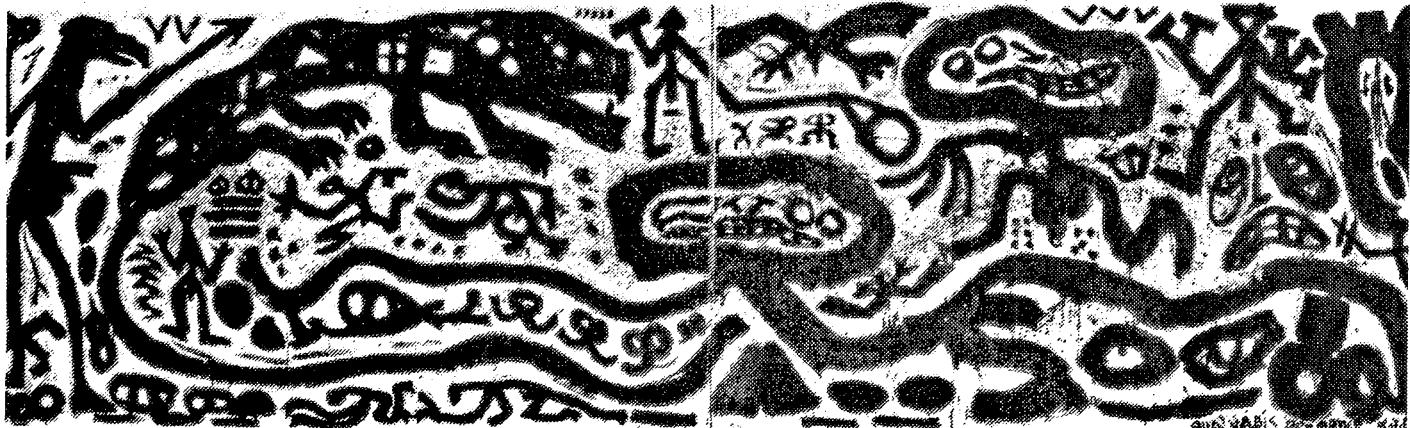
"Von hier aus – zwei Monate neue deutsche Kunst" ist der Titel der jüngsten Offensive der Düsseldorfer Kunstmägner vor allem gegen die Rivalen aus Köln im Kampf um die Führung als rheinische Geschäftsmetropole der Schönen Künste. Köln hatte 1981 die umsatzbelebende "Westkunst"-Ausstellung inszeniert, baut derzeit dem Schokoladenfabrikanten Ludwig ein klotziges Museumsmausoleum für dessen Sammlung moderner Kunst und hat vor allem Düsseldorf die Austragung des "Internationalen Kunstmarkts" weggeschwommen. Düsseldorfs Banken-, Industrie- und Kulturvertreter, dazu Oberstadtdirektor, Oberbürgermeister usw. gründeten dagegen nun die "Gesellschaft für aktuelle Kunst e.V." und ließen für

ihr ehrgeiziges Ausstellungsprojekt auf 14000 qm Messehalle drei Millionen Mark springen. Einen Großteil dieser stattlichen Summe verschlang die neuartige Ausstellungsarchitektur aus Holz und Leinwand des Wiener Architekten Czech. Sie ist direkt auf die einzelnen Kunstwerke zugeschnitten (so wie Andachtsräume Kultgegenstände oder rätselhafte Fetische umgeben), um diese bedeutsamer erscheinen zu lassen. Über eine lächerlich klotzige Holzrampe von 50 m Länge (wie der Rohbau einer "Ben Hur"-Filmkulisse) geht der Besucher auf Beuys' feinsinnig affigen Neonröhren-Schriftzug "von hier aus" zu und betritt die Messehalle über eine Empore, von der aus er die Kunststadt erst einmal überblicken muß. (s.

Abb. oben)

Die Kommentatoren der Ausstellung in den Feuilletons von "FAZ" bis "Zeit", von "Art" bis "PAN" drücken sich um eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung über den Trend dieser Ausstellung herum. Es scheint, als warten sie die Marktmpulse der Ausstellung ab und belohnen oder bekritteln erst dann mögliche neue "Trendsetter", die zu Spekulationskäufen reizen und den Kunsthandel beleben. Jetzt nörgeln sie nur etwas herum an der womöglichen Aufgebläschenheit dieses womöglich doch bedeutenden Unternehmens, an der zu sehr dominierenden, aber eigentlich doch wegweisenden Architektur, der zu subjektivistischen Künstlerauswahl durch den Ausstellungsma-

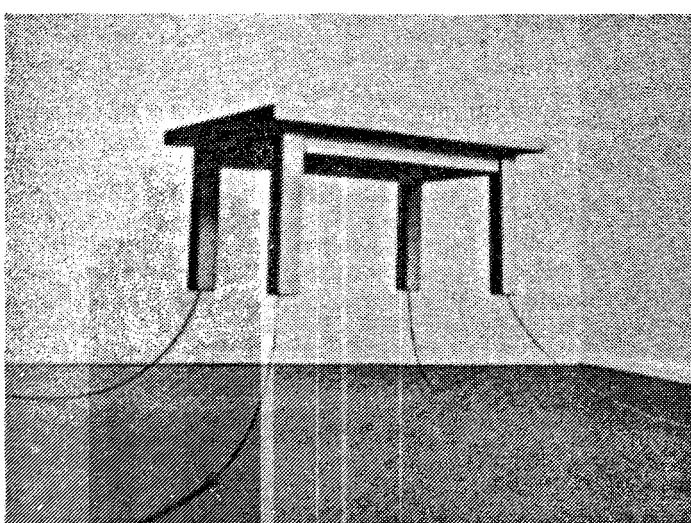
cher König, ohne Frage aber ein Mann von Format. Denn dieser sagt im Vorwort des Ausstellungskatalogs ungeheuerlich, was Sache ist: "Kunst ist eine Frage des Konsenses, was jeweils als Kunst gilt, wird von den Teilnehmern des Betriebes festgelegt" – in diesem Falle von ihm und seinen Geldgebern, basta! Brauchbare Anregungen für eine Einschätzung dieser Ausstellung gibt im "Stern" der ehemalige DDR-Schriftsteller Günter Kunert. Er stellt in den sehr unterschiedlichen, somit schwer vergleichbaren Werken doch bestimmte Tendenzen fest: z.B. einen Rückgang ("Regression") des künstlerischen Ausdrucks auf archaische, an die Frühzeit der Menschheitsgeschichte erinnernde mythologische Zeichen. Diese sind bei diesen Künstlern extrem subjektiv, losgelöst von jeder inhaltlichen oder ästhetischen Verbindlichkeit (während sie in der frühen Geschichte die Funktion hatten, kollektive ge-



Unterschrift: "Quo Vadis Germania" (Wohin gehst Du, Germania), 1984, ein von dem Ex-DDR-Künstler A.R. Penck in einer Nacht gemaltes Bild, mit Bildzeichen, die steinzeitlichen Höhlenfiguren ähneln, nach Pencks Äußerungen allerdings auf die deutsch-deutsche Situation bezogen sind.

sellschaftliche Erfahrungen als Mythen aufzuzeichnen). Die Darstellung des historisch Bedingten und Faßbaren ist hier ersetzt durch "ein Sammelsurium von Ahnungen und Andeutungen"), von nicht Faßbarem, Ungewissem – einer Art Endzeitempfinden in der "freiheitlichen" Kunst. Diese Flucht in mythische Vor- und Darstellungen, gerade unter sich zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüchen, findet man häufiger in der Kunst: z.B. suchten Maler der Romantik im Deutschland des vorigen Jahrhunderts nach dem Sieg der Reaktion über die Kräfte der französischen Revolution ihre verlorenen gesellschaftlichen Ideale durch Naturmythen (die Unendlichkeit, Gott in der Natur) zu ersetzen. Z.B. suchte

ein expressionistischer Maler wie Marc zur Zeit des 1. Weltkrieges die mythischen Kräfte in der Natur, in den Tieren, durch Farben und Formen auszudrücken, weil er der "Rationalität" des Imperialismus mißtraute. Sofern die Künstler in der Düsseldorfer Ausstellung die Entwicklung der imperialistischen Wirklichkeit nicht gänzlich ignorieren, formulieren sie Mythen wie z.B. Beuys: den "metaphysisch-ästhetischen Entwurf" (als 3. Weg zwischen "bürgerlich-kapitalistischer und sozialistisch-zentralistischer Rationalität"); oder sie erfinden Zeichen, die die "Einheit der Nation" beschwören – mal steinzeitlich-archaisch wie Penck, mal mit heutigen Staatsymbolen wie sein Freund Immendorff. – (güv)



Titel: "Tisch auf Stahlstühlen". Der Betrachter soll die Dinge "anders sehen lernen" ...



J. Immendorff variiert in einer Serie "Akademie Ost, Mitte, West" die Symbole Hammer und Sichel, Bundesadler, Brandenburger Tor. Hinein malt er Künstler im Atelier. Titel: Akademie Mitte, Aufgabe Städte der Bewegung, 1984

Energiepolitik/Kommunalhaushalt

ZUR GESCHICHTE UND REFORM DES KONZESSIONSABGABEWESENS

Konzessionsabgaben (KA) zahlt ein Energieversorgungsunternehmen (EVU) an eine Gemeinde oder Kreis als Entgelt dafür, daß es deren öffentlichen Wege und Plätze zur Verlegung von Versorgungsleitungen (für Strom, Gas und Wasser) nutzt (Inanspruchnahme des Wegerechts) und/oder dafür, daß die Gemeinde auf eine anderweitige (auch z.B. eigene) Versorgung innerhalb des Gemeindegebietes verzichtet (Ausschließlichkeitsrecht). Rechtsgrundlage ist noch heute die Konzessionsabgabeanordnung (KAE vom 4.3.1941). Ihr Zweck war, aus kriegswirtschaftlichen Gründen die EVU von "betriebsfremdem Ausgaben" zu entlasten und "eine fortschreitende Verbilligung von Elektrizität, Gas und Wasser" insbesondere für kriegswichtige Betriebe durchzusetzen. Hierzu sollten zunächst die existierenden hohen "Finanzzuschläge" und "Abgabensätze" (bis zu 50 Prozent der Umsätze!) begrenzt und vereinheitlicht sowie nach Kundengruppen differenziert werden (Tarifkunden: 10-20 % der Erlöse je nach Gemeindegrößenklasse; Sondervertragskunden max. 1,5 %). Nach dem Krieg sollten die Konzessionsabgaben "in angemessener Frist ganz beseitigt werden" (§ 2, Abs. 2).

Hinsichtlich aktueller Reformforderungen müssen vier Seiten des Konzessionsabgabewesens berücksichtigt werden: a. sozial- und verteilungspolitische, b. finanzpolitische, c. steuerpolitische und d. energiepolitische Aspekte.

zu a. Sozial- und verteilungspolitisch wirken KA wie eine Energiesondersteuer auf Tarifkunden. In einer Großstadt wie Mannheim z.B. zahlen die Tarifkunden durch überhöhte Tarife rd. 90 % der 1982/83 angefallenen KA von 43 Mio. DM. Da kein gesetzlicher Zwang zur Erhebung der KA besteht, hätten die Tarifkunden (also: Haushalte, Landwirtschaft, Gewerbe, öff. Institutionen) um rd. 39 Mio. DM durch Gemeinderatsbeschuß (Änderung des bestehenden Konzessionsvertrags) entlastet werden können.

zu b. Die Abschaffung der KA würde ohne entsprechende Kompensation (z.B. durch Gewerbesteuererhöhung) in den Kommunalhaushalten derzeit eine nicht zu verkraftende Deckungslücke von ca. 3,2 Mrd. DM (1982) aufreißt. Außerdem muß die Fremd- und Eigenversorgung einer Gemeinde unterschieden werden: Auch Eigenbetriebe (rechtlich unselbstständig, aber als Sondervermögen verwaltet und ausgewiesen) und Eigengesellschaften (rechtlich selbstständige GmbH oder AG; Gemeinde ist Eigentümer) schließen mit "ihrer" Gemeinde Konzessionsverträge. In diesen Gemeinden (in der Regel über 5000 Einwohner) könnte – bei Nichterhebung der KA – eine entsprechende Tarifsenkung durchgesetzt werden. Nicht jedoch bei Fremdversorgung (in sog. B-Gemeinden; etwa 8000 in der BRD) durch überregionale EVU. Das RWE z.B. zahlte für sein riesiges Konzessionsgebiet (ca. 11 % der Fläche der BRD; 1500 Gemeinden/Städte) nur 321 Mio. DM (1982) an KA. Generell gilt, daß durchschnittlich die KA-Sätze in fremdversorgten Gemeinden mit nur rd. 6 % bei etwa der Hälfte der eigenversorgten (12,1 %) liegt. Dennoch würde ein Wegfall der KA z.B. im RWE-Gebiet nur den RWE-Profit zu Lasten der Gemeindefinanzen erhöhen. Es sei denn, wie nach Bundestarifordnung theoretisch möglich (§ 12 a), per staatlicher Preisaufsicht würde eine entsprechende Tarifsenkung erzwungen.

zu c. KA sind steuerlich bei EVU als vom Gewinn abzugsfähige Betriebsausgaben zu behandeln. Damit können kommunale EVU die Körperschaftssteuer auf die an die Stadt abgeführte KA (de facto nur ein Bestandteil der gesamten Profitmasse) einsparen. Zu fragen ist jedoch: Warum "müssen" kommunale EVU, noch über einen "angemessenen Gewinn" hinaus Profite (durch überhöhte Tarife) erwirtschaft-

ten? Denn allein aus der Tatsache, daß KA gezahlt wird, kann man schließen, daß "eine Verzinsung des Eigenkapitals von 4 vom Hundert" (§ 5, 4 KAE) stattgefunden hat. Denn dieser "angemessene Gewinn" muß mindestens nach KAE im Unternehmen verbleiben, damit überhaupt KA bezahlt werden darf.

zu d. Da die KA proportional mit dem Umsatz wächst, dringen die Stadtkämmerer bei Eigenversorgung auf expansive Energieversorgung. Die KA fördert damit den Energiemehrverbrauch und verhindert rationellere Nutzung. Solange die KA nicht abgeschafft werden kann, ist eine zweckgebundene Verwendung zugunsten derer, die sie aufbringen, sinnvoll. Z.B. zur Finanzierung eines Wärmedämmkonzepts, das die Heizkosten für Mieter senkt. Bei Fremdversorgung wirkt die KA strukturkonservierend: Viele Stadtkämmerer ziehen die sicheren Pfründe der KA dem scheinbaren Risiko eigener Versorgung vor. Das stärkt die Macht der großen Stromkonzerne (Laufzeit von Konzessionsverträgen: 20-30 Jahre!) und verhindert eine für die Haushalte billigere Strom- und Wärmeversorgung. Quellenhinweis: Pol. Ber. 14/1984; Arbeitskreis "Reform des Konzessionsabgabewesens", Essen 1968. – (bef)

Asylrecht (Teil I)

ZUR ENTWICKLUNG DES ASYLRECHTS IN DER BRD

Nach gängiger bürgerlicher Darstellung sei die in den Jahren 1948/49 im Parlamentarischen Rat geführte Debatte um die Ausgestaltung des Asylrechts geprägt gewesen von den Erfahrungen des Hitler-Faschismus, der mehr als 600000 Deutsche zur Flucht und zur Suche nach Asyl im Ausland veranlaßte. Daher habe ein großzügiges Asylrecht geschaffen werden müssen. Die Tatsachen sehen anders aus:

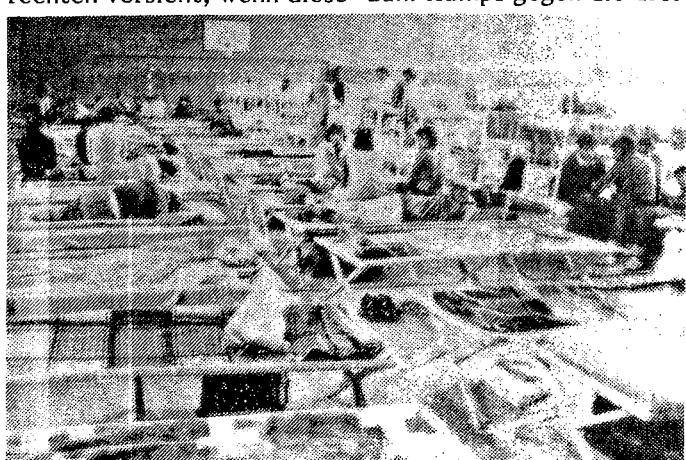
Zum Zeitpunkt der Beratung im Parlamentarischen Rat war bereits abzusehen, daß es in den neugegründeten Volksdemokratien im Osten zu erheblichen Absetzbewegungen seitens enteigneter Großgrund- und Fabrikbesitzer und anderer konterrevolutionärer Elemente kommen würde. Für die im Parlamentarischen Rat versammelten Bourgeoispolitiker stellte sich die Frage, wie ein Asylrecht begründen, das einerseits geeignet ist, politisch dem sich konstituierenden westdeutschen Staat nahestehende Flüchtlinge ohne großes Aufheben aufzunehmen, das andererseits aber nicht aufgrund zu enger Formulierung politische Entscheidungsspielräume einengen würde. Der Abgeordnete Schmid macht diese Feststellung deutlich:

"Ich sehe die Zeiten gekommen, wo in der Ostzone Maquis-Erscheinungen auftreten werden. Die Bevölkerung wird dann zu Akten übergehen, die, sagen wir einmal, die Attentatsklausel (des Auslieferungsrechts, d.Verf.) streifen. Wollen wir einen Deutschen, der so etwas gemacht hat und deswegen zu uns geflohen ist, ausliefern? ... Gesetzt, ein junger Mensch hat eine Sowjetfahne heruntergerissen oder einen Markgraf-Polizisten mit Steinen beworfen. An sich müßte gegen ihn das Verfahren wegen Landfriedensbruch eröffnet werden. Der Mann ist hierher geflüchtet. Sollen wir den Mann ausliefern? Das geht doch nicht!"

Die Stützung der Konterrevolution im Osten war ein ge- wichtiges Interesse, das sich der Parlamentarische Rat zu eigen gemacht hatte; ein Interesse, das bei der Kritik des Asylrechts häufig übersehen wird. Stattdessen werden die dort vertretenen Reaktionäre zu Menschenfreunden, denen der Faschismus in die Knochen gefahren ist!

Der dem Parlamentarischen Rat vorliegende sogenannte "Entwurf Herrenchiemsee" (EHCH) tendierte ganz unverblümt in die genannte Richtung. Er lautete: "Wer unter Nichtbeachtung der in dieser Verfassung niedergelegten Grundrechte von einer Stelle außerhalb des Bundes verfolgt wird, wird nicht ausgeliefert." Asylrechtsrelevante

politische Verfolgung sollte es dem Entwurf zufolge nur in Ländern geben, deren System nicht nach den Verfassungsgrundsätzen des westdeutschen Staates aufgebaut ist oder die solche Grundsätze verletzen. Diese Formulierung ging dem Parlamentarischen Rat doch zu weit. Auf den Einwand des CDU-Abgeordneten Fecht, mit der Aufnahme einer weiter gefaßten Formulierung als der im EHCH vorgeschlagenen könne man gezwungen sein, massenhaft Faschisten aus Italien als politisch Verfolgte aufzunehmen, wurde entgegnet: "Wenn wir irgend etwas aufnehmen würden, um die Voraussetzungen für die Gewährung des Asylrechts festzulegen, dann müßte an der Grenze eine Prüfung durch die Grenzorgane vorgenommen werden. Dadurch würde die gesamte Vorschrift völlig wertlos." (v. Mangoldt) Im Ergebnis beschloß der Parlamentarische Rat die Formulierung "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", wie sie dann in Art.16 II S.2 Eingang ins Grundgesetz fand. Mit dieser Formulierung hielt man sich alle Möglichkeiten offen, zumal gleichzeitig festgestellt wurde, daß der Begriff des "politisch" Verfolgten im Völkerrecht, das den allgemeinen Rahmen des Asylrechts abgeben sollte, umstritten ist. Statt sich also von vornherein festlegen zu müssen, aus welchen Staaten bzw. politischen Systemen Asylsuchende stammen mußten, verlagerte man die Prüfung, wer als Asylant willkommen ist, eine Stufe tiefer auf die Definition des "politischen". Die KPD hatte einen eigenen Entwurf eingebracht, nach dem Asylrecht demjenigen zustehen sollte, der wegen "antifaschistischer und antimilitaristischer" Betätigung verfolgt werde. Damit hatte sich die KPD jedoch von vornherein auf die Asyldebatte eingelassen, die tatsächlich nichts anderes ist als Ausfluß der in der Verfassung vorgenommenen Trennung zwischen "Staatsbürgern" (Deutschen) und Ausländern, welche die Notwendigkeit von Sondergesetzen und Sonderbehandlung gegenüber Ausländern zwingend macht. Immerhin schlug die KPD die Aufnahme eines "Rechts auf Arbeit" für Asylanten vor, um einen rechtlich einklagbaren Anspruch auf einen materiellen Existenzmindeststandard zu erreichen. Es waren die Sozialdemokraten, die der KPD diesen Vorschlag wieder ausredeten mit der Begründung, die "freie Entfaltung der Persönlichkeit" in Art.2 GG ermögliche bereits den Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Art.2 GG erklärt die physische Existenz des Menschen zu dessen Privatsache, denn mehr als die "abstrakte Möglichkeit" zur Verwirklichung seiner "individuellen Persönlichkeit" hat der Mensch eben nicht. Diese Vorschrift dient gerade zur Negierung jeglichen Anspruchs auf materielle Lebensbedingungen gegen den Staat. Nachdem die KPD ihren Vorschlag aufgrund der "Argumente" der SPD zurückgezogen hatte, war damit zunächst auch klar, daß Asylanten außer dem Recht, bleiben zu dürfen, keine weiteren Ansprüche gegen den Staat haben sollten. Im übrigen wurde festgelegt, daß das Asylrecht seine Schranken in Art.18 GG finden sollte, der die Verwirklung von Grundrechten vorsieht, wenn diese "zum Kampf gegen die frei-



Notunterkunft für Asylbewerber

heitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht" werden. Somit können selbst anerkannte Asylanten das Asylrecht wieder verlieren, dann nämlich, wenn sie sich erdreisten, durch politische Betätigung "die Belange der BRD" zu berühren.

Im Jahr 1953 wurde das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge geschaffen, 1965 das Ausländergesetz verabschiedet. Ebenfalls 1965 wurde durch den UN-Flüchtlingskommissar festgestellt, daß zahlreiche Ostflüchtlinge noch vor Stellung eines Asylantrags in ihre Herkunftsänder abgeschoben wurden. In der Antwort des bayerischen Innenministeriums, in dessen Zuständigkeitsbereich das Sammellager Zirndorf fiel, taucht zum erstenmal der Begriff der "Wirtschaftsflüchtlinge" auf, "die eine politische Verfolgung im Heimatland nicht nachweisen können und etwa aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik gekommen sind". Obwohl diese Abschiebepraxis daraufhin zurückgenommen wurde, "bewährte" sich hier die grundgesetzliche Asylrechtsformel, deren Maßstab der Begriff des "politischen" ist. Nicht um quantitative Aufnahme einerseits oder Begrenzung andererseits geht es, selbst wenn es sich um Flüchtlinge aus den RGW-Staaten handeln sollte, sondern um gezielte qualitative Selektion. Wer für westdeutschen Revanchismus zu haben ist, mag willkommen sein, wer aus Not flüchtet, soll wegbleiben. Beziiglich der RGW-Flüchtlinge wurde dieses Selektionsmodell auf Anweisung der Bundesregierung schließlich durchbrochen: Sie ordnete an, die Ausweisung von Ostblockflüchtlingen zu verbieten, "selbst wenn eindeutig feststeht, daß ... sie allein aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik gekommen sind".

Heute wird eine Differenzierung innerhalb der Flüchtlinge aus RGW-Ländern kaum noch vorgenommen. Sie werden durchweg anerkannt. Die (politischen) Zeiten ändern sich eben, vor allem seit mit Jimmy Carters "Menschenrechtskampagne" die ideologische Aufweichung des "Ostblocks" in Angriff genommen wurde. Umgekehrt werden Flüchtlinge aus der VR China immer seltener anerkannt, auch dies Beweis für die politischen Interessen, die hinter der Asylrechtsprechung stehen. So etwa folgende Begründung:

"Seit dem Tod Maos im September 1976, insbesondere aber seit 1980 und 81 sich die Regierung der VR China immer weiter von der geschilderten 25-jährigen Herrschaft Maos und den Zeiten der Kulturrevolution entfernt hat, hat sich die Lage in der VR China immer mehr stabilisiert und werden die damaligen Verhältnisse stark kritisiert. Die politische Lage Chinas entspannt sich mehr und mehr ... Klassenfeinde werden zunehmend rehabilitiert." (VG Anbach 8.9.81)

Mitte der 70er Jahre trat eine Lage ein, die es der westdeutschen Bourgeoisie vollends ermöglichte, Selektierungen nach ihren politischen und ökonomischen Interessen unter den Asylbewerbern vorzunehmen. Durch die neuauflammenden Kämpfe in etlichen Ländern der sogenannten Dritten Welt änderte sich die Zusammensetzung der in die BRD kommenden Flüchtlinge. Nach dem vom CIA gesteuerten Putsch gegen die Regierung Allende in Chile 1973/74 sahen sich Tausende Chilenen gezwungen, ihr Land zu verlassen. Die BRD erklärte sich zur Aufnahme eines "Kontingents von 1000 Flüchtlingen" bereit, wobei sich herausstellte, daß die Flüchtlinge in der BRD-Botschaft in Santiago auf ihren "ideologischen Standpunkt" hin überprüft wurden, u.a. von Beamten des Verfassungsschutzes. Begründung der Bundesregierung: Man wolle "keine Tupamaros und andere Leute" ins Land lassen und:

"Die Bundesregierung muß bei der Bewilligung der Aufnahmeanträge die Grenze dort ziehen, wo nach dem bisherigen Verhalten von Aufnahmewerbern befürchtet werden muß, daß sie auch in der Bundesrepublik nicht davon ablassen würden, aus politischen oder sonstigen Motiven Gewalt anzudrohen."

1978/79 nahm die BRD 20000 Südostasienflüchtlinge auf, die Regierung und Gesetzgebung vor Probleme stellten: Einerseits sollten sie aufgenommen werden, nicht zu-



Massenverhaftung in der Türkei

letzt um der Menschenrechtskampagne den Rücken zu stärken; andererseits, was anfangen mit solchen Massen, die den Intentionen des Asylrechts zuwiderzulaufen schienen? Doch auch diese Probleme wurden politisch und juristisch "gelöst".

Nachdem bereits 1977 den Grenzbeamten die Befugnis übertragen wurde, Asylbewerber an der Grenze zurückzuschicken, "wenn die Anerkennung als Asylberechtigter offensichtlich rechtsmißbräuchlich begeht wird" (eine Formulierung, die 1981 vom BVerfG für verfassungswidrig erklärt wurde), wurden 1978 die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens bei negativer Bescheidung des Asylantrags sowie der Wegfall der Berufung gegen Urteile, in denen Asylanträge als "offensichtlich unbegründet" bezeichnet werden, durchgesetzt. Weitere Verschärfungen brachte 1980 das "Zweite Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens", so die Befugnis der Ausländerbehörden, den Aufenthaltsort des Asylsuchenden für die Dauer des Verfahrens zu bestimmen. 1982 trat das Asylverfahrensgesetz in Kraft, das inzwischen bis 1988 verlängert wurde.

Inzwischen sind Asylbewerber zahlreichen Schikanen unterworfen, so kann ihnen der Aufenthaltsort zugewiesen werden (dies "soll die Überwachung der Aktivitäten der Ausländer ermöglichen", so ein Ministerialrat); sie können in Sammellagern ("umzäunte Baracken mit Wachposten", Lang, CSU) eingewiesen werden; sie können zu "gemeinnütziger Arbeit" herangezogen werden ("Arbeit stellt eine Bereicherung der Lebensinhalte der Betroffenen dar", Pirkl, CSU); die Sozialhilfe wird überwiegend in "Sachleistungen" erbracht ("Asylbewerber halten an dem bescheideneren Niveau ihrer Herkunftsänder fest", OVG Berlin); es besteht, außer für "Ostblockflüchtlinge", ein zweijähriges Arbeitsverbot ("... hat den Zustrom der Asylbewerber in besonderem Maße eingedämmt", Baum, FDP).

Diese Maßnahmen gehen auf die "guten Erfahrungen" der deutschen Bourgeoisie mit den KZs des Hitler-Faschismus zurück. Diese waren zunächst nicht als Vernichtungslager konzipiert, sondern als Sondergefängnisse und Arbeitslager, in denen die dort Gefangenen unter rechtlosen Bedingungen gehalten, kontrolliert und zu Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Dieses System der Zwangsarbeit für eine kontrollierbare Masse billigster Arbeitskraft hatte vor allem während des Krieges eine wichtige Funktion in der Entlastung der Fabriken, denen die als Soldaten an die Front gejagten Arbeiter fehlten, und in der Senkung der Kosten im Bereich der Arbeitskraft. Diese Konzeption gehört heute zu den konkreten Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie.

Quellenhinweise: Marx, Reinhardt: Asylrecht, 4. Aufl. 1984; Marx/Strate: Kommentar zum AsylverfG; Mak/chf: Die Freiheit der fdGO in: Materialien zum Staatsseminar der Arbeitsgemeinschaft f. revol. Hochschulpolitik im Mai 84; Maunz-Dürig-Herzog-Scholz: Kommentar zum GG; Spaich, Herbert: Asyl bei den Deutschen; Spaich, Herbert: Fremde in Deutschland. – (Mak)

Britische Nordirlandpolitik

ZIELE BRITISCHER IRLANDPOLITIK: POLIZEIAKTIONEN IN GANZ IRLAND UND NATO-MITGLIEDSCHAFT

Der Bombenanschlag der IRA gegen die Regierung Thatcher in ihrem Parteitagshotel in Brighton am 12. Oktober hatte weitreichende Auswirkungen. Bei den britischen Parlamentsparteien und in der Bourgeoisie, angestachelt von der rechten Presse, wurde die "Einheit der Demokraten" herausgestellt, die, so Thatcher, "sich nie von Terroristen besiegen lassen werde." Thatcher verlangt die "Todesstrafe für Terroristen", vor allem die, die in Brighton die Bombe legten (sie sind nicht gefaßt), was dann möglich wäre, wenn sie wegen Hochverrats angeklagt würden.

Es gelang der Reaktion aber nicht, unter den vielen Gegnern der Regierung Thatcher in Großbritannien, vor allem unter den Arbeitern, Empörung über den Anschlag zu wecken. "Eine fürchterliche Tragödie, daß das nicht

britische Reaktion. Da besiegt die IRA beinahe die Hälfte der Minister Ihrer Majestät – und kaum jemand regt sich auf.

Dafür gibt es mehrere Ursachen. Die erste ist zweifellos die tiefe Feindschaft vieler armer Menschen, vor allem von Arbeitern, gegen diese Regierung, die so deutlich wie nie zuvor seit dem 2. Weltkrieg die Vereelung der Arbeitenden und die Mästung der Reichen betreibt. Zweitens wurden in den letzten Monaten viele bislang nicht verbreitete Einzelheiten über Großbritanniens Nordirlandpolitik bekannt.

Da standen plötzlich mehr als 20 Soldaten und Polizisten wegen Mordes an bekannten irischen Republikanern vor Gericht. Da erschoss die Polizei am 12. August, vor den Augen der Fernsehzuschauer, Sean Downes bei

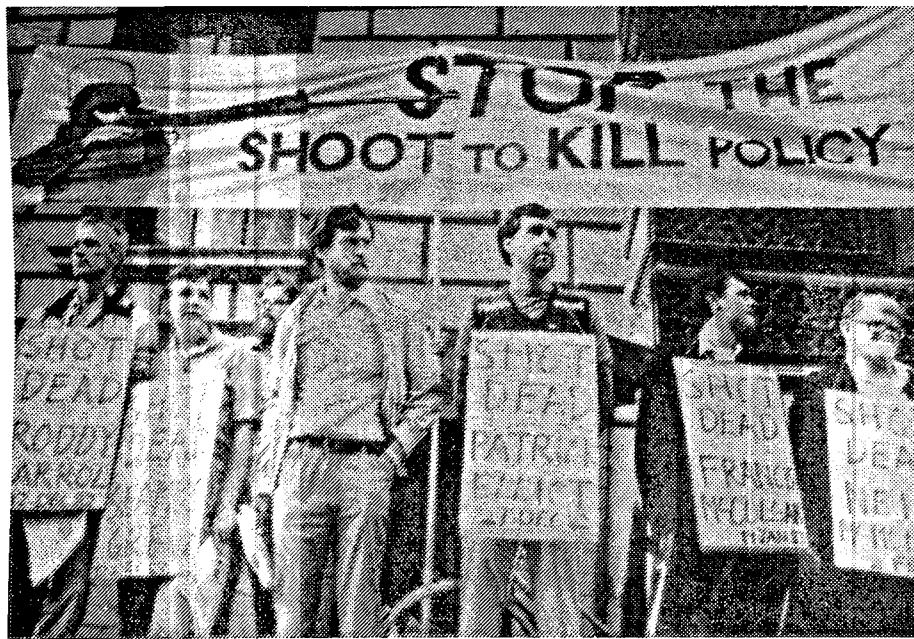
zufällig forderte der "Daily Mirror", immerhin das Boulevardblatt mit der zweitstärksten Auflage, am 15. August den Abzug der Truppen im Leitartikel.

Ein IRA-Sprecher sagte in einem Interview mit An Phoblacht/Republican News, der Zeitung der Sinn Fein: "Wir zündeten eine Bombe gegen die entscheidenden Leute, die für die Gewalt und den Krieg in unserem Land verantwortlich sind, um diesen Krieg zu einem schnellen Ende zu bringen ... Thatcher verfiehlt Plastikgeschosse, die Politik der gezielten Todesschüsse, die Korrumperung der Justiz. Sie unterstützt auch den Justizmord in Gestalt der Todesstrafe."

Der Sprecher wurde auch gefragt, was die Folgen eines erfolgreichen Anschlags gewesen wären, bei dem die Hälfte des Kabinetts umgekommen wäre: "Wir meinen, ein so verheerender Schlag hätte kurzfristig zu weitreichender Unterdrückung und größeren Vergeltungsaktionen geführt ... Wir meinen, die IRA wäre größtenteils intakt geblieben ... Aus dieser politischen Krise heraus wäre die Unfähigkeit der Briten klar geworden, mit der Situation (in Nordirland) fertigzuwerden. Die ungeheuren Kosten für ihr politisches System wären ihnen deutlich geworden, das hätte zu einem weitreichenden und radikalen Umdenken in Richtung auf Abzug (aus Nordirland) geführt. Unser Ziel ist es, ihre politische Entschlossenheit auszuhöhlen."

Die britische Regierung ist in einem Dilemma. Der IRA-Anschlag hat gezeigt, welche hohen politischen Kosten (abgesehen von der Gefahr für Leib und Leben der führenden Politiker) sie zahlen muß dafür, daß sie Nordirland weiterhin besetzt hält und einen kaum zu gewinnenden Krieg gegen die IRA führt. Aber Großbritannien will Nordirland nicht aufgeben, ganz im Gegenteil. Der Einfluß der alten Kolonialmacht und ihrer imperialistischen Verbündeten in der EG auf ganz Irland soll noch weiter ausgedehnt werden.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens wirtschaftliche, schließlich ist Irland sowohl Niedriglohnparadies (wie es sich selbst anpreist) wie Lieferant billiger Waren, vor allem Lebensmittel. Ziemlich genau 50% des Handels der Republik Irland werden mit Großbritannien abgewickelt, mehr als 75% mit der EG insgesamt. Wirtschaftlich hat die Republik sich nie selbstständig entwickeln können, wie auch, wenn der (industrialisierte) Norden Kolonialgebiet blieb. Die Imperialisten in der EG, vor allem die



Demonstration gegen britische Todesschüsse in Nordirland

geklappt hat", oder "Diese verdammten Iren, wieder daneben", waren verbreitete, öffentlich geäußerte Reaktionen. In einem Londoner Radioprogramm, in dem Moderatoren mit Hörern telefonieren, sagte eine Frau: "Wenn sie schon Bomben legen müssen, dann haben sie sich diesmal wenigstens das richtige Ziel ausgesucht."

Nach anderen IRA-Bombenanschlägen in Großbritannien, zum Beispiel im letzten Dezember auf das Kaufhaus Harrods, konnte die Regierung "allgemeine Abscheu" feststellen. Obwohl auch das nie eine Unterstützung der Arbeiter für ihre Kolonialpolitik in Nordirland war, konnte sie doch mit Desinteresse rechnen. Das hat sich geändert und ist beunruhigend für die

einer Demonstration aus Anlaß des Jahrestages des "Blutigen Sonntag", bei dem die Armee vor elf Jahren 13 unbewaffnete Demonstranten erschossen hatte. Und Verhör- und Folterpraktiken der Polizei kamen ans Licht in Verfahren, die aufgrund erkaufter oder erfolter Zeugenaussagen begonnen wurden. Entscheidend war, daß die Wahlerfolge der Sinn Fein die Behauptung zunächte machten, die IRA sei politisch isoliert. Gleichzeitig zeigte die IRA durch erfolgreiche Angriffe, daß Armee und Polizei lügen, wenn sie von den "besiegten Terroristen" sprechen.

Mehrere Gewerkschaftstage sprachen sich für den Abzug britischer Truppen aus Nordirland aus. Und nicht

PROGRAMMATISCHE ERKLÄRUNGEN DER SINK FEIN (I.R.A.)

Die im folgenden in Auszügen abgedruckten Dokumente beschreiben die programmatischen Ziele der Sinn Fein, der wichtigsten und größten Partei des irischen Widerstands gegen die britische Kolonialherrschaft in Nordirland. Sinn Fein bezeichnet sich selbst als eine "antiimperialistische und antikoloniale und nicht nur eine 'Briten-raus'-Bewegung". Die Erklärung "Die Gewerkschaften und die Irische Revolution aus republikanischer Sicht" stammt aus dem Jahre 1980. Das Dokument "Eire Nua, Neues Irland" wurde auf einer Delegiertenkonferenz von Sinn Fein 1979 verabschiedet. Beide Dokumente sind abgedruckt in der Broschüre "Sinn Fein I.R.A.", herausgegeben von westdeutschen Irlandkomitees.

Die Gewerkschaften und die Irische Revolution aus republikanischer Sicht

... Dieses kurze politische Dokument ist ein Ergebnis der Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsabteilung der Sinn Fein ... Sinn Fein geht über die bisherige Unterstützung für die Gewerkschaftsbewegung hinaus, indem sie ihren Wunsch nach einer führenden Rolle der Arbeiterbewegung im Kampf für eine Sozialistische Republik äußert. Die Gewerkschaftsbewegung hat eine wichtige Rolle bei der angestrebten sozialistischen Republik auszuüben ... Mit James Conolly glauben wir, daß das gegenwärtige Gesellschaftssystem auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse gegründet ist und daß kapitalistisches Eigentum ohne diese Ausplünderung nicht bestehen kann: wir wünschen die Kapitalisten ausgerottet und an deren Stelle ein demokratisches System gesellschaftlichen oder öffentlichen Eigentums zu sehen ... Der Kapitalismus wird im Neuen Irland abgeschafft werden und die Industrie wird durch die Arbeiter auf gemeinschaftlicher und selbstverwalteter Grundlage kontrolliert ..."

Eire Nua (Neues Irland), Die soziale Dimension

... Sinn Fein hat eine Beendigung der britischen Herrschaft in Irland niemals als Selbstzweck angesehen, sondern viel eher als Mittel, um 'das Eigentum des irischen Volkes dem irischen Volk zurückzugeben'. (Proklamation 1916) ...

Nach dem britischen Rückzug wäre eine politische Kontrolle ohne gleichzeitige Kontrolle des Reichstums, der Wirtschaft und Rohstoffe des Landes, völlig unzureichend ...

Das von Sinn Fein geplante soziale

und ökonomische Programm sieht vor, daß die irischen Reichtümer in die Hände des Volkes übergeben werden, damit sie von ihm im Interesse des ganzen Volkes bearbeitet und entwickelt werden ... Um das Eigentum des Volkes zu sichern, gelten folgende Grundprinzipien:

(1) Die Reichtümer Irlands gehören dem irischen Volk, das allein das Recht hat, sie zu nutzen und in seinem Interesse zu entwickeln.

(2) Um Gerechtigkeit für alle zu garantieren, müssen die Produktionsmittel, Verteilung und der Warenaustausch vom Volk kontrolliert und demokratisch verwaltet werden.

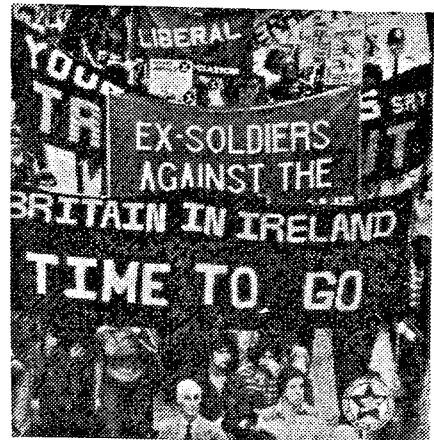
(3) Der Staat soll die vollständige Kontrolle über Einfuhr und Ausfuhr von Geldkapital haben.

(4) Die Finanzwirtschaft, Versicherungen und Schlüsselindustrien müssen öffentlicher Kontrolle unterstellt werden. Die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft und Fischerei muß von demokratischen Institutionen des Volkes durchgeführt werden.

(5) Alle Bodenschätze gehören qua natürlichem Recht dem ganzen Volk (der Nation). Die Förderung und Verarbeitung dieser Rohstoffe wird verstaatlicht bzw. unter gemeinschaftlicher Kontrolle gestellt ...

(6) Land ist eine dieser natürlichen Ressourcen, auf das weder ein Einzelner noch eine Personengruppe Eigentumsrecht besitzt. Es muß im Interesse der Nation genutzt und verwaltet werden – in Form von Familien- oder kooperativem Verwaltungseigentum. Es wird eine Maximalgrenze festgelegt für die Landfläche, die ein Einzelner besitzen darf ... Nur Bürger, die in der Republik ansässig sind, haben das Recht, Land zu besitzen, zu erwerben oder zu pachten ...

(7) Keine Person soll die ökonomischen Mittel zur Ausbeutung seiner



4000 demonstrierten am 18.8. in London für den sofortigen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland.

Mitmenschen haben ... Wir verweigern das Recht auf Besitz von persönlichem Besitz an produktivem Eigentum: wie einem großen landwirtschaftlichen Betrieb oder einer Fabrik. Diese Art von Eigentum beinhaltet die Ausbeutung der Arbeitskraft anderer Menschen zur persönlichen Bereicherung und ist gegen republikanische Prinzipien. Solche Einrichtungen sollen von Kooperativen besessen werden.

(c) Gemeineigentum oder Kontrolle wird verstanden als Kontrolle durch das Volk selbst auf der niedrigstmöglichen Verwaltungsebene gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerung ..."

Ökonomischer Widerstand

... Die Ziele einer ökonomischen Widerstandskampagne, die sich auf die oben genannten Elemente stützt, müssen daher folgendermaßen aussehen:

(1) Die Organisierung von Heimatlosen, sozial Unterprivilegierten, Schulabgängern und Arbeitslosen in Aktionskomitees ...

(2) Die Entwicklung landwirtschaftlicher Kooperativen, deren erster Schritt die Kontrolle über den Handel sein wird ...

(3) Die Bildung eines Überwachungsnetzes, so daß jede drohende Schließung einer lokalen Industrie beantwortet wird mit der Bildung einer Kooperative, die das nötige Kapital zusammenbekommt aus der lokalen und anderen Regionen sowie von Auswandererorganisationen ...

(4) Die Entwicklung von Verbindungen mit der Gewerkschaftsbewegung, so daß jeder drohende Wirtschaftskrieg der imperialistischen Interessen durch angemessene Aktionen der organisierten Arbeiter erfolgreich bekämpft werden kann ...

(8) Irlands Rückzug aus der EG ..."

Quellenhinweis: Sinn Fein I.R.A. 1981, zu beziehen über: Anti-H-Block-Komitee, c/o. B. Jäger, Alt-Rödelheim 34, 6000 Frankfurt 90



Polizeiüberfall auf eine Kundgebung der Sinn Fein, Belfast, 12.8.84: 1 Toter, 33 Verletzte, darunter 16 Kinder, zumeist durch aus nächster Nähe abgefeuerte Plastikgeschosse.

britischen, haben also etwas zu verlieren in der Republik Irland.

Dazu kommen für Großbritannien und die übrigen NATO-Mitglieder bedeutsame militärische Gründe. Irland ist neutral, aber gehört der EG an. Schon im zweiten Weltkrieg war den Alliierten die Neutralität der Republik ein Dorn im Auge. Sowohl für den Nachschub per Schiff über den Atlantik wie für die Luftbrücke USA/Westeuropa ist Irland von größter Wichtigkeit. Daß in Irland noch keine Radar-Frühwarnstationen und keine U-Boot-Sonare stationiert sind, schmerzt NATO-Generale schon lange. Die EG biegt deshalb auch kräftig an der Neutralität herum. Zum Beispiel zahlt sie jährlich mehr als 130 Mio. DM an die Republik als Zuschuß für Marine und Luftwaffe, angeblich nur zum Schutz der Fischereibestände.

Wirtschaftliche und militärische Interessen wären gefährdet, gelänge es der IRA und der Sinn Fein, Großbritannien zum Abzug zu zwingen. Zwar ist die Unterstützung für die Sinn Fein in der Republik Irland im Gegensatz zum Norden bei Wahlen noch gering, sie liegt meistens unter fünf Prozent. Aber die Bevölkerung der Republik ist gegen die britische Besetzung des Nordens, das wurde den britischen Imperialisten vor wenigen Wochen durch ihre Umfragefirma MORI bestätigt, die 75% für einen Zusammenschluß Irlands ausmachte. Eine erfolgreiche IRA und die Sinn Fein Partei hätten zweifellos gewachsene politische Unterstützung im Süden zu erwarten. Deshalb redete der frühere Nordirlandminister James Prior von der Gefahr eines "Kubas vor Großbritanniens Küste". Und der Kommentator der FAZ, Ulrich Grudinski, schreibt warnend: "Adams (Präsident der Sinn Fein) fordert ein revolutionär-marxistisches Gesamtirland ...



Thatcher inspiziert Truppen in Nordirland

Die Jugend soll, wiedervereinigt, unter roter Fahne marschieren. Die gemeinsame Bedrohung sollte Großbritannien und Irland näherbringen." Und: "Die IRA ist für Irland längst zur Insurrektion, zur offenen Staatsgefahr geworden."

Grudinski empfiehlt der irischen Bourgeoisie in Dublin, sich deshalb vertrauensvoll auf alle britischen Vorschläge zur "gemeinsamen Terroristenbekämpfung" einzulassen, wenn sich der irische Premierminister Fitzgerald und Margaret Thatcher in der nächsten Woche treffen. Schließlich könne Großbritannien keinerlei Zugeständnisse in Richtung Einheitsstaat machen, "wenn nicht der IRA-Terror endlich von beiden Seiten in die Zange genommen wird."

FAZ-Mann Grudinski hat hier präzise die britische Strategie gegenüber der Regierung in Dublin wiedergegeben. Seit Jahren verweisen britische Regierungen darauf, sie seien zu Zugeständnissen bereit, wenn...

Irlands Ex-Premierminister Hau-

ghey bot Margaret Thatcher im Dezember 1980 an, Irlands NATO-Mitgliedschaft durchzusetzen, wenn Nordirland im Gegenzug eine Föderation mit der Republik bilden würde. Großbritannien willigte nicht ein, lehnte aber nicht offen ab. Fitzgerald bot noch mehr, er wollte in Irlands Verfassung den Anspruch auf Nordirland streichen.

Es ist erklärte britische Politik, die irische Bourgeoisie weizkochen. Thatcher schloss eine Föderation nicht völlig aus, forderte aber dann solche Sonderrechte für die Großbritannien gegenüber loyalen Protestanten, daß man gleich die Regierung der Loyalisten über ganz Irland hätte vereinbaren können.

Ergebnis des Weizkochens: Seit dem letzten Jahr liefert Irland von Großbritannien gesuchte angebliche Terroristen bereitwillig aus, und gerade in der letzten Woche versicherte die britische Polizei, ihre irischen Kollegen seien höchst kooperativ bei der Fahndung nach denjenigen, die die

BRITISCHE OPPOSITION: "TROOPS OUT NOW!"

"Troops Out Now!" – "Sofortiger Truppenabzug!" – und: "Selbstbestimmungsrecht für das gesamte irische Volk!" Das sind die Hauptlosungen, unter denen in England, Schottland und Wales örtliche Komitees gegen die britische Kolonialherrschaft in Nordirland kämpfen. Diese "Bewegung für den sofortigen Truppenabzug" besteht heute aus 48 Komitees in 30 englischen, sechs schottischen und drei walisischen Städten.

Die "Troops Out"-Bewegung, kurz "TOM", arbeitet mit Gewerkschaften, der Labour-Partei, Frauenorganisationen und studentischen Verbänden zusammen. In ihrer Zeitschrift berichtet sie über die Lage der politischen Gefangenen in Nordirland, über den britischen Kolonialterror, über den irischen Widerstand.

Sie unterstützt die Forderungen der irischen Gefangenen nach Anerkennung als politische Gefangene, organisiert Kundgebungen gegen die von der britischen Regierung vor zwei Jahren eingeführten ständigen Lebesvisitationen bei weiblichen Gefangenen in den Gefangenengelagern, fordert die Abschaffung der "Anti-Terrorismus-Gesetze".

Am 18.8.84 demonstrierten auf Initiative der "TOM" 4000 Menschen in London für die Beendigung der britischen Kolonialherrschaft und den sofortigen Abzug der britischen Truppen. Ebenfalls zu der Demonstration aufgerufen hatten u.a. die Sinn Fein, Ortsgruppen der Labour-Partei und einzelne Gewerkschaftsgruppen. Auf ihrer diesjährigen Konferenz beschlossen die "Troops Out"-Komitees die Bildung eines Ausschusses, der die Arbeit in den Gewerkschaften koordinieren soll.

Bislang treten die Gewerkschaften nur vereinzelt gegen die britische Kolonialherrschaft über Nordirland auf. So verlangte im August die Bezirkskonferenz des TUC in Nottingham den sofortigen Abzug der britischen Truppen, die Auflösung der protestantischen Siedlerarmee UDR und die Entwaffnung der Siedlerpolizei RUC. Anfang 1984 lehnte die Konferenz der Labour-Partei für Groß-London die Forderung nach Abzug der britischen Truppen aus Nordirland nur mit 441000 Stimmen gegen 232000 Stimmen ab. Für diese Forderung stimmten u.a. die Vertreter der Transportarbeitergewerkschaft, der Eisenbahnergewerkschaft und der Fernmeldearbeitergewerkschaft.

Quellenhinweis: Troops Out of Ireland, hrsg. von "Troops Out Movement, P.O. Box 353, London NW5 4NH", Ausgaben 1983/84

Bomben von Brighton gelegt hätten. Daß dabei britische Polizisten in Irland zwar ermittelt und verhört hätten, aber noch nicht verhaften durften, wurde bedauert. Diskret werden "private Zusammenkünfte" zwischen Scotland-Yard-Chef Kenneth Newman und Laurence Wren, Chef der Polizei der Republik Irland, organisiert.

Für die irische Regierung ist bislang wenig herausgesprungen. FitzGerald wird bei dem Treffen reklamieren. Die Gespräche über eine Föderation müßten konkreter werden, erklärte er. Die republikanische Bewegung sitzt ihm im Nacken. Er will vor allem auf die Vorschläge des "New Ireland Forum" pochen, das im Mai seinen Bericht vorlegte. Das Forum ist ein Zusammenschluß bürgerlicher irisch-katholischer Parteien aus der Republik und dem Norden, mit dem Ziel, eine "gewaltlose und für alle Seiten befriedigende Lösung" auszuarbeiten.

Herausgekommen sind drei Möglichkeiten, die auf eine gemeinsame Verwaltung hinauslaufen (bei der Nordirland aber noch britisch bliebe) und die von der Zustimmung aller Gruppen einschließlich der Loyalisten im Norden abhängig gemacht werden.

Die britische Presse verstand unter gemeinsamer Verwaltung vor allem britische Polizei- und Armeeaktionen im Süden und empfahl Verfolgung des Vorschlags. Aber Margaret Thatcher antwortete bereits kühl, sie sei "gegen neue Initiativen". Nordirlandminister Hurd sagte auf dem Parteitag deutlich, was er von dem Bericht hält: "Zwar betont er das Prinzip der Zustimmung der Bevölkerung Nordirlands vor jeder möglichen Änderung des staatsrechtlichen Status. Aber er schlägt im weiteren drei Modelle vor, von denen keines auf absehbare Zeit für die Mehrheit der Bevölkerung Nordirlands akzeptabel sein wird."

Thatcher will mehr von Dublin, bis hin zur Öffnung der Grenze für ihre Armee bei der Verfolgung von "Terroristen" und der bedingungslosen Auslieferung von Verdächtigen an die Sonderjustiz des Nordens. Und selbst dann will sie kein Stück nachgeben, mit dem Argument, die Loyalisten seien dagegen. Die vollständige Aufgabe der Selbstständigkeit der Republik Irland ist ihr Ziel.

Wie lange die britische Bourgeoisie diese Politik durchhalten kann, hängt von ihren Erfolgen oder Niederlagen gegen die IRA genauso ab wie von der Gegnerschaft, die ihre Irlandpolitik im Inneren erfährt. Da waren die Reaktionen nach dem Bombenanschlag von Brighton eine deutliche Warnung. Quellenhinweis: An Phoblaicht/Republican News, versch. Ausgaben, vor allem 18.10., Troops Out, Economist, Times, versch. Ausgaben, FAZ, 13.11. - (hef, rül, uld)

EG-WEITE ZUSAMMENARBEIT DER UNTERDRÜCKUNGSGRÄNDE

Die im folgenden dargelegten Tatsachen über die bestehende Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Unterdrückungsorganen der EG-Staaten stellen wahrscheinlich nur einen kleinen Ausschnitt der Verfahren dar, die die EG-Mitgliedstaaten zur gegenseitigen Unterstützung zwecks Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung anwenden. Die Bundesregierung bemüht sich angestrengt, keine genauen Informationen über derartige Tätigkeit an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Dies geht u.a. aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der GRÜNEN im September 1984 hervor, in der das Ministerium mitteilt, daß die Bundesregierung "über Einzelheiten ... des Informationsaustausches mit ausländischen Sicherheitsbehörden öffentlich keine Auskunft" gibt.

Im Rahmen der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" arbeiten die EG-Staaten in der Arbeitsgemeinschaft TREVI (T für Terrorismus, R für Radikalismus, E für Extremismus, V für Gewalt, I für International) zusammen. Die Arbeitsgemeinschaft umfaßt halbjährliche Treffen der Innenminister und verschiedener Untergruppen, in denen auch die Polizeien und polizeiähnlichen Verbände der EG-Staaten vertreten sind.

Eine weitgehende Zusammenarbeit und Zentralisation existiert zwischen den Polizeiorganen der EG-Staaten beim "Austausch von Informationen" über Verdächtige, und zwar sowohl über gewöhnliche Kriminelle wie auch über politisch Oppositionelle, die gegen geltendes Recht verstoßen haben sollen. Zur Beschleunigung dieses Informationsaustauschs besteht seit einigen Jahren eine EG-interne Datenbank mit Zentralsitz in der BRD, genannt Informationsnetz Terrorismus, Radikalismus und internationale Gewalt (TRAVI). An dieses Datenverarbeitungssystem sind die Polizeibehörden aller EG-Mitgliedstaaten angeschlossen. Sie wird eingesetzt im Rahmen von EG-weiten Fahndungen, zum Austausch von "Täterkennzeichen" etc. Darüber hinaus enthüllten die GRÜNEN in einer Anfrage der Bundesregierung, daß die westdeutschen Staatssicherheitsbehörden regelmäßig vertrauliche Informationsdienste an die Polizeien aller EG-Staaten und an NATO-Behörden weiterleiten. Zu vermuten ist, daß diese Informationsdienste zwischen den EG-Staaten ausgetauscht werden.

Die Einrichtung eines Regionalbüros Europa von Interpol steht kurz

vor dem Abschluß. Die Bundesregierung mißt dieser Maßnahme große Bedeutung insbesondere bei der sogenannten "grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung" zu. Die Einrichtung des Regionalbüros ist vom Bundesinnenministerium wiederholt als eine Voraussetzung bezeichnet worden für weitgehende Beseitigung von Grenzkontrollen in der EG, ohne daß die EG-Staaten danach einen "Sicherheitsverlust" hinnehmen müßten. Der Vorteil eines solchen Regionalbüros für die EG wäre, daß die im Rahmen von Interpol bestehenden internationales Amtshilfe-Vereinbarungen und die darin enthaltenen Möglichkeiten für die einzelnen Polizeien, international tätig zu werden, für die EG insbesondere gestärkt würden.

Aus verschiedenen Anlässen sind



Die GSG 9 führt regelmäßig internationale Konferenzen und Wettbewerbe durch.

"grenzübergreifende" Tätigkeiten sowohl der westdeutschen wie auch anderer Polizeien bekannt geworden: - 1980 führte das Bundeskriminalamt (BKA) mit Unterstützung der französischen Polizei Verhaftungen von "mutmaßlichen Terroristen" in Paris durch, die Leitung lag beim BKA. - An einer Durchsuchung von Wohnungen westdeutscher Mitglieder von Irland-Solidaritätskomitees im Jahr 1982 in Bochum und Frankfurt beteiligten sich Mitglieder der britischen Nordirlandpolizei. - Im August 1982 führte die französische, westdeutsche und britische Polizei eine Gemeinschaftsaktion in Paris zur Verhaftung von vier Mitgliedern der Irisch-Republikanischen-Sozialistischen Partei (IRSP) durch. Quellenhinweis: Irland-Nachrichten, Januar 1984, hrsg. Anti-H-Block/Armagh-Komitee Frankfurt; Innere Sicherheit, Nr. 72-75



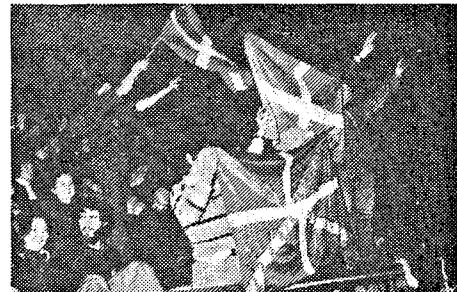
HRG-Novellierung

Als "Restauration um jeden Preis und Wiederbelebung alter Ordinarienherrlichkeit" hat der DGB den Entwurf des Bundesbildungsministeriums für ein neues Hochschulrahmengesetz verurteilt. Der Entwurf ist freiheitlich in mehrfacher Hinsicht. Er befreit die Professoren von weiteren Ausbildungsverpflichtungen und gemeinsam

mit den Kapitalisten von Kontrollen über ihre Geschäfte, Lohnabhängige und Studenten an den Hochschulen von weiteren Rechten außer dem, stets das als "Wissenschaft" zu liefern bzw. zu lernen, was die Kapitalisten gerade wünschen. Für die Entwicklung des Widerstands gegen diese Pläne äußerst hinderlich: Die Fraktion der GRÜNEN hat bislang keinen Widerspruch geäußert.

EG-Politik gegen baskische Lohnabhängige

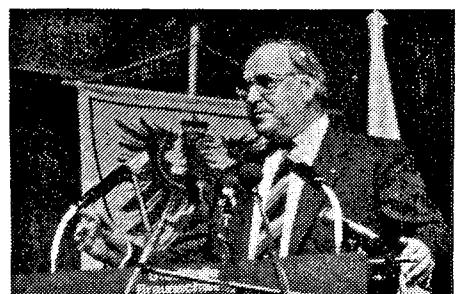
Im Oktober hat die französische Regierung erstmals in Frankreich lebende Mitglieder der ETA an Spanien ausgeliefert. Gemeinsam betreiben Mitterand und die spanische Regierung EG-Antiterrorpolitik. In der BRD bilden Bundeswehr und BGS spanische Antiterrorbrigaden aus. Die spanischen Sondergesetze und der Einsatz halblegaler Brigaden zur Terrorisierung der Bevölkerung und zur Liquidierung von ETA-Mitgliedern dient der Unterdrückung der Interessen der Lohnabhängigen in den baskischen Provinzen, einem der größten Industriegebiete Spaniens. Dagegen hat sich ein Bündnis aller fortschrittlichen Organisationen gebildet. Was sind ihre Forderungen?



Heimatfront-Mobilmachung

Bis zum Frühjahr 1984 hatten die kommunalen CDU-Politiker versucht, die Diskussion über Kriegsvorbereitungen aus den Gemeinderäten herauszuhalten. Mit den Verwaltungsgerichtsurteilen, die "verteidigungsstrategische Maßnahmen" zum "Aufgabengebiet des Gemeinderates" erklären, soll demgegenüber das Funktio-

nieren der Heimatfront im "Ernstfall" vorangebracht werden. Die Auseinandersetzung um die "atomwaffenfreie Zone" in Freiburg zeigt, daß die Reaktion alles daran setzt, eine Frontbildung gegen diese Politik zu verhindern. In oppositionellen Kommunalwahlprogrammen finden sich Ansatzpunkte, die dem Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen auf örtlicher Ebene nützen können.



Revanchistische Kampagne der Union

Vor dem "Rat der Ostdeutschen ... Landesvertretungen", die sich selbst die "gewählten Vertreter von Ostpreußen, Westpreußen" usw. nennen, hat Kohl vor ein paar Tagen bekräftigt, diese Regierung werde die "deutsche Frage" "offen" lassen. Frech und ungeniert wie lange nicht propagieren Vertreter der Unionsparteien die Absicht, "Deutschland in den Grenzen von 1937" wiederherzustellen. Welches Personal sammelt die Union für ihre revanchistische Mobilmachung? Und mit welchen Lösungen versucht sie, die Kriegsziele der westdeutschen Imperialisten zu popularisieren, den Widerstand gegen die Propagierung dieser Ziele zu lähmen?

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.
Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2-13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14-19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20-29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30-31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32-35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36-39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.